



REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für Zoll
und Grenzsicherheit
Taubenstrasse 16
3003 Bern

14. Februar 2024

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 haben Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag (generelle Senkung der Wertfreigrenze) eingeladen.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau begrüßt die vorgeschlagene Halbierung der Wertfreigrenze für Einkäufe im Ausland von Fr. 300.– auf Fr. 150.– pro Person.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Markus Dieth
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Kopie
• zollveranlagung@bazg.admin.ch



KANTON
APPENZELL INNERHODEN



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Appenzell, 11. Januar 2024

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Senkung der Wertfreigrenze im Reiseverkehr zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie unterstützt die Halbierung der Wertfreigrenze für Reisende.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)

Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Finanzdepartement EFD
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 15. Februar 2024

Eidg. Vernehmlassung; Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Senkung der Wertfreigrenze; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 lädt das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) die Kantone und weitere interessierte Kreise ein, sich zur obgenannten Änderung vernehmen zu lassen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Appenzell Ausserrhoden begrüßt, dass der Einkaufstourismus durch die Reduktion der Wertfreigrenze auf Fr. 150.– steuerlich weniger attraktiv gemacht werden soll. Ziel muss es sein, die einheimische Wirtschaft zu stärken und sie nicht durch falsche Anreize zu schwächen. Die Begrenzung der steuerlichen Ungleichbehandlung des Inland- und Auslandkonsums sowie die beabsichtigte vollumfängliche Digitalisierung der Zollabwicklung wird befürwortet.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates



Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

per Mail an:
zollveranlagung@bazg.admin.ch

RRB Nr.: 148 / 2024
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

21. Februar 2024

Vernehmlassung des Bundes: Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag

Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag Stellung nehmen zu können.

Der Regierungsrat ist mit der vorgesehenen Senkung der Wertfreigrenze auf 150 Franken einverstanden. Eine tiefere Wertfreigrenze oder sogar deren Abschaffung – wie dies von den beiden Standesinitiativen gefordert wird – lehnt er jedoch ab. Damit wäre ein völlig unverhältnismässiger administrativer Aufwand für die Konsumentinnen und Konsumenten sowie das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) verbunden.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Philippe Müller
Regierungspräsident

Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler:

- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
- Sicherheitsdirektion

Regierungsrat, Kasernenstrasse 31, 4410 Liestal

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Per E-Mail an zollveranlagung@bazg.admin.ch

Liestal, 12. März 2024
VGD/StaFö/Kü/TS

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze, Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns dafür und lassen Ihnen folgende Rückmeldung zukommen:

Die eidgenössischen Räte haben die 19.3975 Motion FK-N «Verbesserung der Steuergerechtigkeit im Warenfluss des kleinen Grenzverkehrs» angenommen und den Standesinitiativen 18.300 Kt. SG «Keine Subventionierung des Einkaufstourismus» und 18.316 Kt. TG «Beseitigung der Wertfreigrenze im Einkaufstourismus» Folge geleistet. Die Vorstösse haben das gemeinsame Ziel, dem Einkaufstourismus entgegenzuwirken. Das EFD sieht in Umsetzung der 19.3975 Motion FK-N eine generelle Senkung der Wertfreigrenze vor. Neu sollen Waren des Reiseverkehrs bei der Einfuhr nur noch bis zu einem Gesamtwert von 150 Franken pro Person von der Einfuhrsteuer befreit sein. Zurzeit beträgt die Wertfreigrenze 300 Franken pro Person.

Einleitend möchten wir darauf hinweisen, dass Einkaufstourismus aus unserer Sicht nicht per se etwas Negatives ist. Er ist ein natürlicher Bestandteil unseres trinationalen Lebensraums in der Oberrheinregion und damit ein Element der grenzüberschreitenden Lebensrealität.

Wir erkennen aber auch, dass mit der derzeitigen Regelung und einer Wertfreigrenze von 300 Franken die Steuergerechtigkeit im Reiseverkehr nicht gegeben und der Schweizer Detailhandel benachteiligt ist. Daher unterstützen wir den Vorschlag des EFD, die Wertfreigrenze von derzeit 300 Franken auf 150 Franken zu senken. Unserer Meinung nach ist das eine pragmatische und auch mit verhältnismässigem administrativen Aufwand verbundene Lösung. Mit der vorgeschlagenen Senkung auf 150 Franken findet eine merkliche Anpassung an die «Bagatellgrenzen» der umliegenden Länder statt.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Hochachtungsvoll

M. Gschwind

Monica Gschwind
Regierungspräsidentin

E. Heer Dietrich

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

E-Mail an: zollveranlagung@bazg.admin.ch

Eidg. Finanzdepartement
Karin Keller-Sutter, Vorsteherin

Basel, 27. Februar 2024

Regierungsratsbeschluss vom 27. Februar 2024

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: «Generelle Senkung der Wertfreigrenze»
Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, *Liebe Karin*
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 haben Sie die Kantone eingeladen, zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: «Generelle Senkung der Wertfreigrenze» Stellung zu nehmen. Wir danken für die ausführlichen Informationen und für die Möglichkeit einer Stellungnahme.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt erachtet eine Senkung der Wertfreigrenze als nicht notwendig und lehnt die Vorlage daher ab. Dies, weil vor dem Hintergrund der weiterhin bestehenden Möglichkeit der Rückerstattung der Mehrwertsteuer im Ausland und des entstehenden Mehraufwandes (Zollabfertigungen, Kontrollen, Ausweichreaktionen) Zweifel an der zielgerichteten Wirksamkeit der Massnahme bestehen. Zudem kann eine Senkung der Wertfreigrenze leicht umgangen werden, indem man die Personenzahl erhöht oder die Grenze mehrmals überquert, was zu entsprechendem Mehrverkehr führen würde. Zudem haben das unterschiedliche Preisniveau und der Onlinehandel einen grösseren Einfluss auf den Detailhandel als der grenzüberschreitende Einkaufstourismus. Dem Regierungsrat sind faire Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen sowie die Steuergerechtigkeit zwischen Konsumentinnen und Konsumenten jedoch ein wichtiges Anliegen. Aus diesem Grund setzt der Regierungsrat auf eine Anhebung der Wertgrenzen im benachbarten EU-Ausland, ab denen eine Rückerstattung der Mehrwertsteuer möglich ist. Dies würde die Grenzübertritte entbürokratisieren. Der Regierungsrat wünscht sich aufgrund der engen Zusammenarbeit im Dreiland möglichst tiefe Hürden beim Grenzübergang, sowohl bei Waren als auch bei Arbeitnehmenden.

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

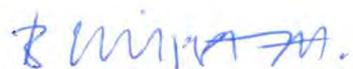
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Für Rückfragen steht Ihnen gerne das Amt für Wirtschaft und Arbeit, Samuel Hess, Tel. 061 267 85 38, samuel.hess@bs.ch, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Lukas Engelberger
Vizepräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg
T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Département fédéral des finances DFF
Bundesgasse 3
3003 Berne

Courriel : zollveranlagung@bazg.admin.ch

Fribourg, le 16 janvier 2024

2024-24

Modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités : abaissement général de la franchise-valeur

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du canton de Fribourg se réfère à votre courrier du 30 novembre 2023 relatif à l'objet mentionné en titre et vous remercie de l'avoir consulté.

Nous soutenons la modification proposée de l'ordonnance qui prévoit un abaissement de la franchise-valeur à 150 francs lors de l'importation de biens en petites quantités, à la suite de l'adoption de la motion *Améliorer l'égalité fiscale en ce qui concerne le flux de marchandises du petit trafic frontalier* par le Parlement le 21 septembre 2021.

Le tourisme d'achat fait perdre au commerce de détail un volume d'affaires important, en particulier dans les régions frontalières. De plus, l'inégalité fiscale entre la consommation en Suisse et les achats effectués à l'étranger est problématique. Dans ce contexte, l'abaissement général de la franchise-valeur semble pertinent. Le Conseil d'Etat salue par ailleurs la volonté d'assortir la modification de mesures d'accompagnement, dans le but de limiter les charges administratives lors des dédouanements (application QuickZoll).

Lors de l'élaboration du projet de modification, plusieurs solutions alternatives ont été examinées, en particulier la suppression complète de la franchise-valeur. Il a été pris note du fait qu'une telle solution occasionnerait une charge administrative massive et disproportionnée.

Nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-Pierre Siggen, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique

Copie

—
à la Direction des finances ;
à la Direction de l'économie, de l'emploi et de la formation professionnelle ;
à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 13 mars 2024

Le Conseil d'Etat

1158-2024

Département fédéral des finances (DFF)
Secrétariat général
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale

Par courriel :
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Concerne : consultation relative à la modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités : abaissement général de la franchise-valeur

Madame la Conseillère fédérale,

Votre courrier du 30 novembre 2023 relatif à la consultation mentionnée en titre nous est bien parvenu et son contenu a retenu notre meilleure attention.

Notre Conseil salue la volonté du Conseil fédéral de lutter contre le tourisme d'achat et se positionne favorablement quant à la proposition de rabaissement du taux de la franchise-valeur douanière de 300 francs à 150 francs.

En effet, le tourisme d'achat représente un enjeu majeur à Genève et il est par conséquent crucial d'offrir les conditions-cadres les plus propices au développement du commerce local, à l'instar de la proposition de modification de l'ordonnance citée en objet.

La solution proposée a l'avantage d'offrir un compromis intéressant par rapport à la suppression totale de la franchise-valeur, puisqu'elle n'augmenterait pas drastiquement la charge administrative qui en découlerait, tout en permettant une lutte plus efficace contre le tourisme d'achat, notamment frontalier.

Par ailleurs, notre Conseil estime également nécessaire que des mesures d'accompagnement soient prévues pour faciliter la mise en œuvre de ce projet, plus particulièrement s'agissant des démarches administratives. Ainsi, nous saluons la volonté exprimée par le Département fédéral des finances dans son rapport explicatif de maintenir celles-ci à un niveau aussi faible que possible, notamment grâce à l'utilisation d'outils numériques.

Ceci étant, nous nous permettons d'attirer votre attention sur l'impact qu'aurait une telle mesure sur le commerce hors taxes (*duty free*) au sein de l'Aéroport International de Genève et, plus largement, des autres aéroports du pays. En effet, une modification de l'ordonnance fédérale ne serait pas sans conséquence pour ces magasins, puisqu'elle pourrait avoir un impact négatif sur leur marché des affaires.

Ainsi, nous recommandons de prendre en compte ces cas particuliers dans vos réflexions et suggérons de prévoir une exception pour ces commerces. Une telle disposition aurait l'avantage de ne pas péjorer l'objectif de lutte contre le tourisme d'achat que vise la modification d'ordonnance, tout en préservant la compétitivité du commerce de produits hors taxe dans les aéroports.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti-El Zayadi

Le président :



Antonio Hodgers

Glarus, 27. Februar 2024
Unsere Ref: 2023-1677

**Vernehmlassung i. S. Änderung der Verordnung über die steuerbefreite Einfuhr von
Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze**

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Finanzdepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

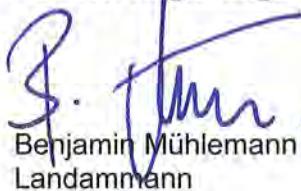
Der Regierungsrat des Kantons Glarus lehnt die geplante Senkung der Wertfreigrenze für die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen von 300 auf 150 Franken ab.

Wie im erläuternden Bericht ausgeführt wird, führt die Änderung zu einer höheren administrativen Belastung der Bürgerinnen und Bürger.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

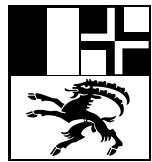
Für den Regierungsrat


Benjamin Mühlemann
Landammann


Arpad Baranyi
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): zollveranlagung@bazg.admin.ch

Die Regierung
des Kantons Graubünden



La Regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni

Sitzung vom

20. Februar 2024

Mitgeteilt den

21. Februar 2024

Protokoll Nr.

131/2024

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
3003 Bern

Per E-Mail an: zollveranlagung@bazg.admin.ch

**Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 30. November 2023 in erwähnter Sache und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Schweizer Detailhandel verliert durch den Einkaufstourismus jährlich rund 10 Milliarden Schweizer Franken an Ertrag. Das entspricht rund 10 % des gesamten Detailhandelsvolumens. Davon sind im Besonderen die Grenzregionen betroffen. Bei der heutigen Regelung besteht eine grosse steuerliche Ungleichbehandlung von In- und Auslandskonsum. Sofern sich Konsumentinnen und Konsumenten die ausländische Mehrwertsteuer zurückerstatzen lassen, kommen Ihnen grosse Steuervorteile zu.

Mit dem vorliegenden Änderungsentwurf der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen schlägt der Bundesrat nun eine generelle Senkung der Wertfreigrenze vor. Neu sollen Waren des Reiseverkehrs bei der Einfuhr nur noch bis zu einem Gesamtwert von 150 Franken pro Person von der

Einfuhrsteuer befreit sein. Es wird begrüsst, dass die steuerliche Ungleichbehandlung von In- und Auslandkonsum begrenzt werden soll. Die Reduktion der Wertfrei-grenze auf 150 Franken ist ein Schritt in die richtige Richtung. Auch begrüsst wird, dass die Senkung der Wertfreigrenze durch lenkende Massnahmen begleitet werden soll (insbesondere die Anpassung der Verzollungsapplikation «QuickZoll»), sodass die Verzollungen künftig mehrheitlich digital abgewickelt werden und damit die bürokratischen Herausforderungen in Grenzen gehalten werden können.

Im Hinblick auf das Ziel, die bestehenden Fehlanreize zu minimieren und gleich lange Spiesse für Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten im In- und Ausland zu schaffen, ist jedoch eine Senkung der Wertfreigrenze auf 150 Franken nicht ausreichend. Wir unterstützen das Anliegen der beiden Standesinitiativen 18.300 und 18.316, die Wertfreigrenze gänzlich abzuschaffen.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen

Freundliche Grüsse



Der Präsident:

Namens der Regierung

Der Kanzleidirektor:

Dr. Jon Domenic Parolini

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Par courriel
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Delémont, le 5 mars 2024

Modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités : abaissement général de la franchise-valeur ; consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Par lettre du 30 novembre 2023, vous avez ouvert la consultation citée en titre. Le Gouvernement jurassien en a pris connaissance et se détermine comme suit.

Dans son projet de modification de l'ordonnance, le DFF propose un abaissement général de la franchise-valeur. Désormais, les marchandises du trafic touristique ne seraient exonérées de l'impôt sur les importations que jusqu'à une valeur totale de 150 francs par personne.

Le Gouvernement jurassien approuve la décision du Conseil fédéral d'entrer en matière sur le principe de l'atténuation de l'inégalité fiscale entre la consommation en Suisse et celle à l'étranger. Il salue également le fait que le projet soit assorti de mesures d'accompagnement. Le projet entend en particulier adapter l'application de dédouanement « QuickZoll » afin que les démarches se fassent majoritairement par voie numérique et que la charge administrative ne soit pas excessive.

Toutefois, au regard de l'objectif visant à minimiser les incitations indésirables actuelles et à assurer l'égalité entre les personnes qui achètent en Suisse et celles qui achètent à l'étranger, le Gouvernement estime que l'abaissement de la franchise-valeur à 150 francs n'est à ses yeux pas suffisant.

L'effet d'un abaissement à 150 francs étant plutôt négligeable, les consommatrices et consommateurs useront certainement d'astuces pour continuer à faire des achats en échappant à l'impôt (par exemple; en se rendant à l'étranger plus souvent ou en faisant les achats à plusieurs). L'abaissement proposé ne répond donc que très partiellement à l'objectif visé, ce qui est d'autant

plus important dans des régions frontalières comme le canton du Jura. Par conséquent, et pour obtenir une solution efficace, le Gouvernement soutient la demande de principe, à savoir la suppression de la franchise-valeur.

Si le Conseil fédéral devait se prononcer contre la suppression de la franchise-valeur, un compromis consistant à abaisser cette franchise à 50 francs serait acceptable. Cela éviterait de s'en prendre aux achats mineurs mais serait plus efficace pour réduire les incitations inopportunies actuelles liées au tourisme d'achats.

En vous remerciant de l'avoir consulté, le Gouvernement vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

Rosalie Beuret Siess
Présidente



Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'Etat

Finanzdepartement
Bahnhofstrasse 19
6002 Luzern
Telefon 041 228 55 47
info.fd@lu.ch
www.lu.ch

Öffnungszeiten:
Montag - Freitag
08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Eidgenössisches Finanzdepartement
Per E-Mail an (Word- und PDF):
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Luzern, 5. März 2024

Protokoll-Nr.: 215

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Senkung der Wertfreigrenze

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 haben Sie die Kantonsregierungen in eingangs erwähnter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern eine Nachbesserung der Verordnungsanpassung beantragt.

Mit dem vorliegenden Änderungsentwurf wird eine Halbierung der Wertfreigrenze auf 150 Franken pro Person vorgeschlagen. Eine Studie der Universität St. Gallen ergab allerdings kürzlich, dass sich die Einkäufe im Ausland selbst bei einer Senkung der Wertfreigrenze auf 50 Franken erst um etwa einen Dritt reduzieren würden, sodass davon auszugehen ist, dass der Effekt bei einer Senkung auf 150 Franken gering sein dürfte¹. Damit vermag die vorgeschlagene Senkung der Wertfreigrenze dem Auftrag der eidgenössischen Räte, die Steuergerechtigkeit im Warenfluss des kleinen Grenzverkehrs zu verbessern, nicht zu genügen.

Die vorgeschlagene Reduktion mag ein Schritt in die richtige Richtung sein, ist aber mit Blick auf das Ziel, bestehende Fehlanreize zu minimieren und gleich lange Spiesse zu schaffen – einerseits für Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten, die in der Schweiz einkaufen, und andererseits für denjenigen, die im Ausland einkaufen – nicht ausreichend.

Ich danke Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Rudolph, Thomas; Schraml, Christopher Marc; Otto, Christine & Kralle, Nora Charlotte: Einkaufstourismus Schweiz 2022/2023. St. Gallen: Forschungszentrum für Handelsmanagement, 2022

Freundliche Grüsse


Reto Wyss
Regierungsrat



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral des finances DFF
Bundesgasse 3
3011 Berne

Modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités: abaissement général de la franchise-valeur; ouverture de la procédure de consultation

Madame la conseillère fédérale,

Nous vous remercions de nous consulter dans le cadre de la modification de l'ordonnance du DFF citée en objet.

L'économie du canton de Neuchâtel, bien qu'essentiellement industrielle et orientée vers les exportations, est également touchée par la problématique du tourisme d'achat, en raison de sa proximité frontalière. Nous sommes donc également d'avis que cette modification participera à réduire les inégalités entre les consommateurs et consommatrices suisses qui achètent en Suisse et celles et ceux qui achètent à l'étranger.

Nous saluons donc la proposition qui est faite d'exonérer de l'impôt sur les importations, les marchandises du trafic touristique allant jusqu'à une valeur totale de 150 francs par personne, ainsi que les mesures prévues pour l'adaptation de l'application « QuickZoll » en conséquence.

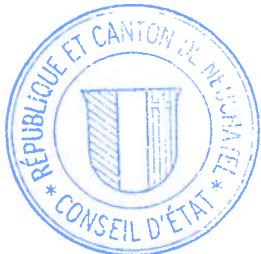
En vous remerciant encore de nous avoir consultés sur ce dossier, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 19 février 2024

Au nom du Conseil d'État :

*Le président,
A. RIBAUX*

*La chancelière,
S. DESPLAND*



NE



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin
Karin Keller-Suter
Bundesgasse 3
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 20. Februar 2024

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, generelle Senkung der Wertfreigrenze. Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. November 2023 laden Sie die Kantonsregierungen ein, zur Vorlage der Änderung der Verordnung über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, generelle Senkung der Wertfreigrenze, eine Stellungnahme abzugeben. Wir danken für die Gelegenheit dazu und lassen uns wie folgt vernehmen.

Der Regierungsrat des Kanton Nidwalden hat die vorgelegten Unterlagen einer Prüfung unterzogen und spricht sich gegen eine Anpassung der Wertfreigrenze aus. Hinsichtlich der Senkung der Wertfreigrenze von 300 auf 150 Franken besteht keine Überzeugung und ein zusätzlicher finanzieller Nutzen kann aus Sicht des Regierungsrates nicht festgestellt werden.

Es stellt sich hingegen die Frage nach der Verantwortlichkeit für die Kontrollen sowie den erforderlichen personellen Ressourcen für die Bewältigung des zusätzlichen Aufwands. Die Anwendung "Quick-Zoll" zur Rückerstattung bietet eine Möglichkeit der Abrechnung, wird jedoch längst nicht von allen Einreisenden genutzt. Es bestehen auch erhebliche Zweifel bezüglich einer potenziellen Veränderung im Einkaufsverhalten der Bürgerinnen und Bürger, sollte die Wertfreigrenze gesenkt werden.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Michèle Blöchliger
Landammann



A. Eberli
lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- zollveranlagung@bazg.admin.ch



CH-6060 Sarnen, St. Antonistrasse 4, VD

Per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter

zollveranlagung@bazg.admin.ch

Sarnen, 26. Februar 2024

**Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze;
Stellungnahme Kanton Obwalden**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, *Liebe Karin*
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 haben Sie uns zur Vernehmlassung über die Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen eingeladen.

Nach Einschätzung des Kantons Obwalden hat sich die bisherige Lösung mit einer Wertfreigrenze von 300 Franken bewährt. Wir sehen als Haupttreiber für den Einkaufstourismus die generellen Preisunterschiede zwischen der Schweiz und dem benachbarten Ausland sowie damit einhergehend den Franken-Euro-Wechselkurs. Dass damit für die Schweizer Wirtschaft Minderumsätze in Milliardenhöhe resultieren ist bedauerlich. Allerdings wird die vorgeschlagene Halbierung der Wertfreigrenze auf 150 Franken den Einkaufstourismus u.E. nicht verhindern können. Jedoch würde dies zu einem erheblichen administrativen Mehraufwand sowohl für die Reisenden als auch für die Zollverwaltung führen. Vermehrter Schmuggel und Behinderungen im Grenzverkehr durch Staus wären zu erwarten.

Aus diesen Gründen lehnt der Kanton Obwalden die vorgeschlagenen Änderungen ab und spricht sich für eine Beibehaltung der bisherigen Regelung aus.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdepartement

Daniel Wyler
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung (per E-Mail)
- Regierungsrat (Zirkulationsmappe)
- Staatskanzlei (OWSTK.4808)



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 12. Februar 2024

**Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von
Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze;
Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. November 2023 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Regierung des Kantons St.Gallen lehnt den Vorschlag des Eidgenössischen Finanzdepartementes (EFD) und damit eine Senkung der Wertfreigrenze auf Fr. 150.– ab. Stattdessen fordern wir die Abschaffung der Wertfreigrenze. Sollte sich der Bundesrat gegen die Aufhebung der Wertfreigrenze entscheiden, ist ein Kompromiss der Senkung der Wertfreigrenze auf Fr. 50.– anzustreben.

Obwohl die eidgenössischen Räte den beiden Standesinitiativen aus den Kantonen St.Gallen und Thurgau zur Abschaffung der Wertfreigrenze Folge gegeben haben, wurden sie immer noch nicht umgesetzt. Nach wie vor wird der In- und Auslandkonsum steuerlich unterschiedlich behandelt. Die Wertfreigrenze beeinflusst massgeblich das Verhalten der Einkaufstouristinnen und -touristen.

Durch den Einkaufstourismus in die Nachbarländer der Schweiz fliessen jährlich rund zehn Mrd. Franken ins Ausland ab. Die Auswirkungen des Einkaufstourismus auf den Handel in den Grenzregionen sind immens. Neueste Auswertungen zeigen, dass Schweizerinnen und Schweizer im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahr wieder deutlich mehr im Ausland eingekauft haben. Insgesamt nahmen die Zahlungen in den Nachbarländern um rund 10 Prozent zu. Die höchsten Wachstumsbeiträge liefern Grenzkantone, wozu auch der Kanton St.Gallen gehört.

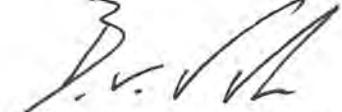
Der doppelte Steuervorteil für Auslandeinkäufe soll angepasst werden, damit die Schweizer Kundschaft nicht schlechter gestellt wird. Gerade in den Grenzkantonen ist es für den Detailhandel von existenzieller Bedeutung, dass er gegenüber dem grenznahen Ausland wettbewerbsfähig bleibt und nicht durch bundesrechtliche Regulierungen bzw. Standortfaktoren weiter benachteiligt wird.

Aus diesem Grund fordern wir eine Abschaffung der Wertfreigrenze. Damit lehnen wir den Vorschlag des EFD und damit eine Senkung der Wertfreigrenze auf Fr. 150.– ab. Sollte sich der Bundesrat gegen eine Abschaffung der Wertfreigrenze entscheiden, bestünde eine pragmatische Umsetzung in der Senkung der Wertfreigrenze auf Fr. 50.–. So hat eine Studie der Universität St.Gallen gezeigt, dass mit einer Senkung auf Fr. 50.– die Kundschaft rund 33 Prozent weniger Einkäufe im Ausland tätigen würde.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung


Stefan Kölliker
Präsident


Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@sh.ch

Regierungsrat

Vorsteherin des Eidgenössischen
Finanzdepartements EFD

Per E-Mail an
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Schaffhausen, 20. Februar 2024

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 haben Sie uns den Entwurf in obgenannter Angelegenheit zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen dazu gerne Stellung.

Grundsätzlich begrüssen wir die Senkung der Wertfreigrenze. Im Einzelnen haben wir folgende Bemerkungen:

Der Schweizer Detailhandel verliert durch den Einkaufstourismus jährlich rund 10 Milliarden Schweizer Franken an Ertrag. Das entspricht rund 10% des gesamten Detailhandelsvolumen. Davon sind insbesondere die Grenzregionen betroffen. Bei der heute geltenden Regelung besteht zudem eine grosse steuerliche Ungleichbehandlung von In- und Auslandkonsum. Sofern sich Konsumentinnen und Konsumenten die ausländische Mehrwertsteuer zurückstatten lassen, kommen ihnen grosse Steuervorteile zu.

Im Hinblick auf das Ziel, die bestehenden Fehlanreize zu minimieren und gleich lange Spiesse für Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten, die in der Schweiz einkaufen und denjenigen, die im Ausland einkaufen, zu schaffen, ist eine Senkung der Wertfreigrenze auf 150 Franken angezeigt.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:



Patrick Strasser

Der Staatsschreiber:



Dr. Stefan Bilger

Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit BAZG

solothurn

13. März 2024

Aktenzeichen:

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit BAZG
Taubenstrasse 16
3003 Bern

12. März 2024

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
sehr geehrte Damen und Herren

Die Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartementes EFD hat mit Schreiben vom 30. November 2023 die Kantone zur Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze, eingeladen. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:

Die Senkung der Wertfreigrenze von 300 auf 150 Franken für die steuerbefreite Einfuhr von Waren zielt unseres Erachtens in die richtige Richtung. Die steuerliche Ungleichbehandlung von In- und Auslandkonsum wird dadurch gemindert. Die Anpassung der Verzollungsapp «QuickZoll» hilft, Verzollungen künftig kundenfreundlich abzuwickeln.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES


Peter Hodel
Landammann


Andreas Eng
Staatsschreiber



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)
3003 Bern
zollveranlagung@bazg.admin.ch
(Word und PDF Version)

Schwyz, 12. März 2024

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Senkung der Wertfreigrenze
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. November 2023 hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) den Kantonenregierungen die Unterlagen zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Senkung der Wertfreigrenze zur Vernehmlassung bis 15. März 2024 unterbreitet.

Der Regierungsrat stimmt der Vorlage zu.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Frau Bundesrätin, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

A blue ink signature of André Rüegsegger, which appears to be a stylized form of his name.

André Rüegsegger
Landammann



A blue ink signature of Dr. Mathias E. Brun, which appears to be a stylized form of his name.

Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)
Frau Karin Keller-Sutter
Bundesrätin
3003 Bern

Frauenfeld, 12. März 2024

161

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zu den Änderungen der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen (SR 641.204).

Der Schweizer Detailhandel verliert durch den Einkaufstourismus jährlich rund 10 Mia. Schweizer Franken an Ertrag, was rund 10 % des gesamten Detailhandelsvolumens entspricht. Davon sind im Besonderen die Grenzregionen betroffen. Bei der heute geltenden Regelung besteht eine grosse steuerliche Ungleichbehandlung von In- und Auslandkonsum. Sofern sich Konsumentinnen und Konsumenten die ausländische Mehrwertsteuer zurückstatten lassen, kommen ihnen grosse Steuervorteile zu.

Um die Steuervorteile für Auslandeinkäufe aufzuheben und eine Regelung zu beseitigen, die den hiesigen Detailhandel gegenüber den ausländischen Konkurrenten benachteiligt, haben die Kantone Thurgau und St. Gallen die Standesinitiativen 18.316 Kt.Iv.TG und 18.300 Kt.Iv.SG eingereicht, die eine Beseitigung der Wertfreigrenze im Einkaufstourismus fordern. Beide Räte gaben den Standesinitiativen Folge und überwiesen zudem gleichzeitig auch die Motion 19.3975 an den Bundesrat, mit der dieser beauftragt wurde, unilaterale die Steuergerechtigkeit im Warenfluss des kleinen Grenzverkehrs zu verbessern.

Mit dem vorliegenden Änderungsentwurf der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen schlägt das EFD nun eine generelle Senkung der Wertfreigrenze auf Fr. 150 pro Person vor. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, der im Grundsatz begrüßt wird. Dies gilt auch für die Tatsache, dass die



2/2

Senkung der Wertfreigrenze durch lenkende Massnahmen begleitet werden soll (insbesondere die Anpassung der Verzollungsapplikation „QuickZoll“), so dass die Verzollungen künftig mehrheitlich digital abgewickelt werden und damit die bürokratischen Herausforderungen in Grenzen gehalten werden können.

Im Hinblick auf das Ziel, die bestehenden Fehlanreize zu minimieren und gleich lange Spiesse für Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten, die in der Schweiz einkaufen, und für diejenigen, die im Ausland einkaufen, zu schaffen, ist jedoch eine Senkung der Wertfreigrenze auf Fr. 150 nicht ausreichend. Wie kürzlich eine Studie der Universität St. Gallen gezeigt hat, würden Konsumenten ihre Einkäufe im Ausland bei einer Senkung der Wertfreigrenze auf Fr. 50 um durchschnittlich 32.6 % reduzieren (RUDOLPH, THOMAS; SCHRAML, CHRISTOPHER MARC; OTTO, CHRISTINE & KRALLE, NORA CHARLOTTE, Einkaufstourismus Schweiz 2022/2023, St. Gallen: Forschungszentrum für Handelsmanagement, 2022). Der Effekt bei einer Senkung auf Fr. 150 dürfte hingegen relativ gering sein, da bei einer Wertfreigrenze in dieser Höhe verschiedene Umgehungs möglichkeiten bestehen, um weiterhin steuerfrei einzukaufen (unter anderem: öfters ins Ausland fahren, mit einer Gruppe einkaufen gehen). Damit entspricht die vorgeschlagene Senkung der Wertfreigrenze nicht den Anliegen der beiden Standesinitiativen 18.300 und 18.316.

Der Regierungsrat hält daher weiterhin an der Forderung fest, die Wertfreigrenze abzuschaffen, um eine griffige Lösung für das Problem zu erhalten. Sollte sich der Bundesrat gegen die Aufhebung der Wertfreigrenze entscheiden, wäre ein Kompromiss der Senkung der Wertfreigrenze auf Fr. 50 akzeptabel. Damit würden Bagatelfälle bis Fr. 50 nicht erfasst, aber die bestehenden Fehlanreize minimiert.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates

Der Staatsschreiber



Numero
189

fr

0

Bellinzona
17 gennaio 2024

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale delle finanze
DFF
Bundesgasse 3
3003 Berna

Invio per posta elettronica:
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Procedura di consultazione - Modifica dell'ordinanza del DFF concernente l'importazione esente dall'imposta di beni in piccole quantità, di valore minimo o il cui ammontare d'imposta è irrilevante: riduzione generale del limite di franchigia secondo il valore

Gentili signore,
egregi signori,

vi ringraziamo per averci consultato in merito alla proposta di modifica dell'ordinanza in oggetto.

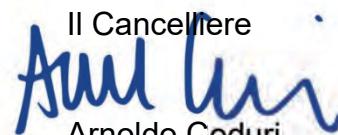
Ci preme segnalare che – in questo preciso momento storico segnato da un generale aumento dei costi non sistematicamente compensato da un pari rialzo dei redditi – la riduzione della soglia in discussione rischia di causare un'ulteriore contrazione del potere d'acquisto dei cittadini. In questo senso auspichiamo che gli effetti della diminuzione della franchigia vengano analizzati tenendo conto degli interessi sia dei commercianti che dei consumatori, così come anche della recente decisione dello Stato italiano relativa all'abbassamento della franchigia a partire dalla quale è possibile chiedere la restituzione dell'IVA.

Vogliate gradire, gentili signore, egregi signori, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Raffaele De Rosa

Il Cancelliere

Arnoldo Coduri

RG n. 189 del 17 gennaio 2024

Copia a:

- Consiglio di Stato (decs-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch)
- Divisione dell'economia (dfe-de@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)
Bundesgasse 3
3003 Bern

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Senkung der Wertfreigrenze; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 haben Sie den Regierungsrat des Kantons Uri eingeladen, zur Senkung der Wertefreigrenze Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit.

Bedingt durch seine geografische Lage in der Mitte der Schweiz ist der Einkaufstourismus für die Urner Wirtschaft und die lokalen Detailhändler von untergeordneter Bedeutung. Gleichzeitig ist der Kanton Uri durch die auf Bundesebene wegfallenden Steuererträge indirekt ebenfalls betroffen. Neben volkswirtschaftlichen Überlegungen ist eine Anpassung der Wertfreigrenze auch im Sinne der Steuergerechtigkeit angebracht.

Bei einer Wertfreigrenze von 150 Franken können aufgrund der Bagatellgrenzen im benachbarten Ausland viele Waren nie gänzlich steuerbefreit eingeführt werden. Damit können auch die Anliegen der damit zusammenhängenden Standesinitiativen 18.300 und 18.316 weitgehend erfüllt werden.

Zusammenfassend erachtet der Regierungsrat die Herabsetzung der Wertfreigrenze von 150 Franken als sinnvoll und angemessen. Damit kann eine Massnahme zur Steuergerechtigkeit und gegen den Einkaufstourismus und seine negativen Folgen ergriffen werden, ohne dabei den Konsumenten und Behörden einen unverhältnismässigen administrativen Mehraufwand aufzubürden.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Altdorf, 1. März 2024



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

A blue ink signature of Urs Janett, consisting of a stylized 'U' and 'J'.

Urs Janett

Der Kanzleidirektor

A blue ink signature of Roman Balli, consisting of a stylized 'R' and 'B'.

Roman Balli



CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Cheffe du Département fédéral des
finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Par courriel
zollveranlagung@bazd.admin.ch

Réf. : 23_COU_1250

Lausanne, le 6 mars 2024

Consultation concernant la modification de l'ordonnance du Département fédéral des finances régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités, d'une valeur minime ou pour lesquels le montant de l'impôt est insignifiant

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat vaudois vous remercie de l'avoir invité à se prononcer dans le cadre de la consultation citée en titre. Après avoir sollicité la prise de position des milieux concernés, il a l'avantage de se prononcer comme suit.

En préambule, le Conseil d'Etat salue le fait que le Département fédéral des finances, en application de la motion 19.3975 de la Commission des finances du Conseil national (Cdf-N) et pour répondre à l'initiative 18.300 du Canton de Saint-Gall («Ne pas subventionner le tourisme d'achat») ainsi qu'à l'initiative 18.316 du Canton de Thurgovie («Suppression de la franchise-valeur dans le tourisme d'achat»), soit entré en matière sur le principe de l'atténuation de l'inégalité fiscale entre la consommation en Suisse et à l'étranger. Il considère qu'une réduction générale de la franchise-valeur de 300 à 150 francs par personne est un premier pas dans la bonne direction pour lutter contre le tourisme d'achat.

Le commerce de détail suisse perd chaque année plus de 8,5 milliards de francs¹ en raison du tourisme d'achat. Le Canton de Vaud, en tant que canton frontalier, est particulièrement impacté par ce phénomène. La législation actuelle engendre une profonde inégalité fiscale entre la consommation en Suisse et les achats effectués à l'étranger. Les consommateurs qui se font rembourser la TVA étrangère bénéficient dès lors d'importants avantages fiscaux.

Cela étant dit, le Conseil d'Etat doute de l'efficacité d'une telle mesure pour minimiser les incitations indésirables actuelles et ainsi freiner le tourisme d'achat.

¹ Source : Swiss Retail Federation

Il estime en effet qu'un tel abaissement de la franchise-valeur n'empêchera pas les consommateurs qui le souhaitent d'user de différents moyens pour continuer à faire des achats sans être soumis à l'impôt (par ex. se rendre à l'étranger plus souvent).

En outre, même si le projet prévoit une adaptation de l'application de dédouanement par voie numérique « QuickZoll », le Conseil d'Etat estime que l'abaissement de la franchise-valeur à 150 francs risque d'engendrer une surcharge administrative liée au dédouanement au guichet.

En conclusion, bien qu'il doute de l'efficacité du projet et relève qu'il risque d'engendrer une charge administrative accrue pour les douanes, le Conseil d'Etat le soutient. Il estime en effet qu'il s'agit d'un compromis acceptable face aux propositions de réduire la valeur-franchise de manière plus importante, voire de la supprimer totalement.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ce qui précède, le Conseil d'Etat vaudois vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de ses sentiments respectueux.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELLIER a.i.



François Vodoz

Annexe

- Tableau synoptique

Copies

- Office des affaires extérieures
- Secrétariat général du Département de l'économie, de l'innovation, de l'emploi et du patrimoine

Ann. 15 - Tableau synoptique des avis exprimés dans le cadre de la procédure de consultation relative à une modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités

| Instances consultées | Résumé des arguments significatifs de l'instance consultée | Argument retenu ou non dans le projet de réponse pour le Conseil d'Etat |
|--|---|---|
| Département des institutions, du territoire et du sport (DITS) | Le DITS n'étant pas concerné par la thématique soulevée, il renonce à se déterminer sur cet objet. | / |
| Département de l'enseignement et de la formation professionnelle (DEF) | Le DEF n'a pas de remarque particulière à formuler en lien avec la consultation, la position du Chef de département sur la prise de position qui sera proposée au Conseil d'Etat restant réservée. | / |
| Département de la jeunesse, de l'environnement et de la sécurité (DJES) | Le DJES n'a pas de remarque particulière à formuler en lien avec la consultation, la position du département sur la prise de position qui sera proposée au Conseil d'Etat restant réservée. | / |
| Département de la santé et de l'action sociale (DSAS) | Le DSAS remercie le DEIEP pour la consultation et n'a pas de remarques particulières concernant le projet. La position politique de la Cheffe du Département demeure réservée. | / |
| Département de la culture, des infrastructures et des ressources humaines (DCIRH) | N'a pas répondu à la consultation. | / |
| Département des finances et de l'agriculture (DFA) | Le DFA est sensible aux arguments développés au point 8.2 du rapport explicatif et doute fort de l'efficacité de la mesure proposée pour freiner le tourisme d'achat. Ceci risque d'avoir pour principal effet une charge administrative accrue pour les douanes. | Reprise dans le projet de réponse. |
| Union Démocratique du Centre (UDC Vaud) | N'a pas répondu à la consultation. | / |
| Les Verts-e-s vaudoise-e-s | N'a pas répondu à la consultation. | / |
| Ensemble à Gauche (EàG) et POP | N'a pas répondu à la consultation. | / |

| | | |
|--|---|--|
| Les Libéraux-Radicaux Vaud (PLR VD) | Le PLR soutient le projet mis en consultation en mettant toutefois en garde contre la potentielle surcharge administrative pour l'Etat ainsi que pour les citoyens que ce projet pourrait engendrer. | Reprise dans le projet de réponse. |
| Parti Socialiste Vaudais (PSV) | Déployée de manière isolée, cette mesure perd en pertinence tant la question de la consommation en Suisse doit être abordée de manière globale. Pour le PSV, la modification proposée devrait être l'une des diverses solutions qui composeraient un vaste un plan d'action national visant à favoriser le commerce local et indépendant, à encourager la vente de produits régionaux s'agissant de l'alimentation, et à surveiller les marges des grands distributeurs. | Non reprise dans le projet de réponse : le Conseil d'Etat estime qu'il s'agit d'un compromis acceptable même s'il met en doute sa pleine efficacité pour lutter contre le tourisme d'achat et qu'il met en garde contre la potentielle surcharge administrative qu'il risque d'engendrer pour les douanes. |
| Parti vert libéral vaudois | N'a pas répondu à la consultation. | / |
| Union des communes vaudoises (UCV) | L'Union des Communes Vaudoises renonce à se déterminer dans la mesure où les modifications législatives envisagées ne concernent pas directement les communes vaudoises. | / |
| Association des communes vaudoises (AdCV) | N'a pas répondu à la consultation. | / |
| Vaud Promotion | N'a pas répondu à la consultation. | / |
| Fédération romande des consommateurs (FRC) | N'a pas répondu à la consultation. | / |
| Caritas Vaud | N'a pas répondu à la consultation. | / |
| Centre social protestant (CSP) | N'a pas répondu à la consultation. | / |
| APRÈS-VD | APRÈS-VD n'a pas d'objection ni de commentaire à formuler en lien avec la consultation. | / |
| Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie (CVCI) | La CVCI souscrit à ce projet d'abaissement de la franchise-valeur à 150.- par personne, qui représente un compromis acceptable face aux propositions de la réduire de manière plus importante voire de la supprimer totalement. Même si les conséquences sont difficiles à estimer, il est fort probable que cela débouche sur une surcharge administrative. Toutefois, celle-ci devrait être tempérée grâce à l'application « QuickZoll », qui permet un auto-dédommagement simple et qui sera encore perfectionnée ces prochaines années. | Reprise dans le projet de réponse. |
| Fédération vaudoise des | La FVE considère n'avoir pas de commentaire particulier à faire sur cet objet et | / |

| | | |
|---|--|---|
| entrepreneurs (FVE) | renonce à vous soumettre une réponse. | |
| Centre Patronal (CP) Fédération Patronale Vaudoise (FPV) | La FPV estime que les effets de cette révision seraient limités voire nuls sur le tourisme d'achat. Baisser la franchise d'imposition ne dissuadera pas les personnes domiciliées en Suisse de faire leurs achats dans les pays voisins et ne permettra donc pas d'atteindre le but recherché. De plus, il faut s'attendre à des surcharges de travail administratif lié au dédouanement au guichet ainsi qu'à des perturbations de la circulation aux points de passage frontaliers, parce que la baisse de la franchise de 300.- à 150.- CHF devrait doubler le nombre de déclarations (Selon l'Étude sur le tourisme d'achat en Suisse 2022/2023 de l'Université de Saint-Gall). La FPV rejette donc le projet. | Partiellement reprise : le Conseil d'Etat estime qu'il s'agit d'un compromis acceptable même s'il met en doute sa pleine efficacité pour lutter contre le tourisme d'achat et qu'il met en garde contre la potentielle surcharge administrative qu'il risque d'engendrer pour les douanes. / |
| Fédération vaudoise du commerce de détail (FeyCom) | N'a pas répondu à la consultation. | Reprise dans le projet de réponse. |
| Trade Club Vaud | Le Trade Club Vaud soutient la modification d'ordonnance soumise à consultation. | Reprise dans le projet de réponse. |
| Promotion des métiers de la terre - Prométerre | Prométerre soutient avec conviction la modification de l'ordonnance régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités. | Partiellement reprise : le Conseil d'Etat estime qu'il s'agit d'un compromis acceptable même s'il met en doute sa pleine efficacité pour lutter contre le tourisme d'achat et qu'il met en garde contre la potentielle surcharge administrative qu'il risque d'engendrer pour les douanes. / |
| Office des vins vaudois | N'a pas répondu à la consultation. | |
| Association Vaud Oenotourisme | N'a pas répondu à la consultation. | / |



P.P. CH-1951
Sion

A

Poste CH SA

Madame
Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Cheffe du DFF
Bundesgasse 3
3003 Berne



21 FEV. 2024

Date

Ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités. Abaissement de la franchise valeur. Réponse à la consultation

Madame la Cheffe de département,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de lui permettre de se déterminer dans le cadre de la consultation citée en titre.

Bien que canton frontalier, le Valais n'est pas particulièrement concerné par le tourisme d'achat. La topographie de notre canton rend difficile un approvisionnement régulier des Valaisans et Valaisannes dans les régions françaises ou italiennes limitrophes. Le Conseil d'Etat du canton du Valais n'est pas pour autant insensible aux arguments des cantons limitrophes directement touchés par le phénomène du tourisme d'achat, dans le sens où le commerce de détail est un secteur important de notre économie cantonale, avec plus de 22'000 emplois. Il est du devoir des autorités, fédérales et cantonales, d'édicter des conditions-cadres qui permettent à ce secteur d'activité de demeurer concurrentiel face aux enseignes étrangères et aux plates-formes de vente en ligne.

Le canton du Valais estime que le projet élaboré par le département fédéral des finances est un compromis acceptable entre les partisans du statu quo et les partisans de l'abrogation totale de la franchise d'impôt à l'importation pour les biens en petites quantités.

La fixation de la franchise d'impôt doit répondre à différents paramètres et ne peut se faire uniquement en prenant en considération le seul tourisme d'achat, ce d'autant qu'il est en l'état très difficile d'évaluer la répercussion concrète de la mesure proposée sur le comportement des consommateurs, assurément davantage influencés par l'évolution relative des prix et le taux de change. La modification proposée aura également un impact sur les contrôles douaniers et sur les dédouanements aux frontières. Cela étant, l'abaissement proposé de la franchise-valeur devra faire l'objet de mesures d'accompagnement afin que les dédouanements se fassent majoritairement par voie numérique, ce qui permettra d'une part d'éviter un accroissement excessif de la charge administrative pour les collaborateurs de l'OFDF et d'autre part de ne pas encombrer inutilement les postes de douanes situés dans des localités déjà congestionnées par un important trafic transfrontalier.

Pour les raisons mentionnées ci-dessus, le Conseil d'Etat du canton du Valais soutient le projet de modification de l'ordonnance du département fédéral des finances régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités visant à abaisser le montant des achats exonérés de l'impôt sur les importations de 300 à 150 francs par personne. La mesure est proportionnée et permettra de lutter, dans une certaine mesure, contre le tourisme d'achat.

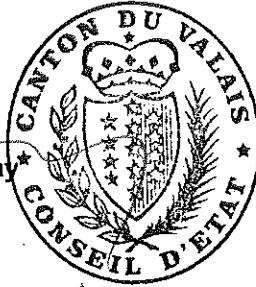


En vous remerciant de nous avoir donné l'opportunité de nous exprimer, nous vous adressons,
Madame la Conseillère fédérale, nos meilleures salutations.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Christophe Darbellay



La chancelière

Monique Albrecht

Volkswirtschaftsdirektion, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Finanz-
departement EFD

Karin Keller-Sutter, Bundesrätin
Bundesgasse 3
3003 Bern

T direkt +41 41 728 55 01

silvia.thalmann@zg.ch

Zug, 18. Januar 2023 kyal

VD VDS 6 / 498 - 83851

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze – Stellungnahme Kanton Zug

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 wurden die Kantone eingeladen, zur Änderung der Verordnung über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen eine Stellungnahme einzureichen. Der Regierungsrat hat die Volkswirtschaftsdirektion mit der direkten Erledigung beauftragt.

Der Kanton Zug ist mit der Senkung der Wertfreigrenze auf 150 Franken einverstanden und verzichtet auf eine ausführliche Stellungnahme.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zug



Silvia Thalmann-Gut
Frau Landammann

Zustellung per E-Mail an:

- zollveranlagung@bazg.admin.ch (PDF und Word)
- [Finanzdirektion \(info.fd@zg.ch\)](mailto:info.fd@zg.ch) (PDF)
- [Amt für Wirtschaft und Arbeit \(bernhard.neidhart@zg.ch\)](mailto:bernhard.neidhart@zg.ch) (PDF)



Elektronisch an zollveranlagung@bazg.admin.ch



Kanton Zürich

Regierungsrat

staatskanzlei@sk.zh.ch

Tel. +41 43 259 20 02

Neumühlequai 10

8090 Zürich

zh.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

13. März 2024 (RRB Nr. 265/2024)

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag (Vernehmlassung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. November 2023 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag (SR 641.204) Stellung zu nehmen. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Mit Blick auf die Gleichbehandlung des In- und Auslandkonsums ist es zu begrüssen, wenn die durch die Wertfreigrenze verursachte steuerliche Begünstigung bzw. Subventionierung von Auslandeinkäufen aufgehoben oder zumindest stark eingeschränkt wird.

Es ist hingegen ungewiss, ob die vorgeschlagene Senkung der Wertfreigrenze eine Änderung beim Einkaufsverhalten erreichen und die Auslandeinkäufe reduzieren wird, da die Preisunterschiede zwischen dem angrenzenden Ausland und der Schweiz auch weiterhin bestehen. Bei der Festlegung der Höhe der Wertfreigrenze geht es jedoch weniger um die Bekämpfung des Einkaufstourismus an sich, als um das Ziel, die steuerliche Begünstigung des Auslandkonsums zu reduzieren. Den Vorschlag des Bundesrates erachten wir hierfür als zielführend.

Demgegenüber ist für Private sowie Zollbehörden mit Zusatzaufwand zu rechnen. Deshalb begrüssen wir ebenfalls den Vorschlag des Bundesrates, dass die Senkung der Wertfrei-grenze durch lenkende Massnahmen wie durch die Applikation «QuickZoll» begleitet wird. Damit kann die Verzollung künftig mehrheitlich digital abgewickelt werden, womit sich der bürokratische Aufwand in Grenzen hält.

Gestützt auf diese Erläuterungen stimmen wir der Vorlage zu.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Mario Fehr

Die Staatsschreiberin:

Dr. Kathrin Arioli



FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit BAZG
Taubenstrasse 16
3003 Bern

Bern, 29. Februar 2024 / CW
VL Wertfreigrenze

Elektronischer Versand: zollveranlagung@bazg.admin.ch

**Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von
Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit
geringfügigem Steuerbetrag
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Ab dem 1. Januar 2025 soll im Reiseverkehr neu eine Wertfreigrenze von 150 Franken statt 300 Franken pro Person gelten. FDP.Die Liberalen begrüßt die vorgeschlagene Senkung, die auf parlamentarischen Vorstössen beruht. Die Senkung der Wertfreigrenze trägt dazu bei, die heute staatlich verzerrte Wettbewerbsfähigkeit der Grenzregionen zu stärken. Die Senkung spielt zudem eine entscheidende Rolle bei der Wiederherstellung der Steuergerechtigkeit zwischen Einkaufstouristen und Personen, die ausschliesslich im Inland bei mehrwertsteuerpflichtigen Händlern einkaufen. Auf diese Weise leisten auch Einkaufstouristen ihren Beitrag an die Mehrwertsteuer, was auch angesichts der düsteren Aussichten für den Bundeshaushalt zu begrüssen ist.

Im Hinblick auf eine mögliche Zunahme der Verzollungen betont die FDP die Notwendigkeit einer möglichst unbürokratischen Umsetzung und unterstützt deshalb vollumfänglich die Digitalisierungsbestrebungen, wie beispielsweise die Einführung der erleichterten Selbstverzollung über die App QuickZoll.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident

Der Generalsekretär



Thierry Burkart
Ständerat



Jon Fanzun



GRÜNE Schweiz
Waisenhausplatz 21
3011 Bern

raphael.noser@gruene.ch
031 326 66 07

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

Per Mail:
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Bern, 15. März 2024

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel vermerkten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns wie folgt.

Mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Verordnungsanpassung soll, in Umsetzung der von den eidgenössischen Räten überwiesenen [Motion 19.3975](#), die Wertfreigrenze von heute 300 Franken auf 150 Franken gesenkt werden. Die GRÜNEN befürworten die Vorlage des Bundesrates; sie unterstützt das lokale Gewerbe in Grenznähe, welches stark vom Einkaufstourismus betroffen ist. Die GRÜNEN erhoffen sich durch die Umsetzung der Vorlage zudem auch eine Reduktion des Verkehrs – und somit auch der Umwelt- und Klimabelastung – in Grenznähe. Angesichts neuer technischer Möglichkeiten, wie etwa der App «QuickZoll» erachten die GRÜNEN den mit der Vorlage einhergehenden administrativen Mehraufwand als vertretbar.

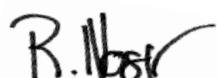
Um die Konsument*innen in der Schweiz von hohen Preisen zu entlasten, erachten die GRÜNEN ein Monitoring zur Differenz der Preise in der Schweiz und in anderen europäischen Ländern weiterhin für angebracht (siehe dazu u.a. das Postulat 23.3738 Michaud Gignon «Zustand und Entwicklung der Hochpreisinsel Schweiz - für Konsumentinnen und Konsumenten und KMU»). Dieses würde als Basis dienen, um ungerechtfertigte Preisdifferenzen mit geeigneten Massnahmen zu verringern.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli
Präsident



Raphael Noser
Fachsekretär

Jungfreisinnige Kanton St.Gallen
9000 St.Gallen

per E-Mail an:
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Eidgenössisches
Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

St.Gallen, 14.03.2024

Vernehmlassungsantwort zur „Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen“

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Namens der Jungfreisinnigen des Kantons St.Gallen danken wir für die Möglichkeit, im Rahmen der bis 15. März 2024 dauernden Vernehmlassung, zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, Stellung beziehen zu dürfen.

Allgemeine Bemerkungen

Die Jungfreisinnigen des Kantons St.Gallen setzen sich für einen grenzüberschreitenden Handel mit möglichst geringen Handelshemmnissen ein. Gerade als Partei aus einer Grenzregion, welche stark von den Beziehungen ins nahe Ausland täglich abhängig ist, ist ein funktionierender Handel und Transport über die Grenzen wichtig.

Senkung der Wertfreigrenze von 300 auf 150 Franken

Die Jungfreisinnigen des Kantons St.Gallen lehnen die vorgeschlagene Senkung der Wertfreigrenze von 300 auf 150 Franken konsequent ab. Neben der Erschwerung des Grenzübertrettes für Privatpersonen, belastet diese Senkung Personen aus der Grenzregion, welche von den tieferen Preisen und dem erweiterten Angebot im angrenzenden Ausland profitieren. Gerade in Zeiten eines Kaufkraftverlustes ist diese zusätzliche Belastung für den Mittelstand fehl am Platz.

Der Schweizer Detailhandel und die Landwirtschaft werden heute schon stark vor der Konkurrenz aus dem europäischen Ausland geschützt. Die Jungfreisinnigen des Kantons St.Gallen erachten es daher als falsch diese Wirtschaftssektoren mit der Senkung der Wertfreigrenze noch stärker zu schützen.

Stark belastetes Rheintal ist schon heute an der Kapazitätsgrenze

Im St.Galler Rheintal kommt es heute schon zu täglichen Staus im Umfeld von Grenzübergangsstellen. Die Senkung der Wertfreigrenze und die bis dato nicht mögliche Verzollung von Waren über der Wertfreigrenze als Privatperson mit der sogenannten „Quickzoll“ App würde höchstwahrscheinlich zu weiteren Verzollungsvorgängen an den bedienten Grenzübergangsstellen führen. Die daraus entstehenden Staus und Einschränkungen der Bevölkerung in den Standortgemeinden können heute noch nicht abgeschätzt werden.

Viele Betriebe und Institutionen, wie beispielsweise die Spitäler und Pflegeheime, im Kanton St.Gallen sind auf Grenzgänger aus dem nahen Ausland angewiesen. Durch entstehende Verzögerungen an den Grenzübergangsstellen verlängert sich der Arbeitsweg für diese essenziellen Arbeitskräfte.

Fazit

Aus den oben genannten und weiteren Gründen lehnen die Jungfreisinnigen des Kantons St.Gallen die vorgeschlagene Senkung der Wertfreigrenze ab. Die heutige Regelung mit einer Wertfreigrenze von 300 Franken erweist sich als umsetzbar und eine Senkung ist nicht notwendig. Daher möchten wir Sie darum bitten von dieser Änderung abzusehen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Jungfreisinnige des Kantons St.Gallen



Alessio Vaninetti
Kantonalpräsident



Lorenzo Friedli
Kampagnenleiter

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

Lorenzo Friedli, Kampagnenleiter: lorenzo.friedli@jfsg.ch, 078 922 07 00

Alessio Vaninetti, Kantonalpräsident: alessio.vaninettit@jfsg.ch, 079 956 43 67



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG)
Taubenstrasse 16
3003 Bern

zollveranlagung@bazg.admin.ch

Bern, 15. März 2024

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Theaterplatz 4
Postfach · 3011 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen.

Die SP Schweiz setzt sich für die Stärkung der Kaufkraft ein. Wie der Bundesrat in der Botschaft selbst festhält, ist mit der vorgeschlagenen generellen Senkung der Wertfreigrenze bei der steuerbefreiten Einfuhr von Waren aus Sicht des Preisüberwachers keine (nachhaltige) Reduktion des Preisniveaus in der Schweiz zu erwarten. Im Gegenteil die Massnahme könnte sich negativ auf die Wohlfahrt der Konsumentinnen und Konsumenten auswirken und damit auch auf die Volkswirtschaft und die Sozialwerke. Die SP Schweiz lehnt deshalb die Senkung der Wertfreigrenze auf 150 Franken ab.

Wir haben zwar Verständnis für viele Läden in Grenznähe, die in schwieriger Konkurrenz zum grenznahen Einkauf stehen. Der Kampf um die Kundinnen und Kunden ist hart, weil die Preisdifferenz zum Ausland sehr hoch ist. Sie ist in den letzten zehn Jahren auch stark angestiegen, von rund 20 auf 60 Prozent. Doch die Hauptgründe sind das höhere Preisniveau in der Schweiz und vor allem auch die Frankenstärke, die wir seit mehreren Jahren erleben, und nicht die Wertfreigrenze oder die Rückerstattung der Mehrwertsteuer im Ausland. Das ist vergleichsweise eine Bagatelle, ein sehr kleiner Betrag. Schweizerinnen und Schweizer kaufen nicht wegen der Wertfreigrenze im Ausland ein, sondern wegen den schon bestehenden Preisunterschieden. Im Vergleich zu den Preisen im Ausland wären die Produkte bei uns auch ohne Wertfreigrenze nicht sehr viel billiger, und die Leute würden nach wie vor im Ausland einkaufen. Diese lenkende Wirkung hält sich also sehr in Grenzen.

Zu glauben, dass mit der Senkung der Freigrenze der Einkaufstourismus wesentlich eingeschränkt würde, ist illusorisch. Denn der Einkaufstourismus ist auch ein gesellschaftliches Abenteuer, wie der Bundesrat in der Parlamentsdebatte festgehalten hat. Es ist in unserer Gesellschaft so, dass man halt am Wochenende entsprechend einkauft. Das gehört dazu, sagte alt-Bundesrat Maurer. Die SP Schweiz hingegen betont, dass es daneben eben auch Menschen gibt, die darauf angewiesen sind, dass sie im Ausland z. B. Lebensmittel einkaufen gehen können, weil sie sich die hohen Preise in der Schweiz nicht leisten können. Wir haben es in der Hand, die Kaufkraft dieser Menschen zu stärken, indem wir z.B. vermehrt Mindestlöhne einführen. Es gibt also Mittel, die Kaufkraft der Menschen zu stärken - diese Vorlage dient nicht dazu. Würde die Wertfreigrenze herabgesetzt, würde das einen ziemlichen bürokratischen Aufwand für die Wareneinfuhr mit sich bringen, zulasten der Reisenden und auch zulasten des Zollpersonals. Die Hochpreisinsel Schweiz lässt sich nicht mit einer Bürokratisierung der Wareneinfuhr bekämpfen. Sie lässt sich bekämpfen, indem wir die Hochpreisinsel bekämpfen.

In seiner Ablehnung der Motion 19.3975 hat der Bundesrat unsere Bedenken und Kritik geteilt und bestätigt: «Die vorliegende Motion widerspricht den bestehenden Aufträgen zur Bekämpfung der Hochpreisinsel, und die Umsetzung ginge zulasten der Konsumentinnen und Konsumenten. Die tiefere Wertfreigrenze würde zu einer wesentlichen Zunahme der geringfügigen Verzollungen im Reiseverkehr führen, die nur mit einem unverhältnismässigen Aufwand für die Eidgenössische Zollverwaltung sowie die Bürgerinnen und Bürger zu bewältigen wäre.»

Im begleitenden Bericht zu dieser Vorlage führt der Bundesrat nun aus, was diese zusätzlichen Kontrollen und auch die viel häufigere Aussprache von Bussen für Kleinstbeträge bedeutet. Denn die tiefere Wertfreigrenze kann Einkaufstouristinnen und -touristen dazu verleiten, ihre Waren nicht zur Einfuhr anzumelden, das heisst die Waren zu schmuggeln. Die Massnahme wird auf jeden Fall zu vermehrten Verzollungen am Schalter führen, damit zu einem weiteren administrativen und Kosten-Aufwand. In der Folge ist auch mit Verkehrsbehinderungen an den Grenzübergängen zu rechnen. Zumal der Bundesrat auch befürchtet, dass die Massnahme sogar kontraproduktiv sein könnte: «Bei einer Senkung der Wertfreigrenze müssen wir wohl davon ausgehen, dass die Zahl der Einkaufsfahrten zunehmen wird oder dass man zusätzlich zwei Kinder ins Auto lädt, um viermal 50 Franken oder dergleichen zu haben. Insgesamt dürfte der Verkehr also eher zunehmen, weil man, wenn man ehrlich ist, versucht, unter 50 Franken zu bleiben; dann fährt man einmal mehr als nur für den Grosseinkauf vom Wochenende über die Grenze, was ja im grenznahen Verkehr möglich ist», erklärte alt-Bundesrat Ueli Maurer in der Debatte.

Bleibt anzufügen, dass die erleichterte Selbstverzollung via App Quick-Zoll voraussichtlich erst ab 2027 vollständig verfügbar sein wird (inkl. Umsetzung verschiedener Mehrwertsteuersätze), wie der Bundesrat schreibt. Für Bürgerinnen und Bürger, welche die verschiedenen Mehrwertsteueransätze beanspruchen möchten, bedeutet dies bis dahin einen administrativen Mehraufwand durch die Verzollung am Schalter. Aus all diesen Gründen lehnen wir eine generelle Senkung der Wertfrei-grenze ab. Die Massnahme ist nicht effizient, führt nicht zu den erhoff-ten Resultaten, setzt am falschen Ort an, führt zu grossem administrati-vem Aufwand und hohen Kosten. Sie bestraft und drangsaliert lediglich Konsumentinnen und Konsumenten, die darauf angewiesen sind, dass sie im Ausland z. B. Lebensmittel einkaufen gehen können, weil sie sich die hohen Preise in der Schweiz nicht leisten können

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Mit freundlichen Grüßen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Luciano Ferrari
Leiter Politische Abteilung

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Elektronisch an:
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Bern, 30.01.2024

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Wir äussern uns dazu wie folgt:

Die SVP unterstützt die Senkung der Wertfreigrenze von 300 Franken auf 150 Franken.

Der Bundesrat schlägt vor, neu Waren des Reiseverkehrs bei der Einfuhr in die Schweiz nur noch bis zu einem Gesamtwert von 150 Franken pro Person von der Einfuhrsteuer zu befreien. Somit wird die Wertfreigrenze halbiert.

Mit der Halbierung der Wertfreigrenze werden Einkäufe im grenznahen Ausland bereits ab 150 Franken in der Schweiz mehrwertsteuerpflichtig. Damit steigt nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Detailhandel in den Grenzkantonen, sondern auch diejenige der Schweizer Fachhändler, welche Artikel im Preissegment zwischen 150 und 300 Franken anbieten. Konkret verteuren sich die Preise dieser Produkte im grenznahen Ausland um 8.1%, dem aktuellen Mehrwertsteuersatz der Schweiz. Somit wird ein Teil des Wettbewerbsnachteil der Schweizer Unternehmen, welcher insbesondere auf die höheren Löhne zurückgeführt wird, wettgemacht. Unter Annahme, dass sich die anderen Rahmenbedingungen nicht ändern, werden in der Folge mehr Konsumenten in den Grenzkantonen einkaufen.

Gleichzeitig wird mit einer Wertfreigrenze von 150 Franken eine Kriminalisierung der Gelegenheitskäufer entgegengewirkt. Die Einführung einer Bagatellgrenze (beispielsweise in der Höhe von 20 Franken) oder gar einer Null-Franken-Wertfreigrenze würden dieser Absicht entgegenlaufen und zusätzlich einen unverhältnismässigen Aufwand durch die erzwungenen zusätzlichen Verzollungen generieren.

Aus diesen Gründen unterstützt die SVP die Vorlage.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Marco Chiesa
Ständerat

Der Generalsekretär



Peter Keller

Per E-Mail:

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Vorsteherin Karin Keller-Sutter

zollveranlagung@bazg.admin.ch

Zürich, 10.1.2024

Stellungnahme zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 30. November 2023 in rubrizierter Angelegenheit und bedanken uns für die Möglichkeit, zu der ausgearbeiteten Vorlage Stellung nehmen zu können.

EXPERTsuisse setzt sich für ein mass- und sinnvolles Steuer- und Abgabesystem ein.

Mit der aktuellen Verordnungsänderung soll die Wertfreigrenze im Reiseverkehr von heute CHF 300 auf neu CHF 150 auf den 1. Januar 2025 gesenkt werden. Diese Senkung steht im Zusammenhang mit verschiedenen parlamentarischen Vorstößen, die das gemeinsame Ziel haben, dem Einkaufstourismus entgegenzuwirken.

Hinter der geplanten Reduktion der Wertfreigrenze im Reiseverkehr liegt eine Systemfrage. Nach dem Inlandprinzip ist der Konsum im Inland zu besteuern, somit müsste die Freigrenze im Grundsatz bei CHF 0 liegen. Vergleichsweise sind Einkäufe in der Schweiz bis CHF 150 auch nicht von der Inlandsteuer befreit. Systemkorrekt wäre daher eine noch tiefere Freigrenze, so dass wirklich nur Bagatelleinkäufe steuerfrei eingeführt werden könnten.

Ungeachtet von der – auch politisch geprägten – Freigrenze, ist entscheidend, dass das BAZG eine einfache Abwicklung vorsieht, z.B. mit einer Deklarationsmöglichkeit mittels Applikation auf dem Smartphone und Bezahlung mit Twint und/oder Kartenzahlung. Zudem sollte

das BAZG Ordnungsbussen verhängen können, die ebenfalls Zahlungen direkt mit Twint und/oder Kartenzahlung an der Grenze innert kurzer Zeit zulassen.

Eine (betraglich reduzierte) Freigrenze, die in der Praxis nicht durchgesetzt wird, wäre sinngemäss nicht zielführend.

Wir hoffen, Ihnen mit unseren Ausführungen zu dienen und stehen für die Beantwortung von Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
EXPERTsuisse



Benno Suter
Präsident Kommission indirekte Steuern



Christiana Leuker
Fachprojektleiterin Steuern

Eidg. Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern
Per Mail an: zollveranlagung@bazg.admin.ch

15. Januar 2024

Stellungnahme

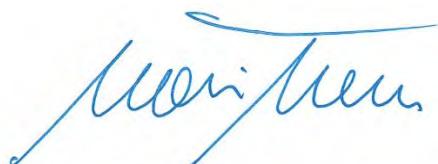
**Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von
Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze;
Vernehmlassungsverfahren**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Danke für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Die SMP begrüßt die Senkung der Wertfreigrenze von 300 CHF auf 150 CHF ausdrücklich.

Danke für die Berücksichtigung.



Boris Beuret, Präsident



Stephan Hagenbuch, Direktor

Prométerre - Jordils 1 - CP 1080 - CH 1001 Lausanne

Prométerre
Avenue des Jordils 1
Case postale 1080
1001 Lausanne
www.prometerre.ch

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter, Cheffe du DFF
Palais fédéral Est
3003 Berne

Lausanne, le 16 janvier 2023

Modification de l'ordonnance du DFF : Abaissement de la franchise-valeur dans le trafic touristique

Madame la Conseillère fédérale,

Représentant les agriculteurs vaudois, nous vous adressons la réponse favorable de Prométerre suite à la mise en consultation de l'ordonnance du DFF ayant pour objet l'abaissement de la franchise-valeur dans le trafic touristique.

Le tourisme d'achat est une concurrence déloyale pour les agriculteurs suisses mais plus largement, il nuit à tous les échelons de la filière agroalimentaire indigène. La production agricole suisse, de par sa structure et son contexte, présente des coûts de production bien plus élevés que ses pays voisins, notamment en raison d'exigences et de conditions de production plus sévères, et de coûts de la main d'œuvre bien plus élevés. Ajouté à cela, le franc fort ne fait qu'alourdir nos désavantages comparatifs. Le tourisme d'achat exerce donc une pression à la baisse sur les prix de denrées alimentaires, ce qui affaiblit notre système agricole et se reporte invariablement sur les prix payés à nos producteurs qui perdent des parts de marché ou finissent en-dessous des seuils de rentabilité.

La crise du covid-19 nous aura donné un aperçu des nombreux bénéfices (économiques et sociaux) pour l'agriculture suisse d'une population effectuant ses achats en Suisse, favorisant même souvent la consommation locale et les points de vente directe. Cet arrêt forcé du tourisme d'achat aura donc donné un aperçu des opportunités positives qui se dessineraient pour l'agriculture suisse si ce comportement d'achat à l'étranger pouvait être réduit ou jugulé.

Nous soutenons donc avec conviction la modification de l'ordonnance régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités, d'une valeur minime ou pour lesquels le montant de l'impôt est insignifiant, afin de mettre en vigueur l'abaissement de la franchise-valeur de 300 francs à 150 francs dans le trafic touristique. Nous espérons, par le soutien à cette modification d'ordonnance, que le comportement d'achat de nos concitoyens privilégiera une consommation revenant vers des denrées alimentaires produites en Suisse.

Nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

Martin Pidoux

Directeur



Claude Baehler

Président



Département fédéral des finances
Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Berne

Brugg, le 16 janvier 2024

Responsable : Michel Darbellay
Secrétariat : Jeannette Saurer
Document : 240116_Abaissement franchise-valeur
TVA.pdf

Par e-mail à :
zolveranlagung@bazg.admin.ch

Abaissement de la franchise-valeur dans le trafic touristique

Madame la Conseillère fédérale,

Le Département fédéral des finances propose d'abaisser la franchise-valeur dans le trafic touristique de 300 francs actuellement à 150 francs, au 1^{er} janvier 2025. Cette proposition fait suite à différentes interventions parlementaires visant à lutter contre le tourisme d'achat.

Le tourisme d'achat préteur fortelement l'économie suisse. Les prix pratiqués à l'étranger sont la résultante de coûts sensiblement inférieurs au contexte suisse. En plus de cela, la franchise-valeur actuelle de 300 fr. par personne, mais aussi les exonérations de droits de douane sur certains produits comme la viande par exemple, induisent une inégalité fiscale, débouchant sur un traitement inégal par rapport aux consommateurs faisant leurs achats en Suisse.

Franchise-valeur de 150 fr. encore beaucoup trop élevée

Les initiatives cantonales 18.300 et 18.316 demandaient à ce que l'ensemble des importations de marchandises privées soient soumises à la TVA suisse si la TVA étrangère fait l'objet d'un remboursement. En Allemagne, la TVA est remboursée à partir de 50 Euros, en Autriche, à partir de 75 Euros et en France, à partir de 100 Euros. Une franchise-valeur à 150 fr., telle que proposée dans la consultation, est encore trop élevée et n'aurait que des effets minimes.

En prenant l'exemple de l'achat de marchandises pour 500 fr. en France, la TVA étrangère serait remboursée et l'abaissement de la franchise-valeur n'aurait aucun effet puisque pour un véhicule de 4 personnes, la franchise-valeur serait de 4 fois 150 fr. soit 600 fr.

Le dédouanement électronique permet une mise en œuvre facilitée et efficace

Au vu de la problématique du tourisme d'achat mais aussi compte tenu des procédures de dédouanement facilitées via « Quickzoll », nous demandons un abaissement à 50 fr. Ainsi, il est possible d'éviter les dédouanements pour des montants « bagatelle », tout en instaurant une cohérence avec les remboursements de TVA étrangère.

Nous sommes conscients qu'une franchise-valeur différenciée en fonction du pays d'origine n'est pas envisageable. Nous demandons à s'aligner sur le plus faible seuil d'exonération du pays d'origine, à savoir sur l'Allemagne. Enfin, nous demandons la suppression de la franchise-valeur pour les voyageurs de moins de 16 ans car l'exonération de la TVA étrangère est fonction du montant des achats et non du nombre de personnes concernées lors du dédouanement.

Page 2 | 2

| Article | Projet en consultation | Position USP |
|--------------------|---|--|
| Art. 1 let. c | c. les marchandises du trafic touristique au sens de l'art. 16, al. 2, de la loi du 18 mars 2005 sur les douanes, jusqu'à une valeur globale de 150 francs (franchise-valeur) par personne; les biens mentionnés à la let. b ne sont pas comptabilisés dans le calcul de la valeur globale; | les marchandises du trafic touristique au sens de l'art. 16, al. 2, de la loi du 18 mars 2005 sur les douanes, jusqu'à une valeur globale de 50 francs (franchise-valeur) par personne; les biens mentionnés à la let. b ne sont pas comptabilisés dans le calcul de la valeur globale; |
| Art. 2, al. 2 et 3 | 2 Si la valeur globale des biens dépasse 150 francs par personne, la totalité des biens importés est soumise à l'impôt. 3 Si la valeur d'un bien dépasse 150 francs, il est toujours soumis à l'impôt. | 2 Si la valeur globale des biens dépasse 50 francs par personne, la totalité des biens importés est soumise à l'impôt. 3 Si la valeur d'un bien dépasse 50 francs, il est toujours soumis à l'impôt. |

Nous sommes persuadés que l'application d'une franchise-valeur plus stricte sera favorable à la population suisse dans son ensemble, par une économie moins impactée par la concurrence inégale du tourisme d'achat.

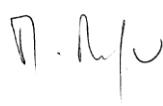
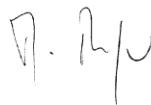
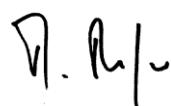
Nous vous remercions pour la prise en compte de notre position et vous adressons, Madame la Conseillère fédérale, nos respectueuses salutations.

Avec nos meilleures salutations

Union Suisse des Paysans



Markus Ritter
Président



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per E-Mail an:
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Weinfelden, 25. Januar 2024

Vernehmlassungsantwort: Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag (Senkung der Wertfreigrenze)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Teilnahme an der vorliegenden Vernehmlassung. Der Thurgauer Gewerbeverband (TGV) ist der grösste Wirtschafts- und Arbeitgeberverband im Kanton Thurgau und vertritt die Interessen von 6'851 mittelständischen Unternehmen. Zur Vernehmlassungsvorlage äussern wir uns daher wie folgt:

1. Allgemeine Anmerkungen

Im Grenzkanton Thurgau ist das Gewerbe, insbesondere der Detailhandel und die Gastronomie von den Auswirkungen des Einkaufstourismus besonders betroffen und ein wesentlicher Teil der Kaufkraft fliesst über die Grenze ab. Als Unterstützer der Thurgauer Standesinitiative begrüssen wir deshalb die Senkung der Wertfreigrenze im Reiseverkehr von 300 Franken auf 150 Franken. Sie entspricht jedoch nur teilweise der Thurgauer Standesinitiative (18.316), die fordert, dass bei sämtlichen Einfuhren im privaten Warenverkehr die Schweizer Mehrwertsteuer zu entrichten ist, sofern die ausländische Mehrwertsteuer zurückgefördert wird.

Im Zuge der anstehenden Weiterentwicklung und Etablierung der QuickZoll App sehen wir eine Chance, die mangelnde Steuergerechtigkeit im Reiseverkehr noch effektiver abzubauen, indem die Wertfreigrenze schrittweise zu senken.

2. Negativbeweis der Mehrwertsteuer-Rückerstattung ist nicht umsetzbar

Die Wertfreigrenze schwächt den Wirtschaftsstandort Schweiz und führt zu einer Ungleichbehandlung jener Kunden und Kundinnen, die in der Schweiz einkaufen und Mehrwertsteuer bezahlen. Um dem entgegenzuwirken hat das Parlament den Standesinitiativen des Kantons St. Gallen (18.300) und des Kantons Thurgau (18.316) im Jahr 2021 folge gegeben. Beide Vorstösse fordern eine Änderung der Gesetzesgrundlage mit dem Ziel, dass die Schweizer Mehrwertsteuer auf alle privaten Wareneinfuhren in der Schweiz bezahlt werden muss, wenn die

Mehrwertsteuer im Ausland zurückerstattet wird. Wir haben Verständnis dafür, dass der Bund aus Umsetzungsgründen auf einen Negativbeweis der ausländischen Mehrwertsteuerrückerstattung und somit auf eine wortgetreue Umsetzung der Standesinitiativen verzichtet.

3. Der TGV befürwortet eine schrittweise Senkung der Wertfreigrenze auf CHF 50

Mit der Senkung der Wertfreigrenze von 300 Franken auf 150 Franken dürfte der bestehende Steuernachteil teilweise verringert werden. Um den finanziellen Schaden durch den Einkaufstourismus wirksam zu bekämpfen, sollte die Wertfreigrenze nach einer ersten Phase jedoch von 150 auf 50 Franken gesenkt werden. Mit der Weiterentwicklung und Etablierung der QuickZoll-App dürften die bürokratischen Hürden bis 2030 weiter reduziert werden, damit die Kundinnen und Kunden relativ selbstständig und eigenverantwortlich ihre Waren korrekt deklarieren können.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der QuickZoll-App begrüssen wir auch, dass die Mehrwertsteuersätze bis 2027 angepasst und unterschieden werden können, und dass der Bund bis dahin den Normalsatz anwenden will.

Die Beseitigung bzw. Herabsetzung der Wertfreigrenze wird voraussichtlich mit mehr Verzollungen von Einkäufen im Ausland einhergehen. Eine unbürokratische und unkomplizierte Abwicklung wird daher zentral sein. Dies kann mit der elektronischen Zollsselfstdeklaration (Quickzoll) erreicht werden. Das Potenzial der App gilt es optimal auszuschöpfen, damit die ihre Nutzung für Einkaufstouristen zur Selbstverständlichkeit wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung der Haltung des Thurgauer Gewerbeverbandes.

Freundliche Grüsse

Thurgauer Gewerbeverband



Hansjörg Brunner

a. Nationalrat, Präsident



Diana Gutjahr

Nationalrätin, Vizepräsidentin

Stellungnahme

Basel, 31. Januar 2024 gs

Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag

Die Handelskammer beider Basel lehnt die Senkung der Wertfreigrenze im Reiseverkehr ab. Sie führt zu mehr Stau an der Grenze und würde den Einkaufstourismus kaum reduzieren.

Ausgangslage

Wer im Ausland Waren für den privaten Gebrauch kauft, darf diese bis zu einem Gesamtwert von 300 Franken pro Person steuerbefreit in die Schweiz einführen. Der Bundesrat schlägt vor, diese Wertfreigrenze ab 1. Januar 2025 auf 150 Franken zu halbieren. Er reagiert damit auf verschiedene Vorstöße des Parlaments, die den Einkaufstourismus begrenzen wollen (Motion 19.3975 FK-N sowie Standesinitiativen 18.300 Kt. SG und 18.316 Kt. TG).

Position der Handelskammer

Die Handelskammer beider Basel hat Verständnis für die Herausforderungen des Detailhandels. Eine Reduktion der Wertfreigrenze wird aber am Preisgefälle zwischen dem In- und Ausland kaum etwas ändern. Tiefe Preise und ein grösseres Waren sortiment sorgen dafür, dass viele Schweizer im Ausland einkaufen – unabhängig der Wertfreigrenze. Für einkommensschwache Haushalte sind die tiefen Preise im Ausland zudem eine wichtige Entlastungsmöglichkeit.

Mit der Reduktion der Freigrenze drohen hingegen aufwendige Kontrollen an der Grenze und mehr Stau. Es ist damit zu rechnen, dass viele Konsumenten ihre Einkäufe im Ausland auf mehrere Fahrten verteilen, um die Wertfreigrenze nicht zu überschreiten. Dadurch steigt der Kontroll-Aufwand an der Grenze. Personelle Ressourcen am Zoll würden gebunden und stünden nicht mehr für andere wichtige Aufgaben des grenzüberschreitenden Verkehrs zur Verfügung. Digitale Hilfsmittel werden diesen Mehraufwand nur begrenzt kompensieren können. Für die Region Basel ist es zentral, dass Menschen und Güter schnell und unkompliziert die Grenze überqueren können.

Aus den genannten Gründen lehnen wir eine Senkung der Wertfreigrenze weiterhin ab. Der Einkaufstourismus ist nur eines von vielen Herausforderungen des Detailhandels (Stichwort «Online-Shopping»). Wichtig ist, dass die Politik die Rahmenbedingungen in der Schweiz richtig setzt und

Handelskammer beider Basel

St. Jakobs-Strasse 25
Postfach
CH-4010 Basel

T +41 61 270 60 60
F +41 61 270 60 05

www.hkbb.ch

die Unternehmen entlastet. Dazu gehört zum Beispiel, dass der Verkehr so gestaltet wird, dass Konsumenten und Zulieferer schnell zu den Läden kommen. Zudem darf die Politik die Unternehmen nicht mit neuen Steuern und Abgaben belasten. Die administrativen Abläufe müssen weiter vereinfacht und digitalisiert werden.



FEDERCOMMERCIO

| |
|-------------------|
| GS / EFD |
| + 01. Feb. 2024 + |
| Registratur |

c/o CC-TI · CORSO ELVEZIA 16 · 6900 LUGANO

Lodevole
Consiglio Federale
Dipartimento federale delle finanze
Bundesgasse 3
3003 Berna

Lugano, 31 gennaio 2024

Invio della nostra presa di posizione sulla risposta del Consiglio di Stato alla procedura di consultazione del Dipartimento federale delle finanze concernente l'importazione esente dall'imposta di beni in piccola quantità, di valore minimo o il cui ammontare d'imposta è irrilevante: riduzione generale del limite di franchigia secondo il valore

Onorevoli Consiglieri federali,

in allegato vi trasmettiamo la nostra presa di posizione sulla risposta del Consiglio di Stato del Canton Ticino alla vostra procedura di consultazione.

Da ciò che risulta dalla nostra presa di posizione, siamo perfettamente d'accordo con la vostra proposta di modifica dell'Ordinanza.

Restando a vostra disposizione per ulteriori raggagli, vi ringraziamo per l'attenzione che vorrete riservarci e porgiamo i nostri cordiali saluti.

Lorenza Sommaruga
Presidente

Rinaldo Gobbi
Segretario

Copia per conoscenza: Consiglio di Stato del Canton Ticino, Bellinzona



FEDERCOMMERCO

c/o CC-TI · CORSO ELVEZIA 16 · 6900 LUGANO

RACCOMANDATA

Lodevole
Consiglio di Stato del
Cantone Ticino
Residenza Governativa
6501 Bellinzona

Lugano, 29 gennaio 2024

Presa di posizione di Federcommercio sulla risposta del Consiglio di Stato alla procedura di consultazione del Dipartimento federale delle finanze concernente l'importazione esente dall'imposta di beni in piccola quantità, di valore minimo o il cui ammontare d'imposta è irrilevante: riduzione generale del limite di franchigia secondo il valore

Onorevoli Consiglieri di Stato,

Scriviamo in riferimento alla consultazione in oggetto e in particolare alla presa di posizione del 17 gennaio 2024 (RG n.189) per comunicare **che il settore del commercio al dettaglio ticinese non si ritiene in nessun modo tutelato dal Consiglio di Stato.**

In un periodo caratterizzato dall'inflazione e dal franco forte, il nostro settore auspicava che il Consiglio di Stato mirasse a proteggere l'economia ticinese e chi sceglie di acquistare *in loco* e non ad incentivare gli acquisti oltre frontiera, già sufficientemente incoraggiati dal Parlamento italiano. Occorre infatti rammentare che dal 1° febbraio 2024 i ticinesi che acquisteranno oltre frontiera potranno ottenere un rimborso dell'IVA italiana già a partire da uno scontrino unico di EURO 70,01 (contro la precedente soglia minima di EURO 154,94) sull'acquisto di beni ad uso personale. La misura, che ha il chiaro intento di sostenere la ripresa del settore turistico italiano, va però a discapito dell'economia ticinese.

Il commercio al dettaglio cantonale sta attraversando una crisi che si protrae da anni; la continua erosione delle cifre d'affari mette fortemente a repentaglio la sopravvivenza di molte aziende e il conseguente mantenimento dei posti di lavoro che esse generano.

A fronte di questa preoccupante prospettiva, la Federcommercio si sarebbe aspettata tutt'altra

tutela da parte del Consiglio di Stato, principalmente a favore del tessuto economico locale, assicurato dal commercio al dettaglio.

Allo scopo di proteggere e rafforzare gli acquisti alle nostre latitudini e contrastare l'impatto delle politiche estere, Fedecommercio è pertanto nettamente favorevole alla modifica dell'ordinanza messa in consultazione dal Dipartimento federale delle finanze, che prevede la riduzione della soglia di esenzione dall'IVA per beni acquistati all'estero in piccola quantità, di valore minimo o il cui ammontare d'imposta è irrilevante, dagli attuali CHF 300.00 a CHF 150.00.

Ci preme inoltre sottolineare che alla lettura delle vostre considerazioni del 17 gennaio 2024 appare oltremodo evidente la mancanza di una presa di posizione chiara e definita. Oltre a questo, è palese che la vostra analisi tiene unicamente conto degli interessi dei consumatori che acquistano oltre confine, trascurando quelli dei commercianti locali, che non devono sopportare soli le conseguenze dell'aumento del costo della vita e della situazione stagnante dei redditi.

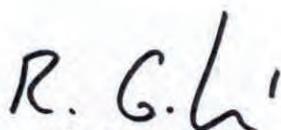
Posto che appare, di primo acchito, incomprensibile il nostro mancato coinvolgimento preventivo in merito a una tematica molto importante e delicata, Federcommerce auspica una vostra chiara presa di posizione in favore del settore del commercio al dettaglio a salvaguardia delle sue aziende e dei numerosi posti di lavoro che esso garantisce.

Vi ringraziamo per l'attenzione che vorrete riservare alle nostre argomentazioni e vi porgiamo i nostri cordiali saluti.

Vi ringraziamo per l'attenzione che vorrete riservare alle nostre argomentazioni e vi porgiamo i nostri cordiali saluti.



Lorenza Sommaruga
Presidente



Rinaldo Gobbi
Segretario

Eidgenössischen Finanzdepartements EFD

Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter

3000 Bern

per Mail an:

zollveranlagung@bazg.admin.ch

Bern, 1. Februar 2024

Vernehmlassung zur Senkung der Wertfreigrenze im Reiseverkehr

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung.

Die Beschäftigten im Schweizer Detailhandel stehen unter Druck. Ihre Arbeit verdichtet sich zunehmend. Trotzdem sind die Löhne zuletzt oft weniger stark gestiegen als die Teuerung. Diese Entwicklung hat aber nicht mit dem Einkaufstourismus zu tun, sondern mit der Weigerung vieler Arbeitgeber, die Produktivitätsgewinne mit den Beschäftigten zu teilen.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) erachtet die Senkung des Wertfreigrenze auf 150 Franken als eine wenig zielführende und zugleich teure Massnahme, um für einen fairen Wettbewerb im grenzüberschreitenden Detailhandel zu sorgen. Zunächst tut sie wenig, um die Verlagerung vom stationären Detailhandel zum immer wichtiger werdenden ausländischen Online-Handel zu bremsen, der besonders im Bekleidungsgeschäft die hiesigen Händler unter Druck setzt. Die Massnahme trägt auch nicht zur eigentlichen Attraktivität des stationären Handels in der Schweiz bei, den die Arbeitgeber mit Investitionen ins Personal steigern könnten.

Vor allem ist nicht davon auszugehen, dass eine tiefere Wertfreigrenze den Einkaufstourismus stark einschränkt. Zunächst liegen viele Einkäufe im grenznahen Ausland unter der neuen Wertfreigrenze. Zudem sind die Zusatzkosten, die bei Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten mit der neuen Wertfreigrenze anfielen, gering. So verteuerten sich beispielsweise Einkäufe von Lebensmitteln in Deutschland, die zwischen 150 und 300 Euro liegen, bloss um 3 bis 6 Euro. Die wenigsten dürften deswegen von einem Einkauf auf der anderen Seite des Rheins absehen. Konsument:innen könnten hingegen vermehrt versuchen, die Freigrenze legal zu umgehen, indem sie ihre Einkäufe auf mehrere Personen verteilen, oder gar ihre Einkäufe zu schmuggeln.

Trotz der geringen Lenkungswirkung bringt die Massnahme hohe administrativen Kosten und vor allem eine zusätzliche Belastung des Zoll- und Grenzschutzpersonals. Es ist aufwändig, die zusätzliche Anmeldung an Schaltern des BAZG zu verarbeiten. Die App «QuickZoll» schafft zu wenig Abhilfe, zumal sie derzeit keine detaillierte Mehrwertsteuerabrechnung erlaubt. Zudem müsste der Grenzschutz vermehrt Einkaufstourist:innen kontrollieren. Statt für relevante Aufgaben würden so die knappen Ressourcen des BAZG mit Bagatellen absorbiert.

Der SGB spricht sich deshalb gegen die Senkung der Wertfreigrenze aus. Falls dennoch an einer Senkung der Wertfreigrenze festgehalten wird, muss der Zoll- und Grenzschutz mit den nötigen zusätzlichen personellen Mitteln ausgestattet werden.

Schliesslich möchten wir daran erinnern, dass dem Schweizer Detailhandel gegen den Einkaufstourismus am besten mit einer fair bewerteten Währung geholfen wäre. Der Konkurrenznachteil durch den überbewerteten Schweizer Franken ist weit grösser als die nicht erhobene Mehrwertsteuer von Einkäufen zwischen 150 und 300 Euro.

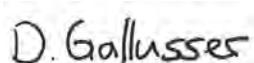
Wir danken Ihnen herzlich für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



David Gallusser
Zentralsekretär

SWISS RETAIL FEDERATION | Bahnhofplatz 1 | CH-3011 Bern

Per E-Mail

an zollveranlagung@bazg.admin.ch

Bern, 1. Februar 2024

Stellungnahme zur Vernehmlassung «Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag: Generelle Senkung der Wertfreigrenze»

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Vernehmlassung «Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag: Generelle Senkung der Wertfreigrenze». Gerne möchte die SWISS RETAIL FEDERATION Ihnen die Argumente aus Sicht des Detailhandels auf das Geschäft darlegen.

Rund 10 Milliarden Steuersubstrat entgeht dem Bund

Nachdem der Mindestkurs des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro am 15. Januar 2015 aufgehoben wurde und der Euro-Kurs ins Bodenlose fiel, nahm aufgrund des günstigen Wechselkurses und entsprechend niedrigeren Preisen in den Nachbarländern der

Einkaufstourismus drastisch zu. Im gleichen Jahr wurden rund 11 Milliarden Franken für Einkäufe in den benachbarten Grenzregionen ausgegeben. Die COVID-19-Pandemie hat diesen Trend abrupt unterbrochen, doch seit der Normalisierung des Alltags zeichnen die Zahlen der Kredit- und Debit-Transaktionen ein klares Bild – der Einkaufstourismus ist nach kurzem Abflachen zurück und gewinnt weiter rasant an Fahrt: So zeigt die Analyse der Kredit- und Debitkarten der SWISS RETAIL FEDERATION einen Anstieg des Einkaufstourismus von rund 9% zwischen 2022 und 2023 – dem Bund entgehen somit jährlich 10 Milliarden CHF MWST-Steuersubstrat, das entspricht knapp 10% des gesamten Schweizer Detailhandelsumsatzes!

Heutiges System setzt falsche Anreize und benachteiligt Schweizer Konsumenten

Das heutige System – der Verzicht auf die Mehrwertsteuer bei der Einfuhr von Einkäufen von Personen, die im benachbarten Ausland für weniger als 300 CHF kaufen (Wertfreigrenze), während sie die bezahlte ausländische Mehrwertsteuer zusätzlich zurückfordern können – setzt nicht nur falsche Anreize, sondern subventioniert faktisch den ausländischen Detailhandel. Für den Schweizer Detailhandel, besonders in den Grenzregionen, ist diese steuerliche Ungleichbehandlung von In- und Auslandkonsum sehr stossend.

Italien setzt per 1. Februar 2024 neuen Anreiz für Kauf über Grenze

Die SWISS RETAIL FEDERATION anerkennt, dass der gegenseitige Einkaufsnachbarschaft in den eng vernetzten Grenzregionen historisch gewachsen ist und in irgendeiner Form immer bestehen bleiben wird. Aus dieser Gegenseitigkeit ist jedoch ein einseitiger Einkaufstourismus geworden, der durch das eben genannte Fehlen gleich langer Spiesse zwischen den Marktteilnehmern gekennzeichnet ist. Wohl wissend, dass die Schweizer Kunden keine Vollkostenrechnung des Einkaufs in den Nachbarregionen vornehmen, wie z.B. Transportkosten einschliesslich ihrer Umweltauswirkungen, Opportunitätskosten, Inflation und der Euro-CHF-Wechselkurs, locken die Nachbarländer aktiv Schweizer Kunden an – das jüngste Beispiel ist Italien, das seine Bagatellgrenze per 1. Februar 2024 von rund 150 auf 70 Euro reduziert hat und so die Rückerstattung der ausländischen Mehrwertsteuer noch zugänglicher und einfacher macht.

Pragmatische Lösung und technologische Möglichkeit packen

In den letzten Jahren wurden viele Lösungen, unter anderem in Form von der SWISS RETAIL FEDERATION unterstützten kantonalen Initiativen St. Gallen ([18.300](#)) und Thurgau ([18.316](#)), präsentiert, um den Einkaufstourismus aktiv zu begrenzen, indem die Wertfreigrenze an die

entsprechende Bagatellgrenze der Nachbarländer angepasst bzw. gleich ganz aufgehoben werden soll. Die Vorstösse wurden unter dem Vorwand zurückgestellt, dass die Grenzkontrollen überrannt und der administrative Aufwand unverhältnismässig zunehmen würden. Heute stehen wir jedoch vor neuen technologischen Möglichkeiten, unter anderem der Weiterentwicklung der Quickzoll-Applikation, welche die digitale Selbstdeklaration von Waren vor dem Grenzübertritt schnell und einfach ermöglicht.

Lösung muss wirkungsvoll sein – deshalb Reduktion auf CHF 50

Wenn wir auch die Senkung begrüssen, müssen wir festhalten, dass der Senkungsschritt von 300 auf 150 Franken keine oder eine sehr kleine Wirkung zeigen wird und somit die bestehenden Probleme keineswegs gelöst werden. Die SWISS RETAIL FEDERATION schlägt daher vor, die Vernehmlassungsvorlage wie folgt zu ändern: Die Wertfreigrenze in *Art. 1* und *Art. 2* der Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag soll **auf 50 Franken** statt 150 Franken gesenkt werden.

Art. 1 Bst.c

Von der Einfuhrsteuer sind befreit:

*c. Waren des Reiseverkehrs nach Artikel 16 Absatz 2 des Zollgesetzes vom 18. März 2005: bis zu einem Gesamtwert von **150 50** Franken pro Person (Wertfreigrenze); die Gegenstände nach Buchstabe b werden für die Berechnung des Gesamtwertes nicht berücksichtigt;*

Art. 2 Abs. 2 und 3

*² Übersteigt der Gesamtwert der Gegenstände **150 50** Franken pro Person, so ist die ganze eingeführte Menge steuerpflichtig.*

*³ Ein Gegenstand im Wert von über **150 50** Franken ist immer steuerpflichtig.*

Nur eine Senkung auf 50 Franken führt dazu, dass Einkäufe vermehrt in der Schweiz erfolgen – und zwar deutlich stärker als mit einer Wertfreigrenze von 150 Franken pro Person. Dies verdeutlichte eine Studie der Universität St. Gallen (2022)¹, wonach Konsumentinnen und Konsumenten ihre Einkäufe im Ausland bei einer Senkung auf 50 Franken um durchschnittlich

¹ Rudolph, Thomas; Schraml, Christopher Marc; Otto, Christine & Kralle, Nora Charlotte : *Einkaufstourismus Schweiz 2022/2023*. St. Gallen : Forschungszentrum für Handelsmanagement, 2022.

32.6% reduzieren würden. Angesichts eines zu erwartenden Substitutionseffekt zu Einkäufen in der Schweiz wäre mit rund 3 Milliarden Mehrumsatz pro Jahr zu rechnen, was wiederum zu erheblichen zusätzlichen Mehrwertsteuer-Einnahmen für den Bund führen würde. Der Effekt einer Reduktion auf 150 CHF würde kaum eine Wirkung entfalten und müsste als reine Symbolpolitik abgetan werden.

Durch die Nutzung sowie die ohnehin geplante Erweiterung von Quickzoll auch für reduzierte Mehrwertsteuer-Sätze wird das Argument des unverhältnismässigen Aufwands für die Zollbehörden durch eine Zunahme geringfügiger Verzollungen im Reiseverkehr entkräftet.

Mit dieser pragmatischen Umsetzung werden die allseits anerkannte und als störend empfundene steuerliche Ungleichbehandlung limitiert, gleich lange Spiesse für alle Marktteilnehmer geschaffen und der Wettbewerb in den Grenzregionen fairer ausgestaltet.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Argumente.

Mit freundlichen Grüßen



Dagmar Jenni
Direktorin
SWISS RETAIL FEDERATION

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per E-Mail an:
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Zürich, 8. Februar 2024

Vernehmlassungsantwort: Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag (Senkung der Wertfreigrenze)

Sehr geehrte Damen und Herren

GastroSuisse, der grösste Branchenverband der Schweiz mit rund 20'000 Mitgliedern (Hotels, Restaurants, Cafés, Bars etc.) in allen Landesgegenden, organisiert in 26 Kantonalsektionen und fünf Fachgruppen, nimmt im obengenannten Vernehmlassungsverfahren gerne wie folgt Stellung:

I. Allgemeine Anmerkungen

Neben dem Schweizer Detailhandel belastet die Wertfreigrenze auch das Gastgewerbe in der Schweiz, geht doch der Einkauf im grenznahen Ausland oftmals mit einem Restaurantbesuch einher. Aufgrund des Gastronomietourismus fliessen jährlich vier Milliarden Franken Kaufkraft über die Grenze ab. GastroSuisse begrüsst deshalb die Senkung der Wertfreigrenze im Reiseverkehr von 300 Franken auf 150 Franken. Im Zuge der anstehenden Weiterentwicklung und Etablierung der QuickZoll App sieht der Branchenverband eine Chance, die mangelnde Steuergerechtigkeit im Reiseverkehr noch effektiver abzubauen, indem die Wertfreigrenze schrittweise auf 100 Franken gesenkt wird.

II. Negativbeweis der Mehrwertsteuer-Rückerstattung ist nicht umsetzbar

Die Wertfreigrenze schwächt den Wirtschaftsstandort Schweiz und führt zu einer Ungleichbehandlung jener Kunden und Kundinnen, die in der Schweiz einkaufen und Mehrwertsteuer bezahlen. Um dem entgegenzuwirken, hat das Parlament den Standesinitiativen des Kantons St. Gallen (18.300) und des Kantons Thurgau (18.316) im Jahr 2021 Folge gegeben. Beide Vorstösse fordern eine Änderung der Gesetzesgrundlage mit dem Ziel, dass die Schweizer Mehrwertsteuer auf alle privaten Wareneinfuhren in der Schweiz bezahlt werden muss, wenn die Mehrwertsteuer im Ausland zurückerstattet wird. Wir haben Verständnis dafür und unterstützen, dass der Bund aus Umsetzungsgründen auf einen Negativbeweis der ausländischen Mehrwertsteuerrückerstattung und somit auf eine wortgetreue Umsetzung der Standesinitiativen verzichtet.

III. GastroSuisse befürwortet eine schrittweise Senkung der Wertfreigrenze auf CHF 100

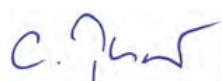
Mit der Senkung der Wertfreigrenze von 300 Franken auf 150 Franken dürfte der bestehende Steuernachteil teilweise verringert werden. Um den finanziellen Schaden durch den Einkaufstourismus wirksam zu bekämpfen, sollte die Wertfreigrenze nach einer Testphase von 150 (oder alternativ von 200) auf 100 Franken gesenkt werden. Mit der Weiterentwicklung und Etablierung der QuickZoll-App dürften die bürokratischen Hürden bis 2030 weiter reduziert werden, damit die Kundinnen und Kunden relativ selbstständig und eigenverantwortlich ihre Waren korrekt deklarieren können. Überdies ist eine Limite von 100 Franken anwenderfreundlicher. Sie lässt sich einfacher einprägen und Einkaufstouristen stellen sofort fest, ob die Schweizer Mehrwertsteuer zu bezahlen ist. Bei einer Grenze von 150 Franken besteht ohne Zweifel ein erhöhtes Risiko, dass Konsumentinnen und Konsumenten die geschuldete Schweizer Mehrwertsteuer nicht wissentlich und nicht willentlich unterschlagen. Runde Grenzbeträge und eine schrittweise Senkung würden dem entgegenwirken.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der QuickZoll-App begrüssen wir auch, dass die Mehrwertsteuersätze bis 2027 angepasst und unterschieden werden können, und dass der Bund bis dahin den Normalsatz anwenden will.

Die Beseitigung bzw. Herabsetzung der Wertfreigrenze wird voraussichtlich mit mehr Verzollungen von Einkäufen im Ausland einhergehen. Eine unbürokratische und unkomplizierte Abwicklung ist für GastroSuisse zentral. Dies kann mit der elektronischen Zollselbstdeklaration (Quickzoll) erreicht werden. Das Potenzial der App gilt es optimal auszuschöpfen, damit die ihre Nutzung für Einkaufstouristen zur Selbstverständlichkeit wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung der Haltung von GastroSuisse.

Freundliche Grüsse



Casimir Platzer
Präsident



Severin Hohler
Leiter Wirtschaftspolitik

Tamara Alù
061 227 50 73
t.alu@gewerbe-basel.ch
9. Februar 2024

Per E-Mail an zollveranlagung@bazg.admin.ch

STELLUNGNAHME VERNEHMLASSUNG ZUR «ÄNDERUNG DER VERORDNUNG DES EFD ÜBER DIE STEUERBEFREITE EINFUHR VON GEGENSTÄNDEN IN KLEINEN MENGEN, VON UNBEDEUTENDEM WERT ODER MIT GERINGFÜGIGEM STEUERBETRAG: GENERELLE SENKUNG DER WERTFREIGRENZE»

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Gewerbeverband Basel-Stadt dankt Ihnen für die Möglichkeit, in der Form einer Stellungnahme seine Positionen und Erwartungen zu «Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag: Generelle Senkung der Wertfreigrenze» zum Ausdruck bringen zu können.

Im Folgenden setzen wir Sie gerne über unsere Überlegungen und Forderungen in Kenntnis.

Das derzeitige System basiert auf einer Wertfreigrenze von 300 Schweizer Franken. Es erlaubt Einzelpersonen, Waren aus benachbarten Ländern steuerfrei einzuführen, während sie die ausländische Mehrwertsteuer zurückfordern können. Dieses System schafft falsche Anreize und subventioniert den ausländischen Detailhandel. Insbesondere für das Gewerbe, den Detailhandel und die Gastronomie in den Grenzregionen wie in Basel ist dies problematisch, da sie durch die steuerliche Ungleichbehandlung benachteiligt werden.

Seit der Aufgabe des Mindestkurses des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro im Jahr 2015 erlebt die Schweiz einen nie dagewesenen Boom des Einkaufstourismus. Diese Entwicklung ist dank tiefer Preise im Ausland zwar für Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten vorteilhaft, sie hat aber eine Kehrseite: Dem Bund entgehen jährlich rund zehn Milliarden Schweizer Franken an Mehrwertsteuer-Steuersubstrat. Eine Diskrepanz, die eine wettbewerbsverzerrende Ungleichheit schafft. Eine Studie der Universität St. Gallen hat gezeigt, dass der Effekt bei der Senkung der Wertfreigrenze auf 50 Schweizer Franken am grössten wäre und den Einkaufstourismus um knapp 33% reduzieren würde, was wiederum zu erheblichen zusätzlichen Mehrwertsteuer-Einnahmen für den Bund führen würde.



Vor diesem Hintergrund ist die Forderung von Bundesrätin Karin Keller-Sutter nach einer Senkung der Wertfreigrenze von derzeit 300 auf 150 Schweizer Franken ein erster Schritt zur Wiederherstellung des Gleichgewichts. Um eine effektive Lösung zu erreichen, schlagen wir vor, die Wertfreigrenze gar auf 50 Schweizer Franken zu senken. Die Herausforderungen durch den erhöhten Verwaltungsaufwand könnten nachhaltig mithilfe digitaler Lösungen wie die QuickZoll-App bewältigt werden.

Die jüngsten Zahlen verdeutlichen, dass nach einem temporären Rückgang des Einkaufstourismus aufgrund der Massnahmen gegen die COVID-19-Pandemie, heute wieder mehr Konsumentinnen und Konsumenten auf der anderen Seite der Grenze einkaufen. Insbesondere die Gewerbetreibenden entlang der Schweizer Grenze spüren die Auswirkungen des Einkaufstourismus deutlich. Sie stehen vor der Herausforderung, mit den im Vergleich zu ausländischen Anbietern höheren Kosten für Mieten, Personal und Waren konkurrieren zu müssen. Dies ist doppelt unfair, denn sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur lokalen Wirtschaft, indem sie Arbeitsplätze schaffen und vor allem Ausbildungsplätze für die nächste Generation anbieten. Dieser soziale und wirtschaftliche Mehrwert rechtfertigt eine Investition in den lokalen Handel.

Eine Senkung der Wertfreigrenze auf 50 Schweizer Franken würde dazu beitragen, die steuerliche Ungleichbehandlung zu reduzieren, faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und den Einkaufstourismus einzudämmen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen und Anliegen.

Für allfällige Rückfragen steht Ihnen Tamara Alù (Tel. 061 227 50 73, E-Mail: t.alu@gewerbe-basel.ch) gerne zur Verfügung.

Gewerbeverband Basel-Stadt

Reto Baumgartner
Direktor

Tamara Alù
Leiterin Politik

DIRECTION GENERALE

DG/gpo

Par courrier électronique

Département fédéral des finances
Madame Karine Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Bundesgasse 3
3003 Berne
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Genève, le 12 février 2024

Consultation relative à la modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités, d'une valeur minime ou pour lesquels le montant de l'impôt est insignifiant

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à l'affaire visée, et vous remercions de l'invitation à prendre position. Le projet proposé ne manque pas de nous interpeller.

D'emblée, nous avons l'impression que l'abaissement de la franchise va à l'encontre de la vente hors taxes (*duty free*) à l'arrivée. En effet, la Suisse avait fait figure de pionnière en la matière en permettant la vente de produits détaxés aux passagers à l'arrivée pour stimuler l'attractivité de notre pays. Aujourd'hui, la grande majorité des pays européens ont autorisé une telle vente, en l'accompagnant souvent d'une élévation de la franchise douanière. Avec cette révision, la Suisse fait donc marche arrière, ce qui ne sera pas sans conséquences sur le chiffre d'affaires de notre Établissement et de l'entreprise qui gère les magasins hors taxes à l'aéroport. En l'état, nous estimons les pertes à plusieurs millions de francs suisses. Dans ces conditions, nous vous demandons de renoncer à la modification de l'ordonnance.

Dans l'éventualité où votre département souhaiterait aller de l'avant avec ladite réforme, il nous apparaît important de rappeler que les contrôles douaniers sont effectués par le personnel de l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (OFDF) qui est également engagé dans le contrôle d'immigration et d'émigration à l'aéroport de Genève. Face à la multiplication des normes relatives au contrôle des personnes à l'entrée et à la sortie du territoire (code Schengen), l'abaissement de la franchise pour l'importation de biens suscite une certaine inquiétude de notre part. En effet, le contrôle accru des marchandises importées pourrait obliger à réorganiser l'engagement du personnel de l'OFDF, déjà fortement sollicité, au détriment du contrôle d'immigration/émigration.

Avec le prochain déploiement du système *Entry Exit System* (EES), les contrôles aux frontières vont subir un sérieux ralentissement qui va fortement impacter la gestion opérationnelle des aéroports. L'aéroport de Genève a la particularité unique en Suisse d'avoir une très forte proportion de passagers titulaires d'un passeport du Royaume-Uni, ce qui implique leur enregistrement au travers du système EES. Il sera ainsi très difficile de gérer l'introduction simultanée d'EES et de l'abaissement de la franchise sans créer des congestions importantes dans le traitement des passagers à l'arrivée.

Dès lors, dans l'hypothèse où la consultation en cours confirmerait la nécessité de cette modification, nous sollicitons respectueusement que l'entrée en vigueur soit repoussée au 1^{er} janvier 2026, et non 2025 comme proposé dans le projet soumis à consultation. Cela permettra à toutes les parties concernées de prendre les dispositions dans des conditions plus sereines.

En vous remerciant d'avance de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre parfaite considération.



André Schneider
Directeur général

Copies (format électronique) :

- Mme Emanuela Dose Sarfatis, Secrétaire générale adjointe, République et canton de Genève, DF
- M. Pascal Lüthi, Directeur général, Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières
- M. Jean-Luc Boillat, Commandant Douane ouest, Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières
- M. Claude Guélat, Chef de poste Genève-Aéroport, Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières
- M. David Karrer, Directeur relations extérieures, Flughafen Zürich AG
- Interne: cht, jpo, krm, gru

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Département fédéral des finances

Par courrier électronique :
zoliveranlagung@bazg.admin.ch

Paudex, le 14 février 2024
FTE

Consultation fédérale : Modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités, d'une valeur minime ou pour lesquels le montant de l'impôt est insignifiant

Madame la Conseillère fédérale,

Nous avons pris connaissance avec intérêt du dossier mentionné en titre, mis en consultation par vos services. Par la présente, nous souhaitons vous faire part de notre position.

Le projet

Les Chambres fédérales ont adopté le 21 septembre 2021 la motion 19.3975 de la Commission des finances du Conseil national « améliorer l'égalité fiscale en ce qui concerne le flux de marchandises du petit trafic frontalier ». Dans le même temps, les Chambres ont donné suite aux initiatives des cantons 18.300 « ne pas subventionner le tourisme d'achat » et 18.316 « suppression de la franchise-valeur dans le tourisme d'achat », dont la mise en œuvre est actuellement suspendue aux résultats de la mise en œuvre de la motion 19.3975.

Pour mettre en œuvre de la motion précitée, il est proposé une modification de l'art. 1, al. c resp. art. 2, al. 2 et 3 de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités, d'une valeur minime ou pour lesquels le montant de l'impôt est insignifiant. Concrètement, il s'agit de baisser le montant de la franchise d'impôt à l'importation de 300.- CHF à 150.- CHF par personne.

Notre position

Nous avons sondé l'avis d'un certain nombre d'entreprises vaudoises. Sur la base des réponses reçues, mais aussi de notre analyse du problème, nous recommandons **de ne pas mettre en œuvre la motion 19.3975 et de classer cette motion** – ainsi que les deux initiatives cantonales 18.300 et 18.316. Il s'agit d'une « fausse bonne idée » permettant, sur le papier, de répondre aux préoccupations légitimes de certains commerçants suisses en concurrence directe avec les zones frontalières.

D'une manière générale, nous ne sommes pas favorables à une élévation des barrières protectionnistes. La concurrence entre entités économiques est un moteur d'innovation, de qualité et de baisse des prix. Le protectionnisme risque au contraire de péjorer la situation économique des consommateurs acceptant une augmentation des prix préjudiciable pour le pouvoir d'achat ; par ailleurs les mesures protectionnistes n'atteignent généralement pas leur but et ont des effets secondaires négatifs. La solution au tourisme d'achat doit passer

Route du Lac 2
1094 Paudex
Case postale 1215
1001 Lausanne
T +41 58 796 33 00
F +41 58 796 33 11
info@centrepatrional.ch

Kapellenstrasse 14
Postfach
3001 Bern
T +41 58 796 99 09
F +41 58 796 99 03
cpbern@centrepatrional.ch

www.centrepatrional.ch

par une économie locale libérale, compétitive et innovante ; ce sont ces aspects qu'il faut soutenir plutôt qu'instaurer des barrières protectionnistes.

En l'occurrence, nous estimons que les effets de cette révision seraient limités voire nuls sur le tourisme d'achat. En effet, il semble certain que le tourisme d'achat n'est pas porté par l'exonération de la TVA permise par la franchise actuelle, mais par les prix pratiqués à l'étranger, plus bas que les prix pratiqués en Suisse – même en ajoutant le montant de la TVA. Baisser la franchise d'imposition ne dissuadera pas les personnes domiciliées en Suisse de faire leurs achats dans les pays voisins et ne permettra donc pas d'atteindre le but recherché.

Finalement, il faut s'attendre à des surcharges de travail administratif lié au dédouanement au guichet ainsi qu'à des perturbations de la circulation aux points de passage frontaliers, parce que la baisse de la franchise de 300.- à 150.- CHF devrait doubler le nombre de déclarations (selon l'Étude sur le tourisme d'achat en Suisse 2022/2023 de l'Université de Saint-Gall). Cela générera une charge de travail disproportionnée en comparaison des coûts engendrés pour la douane et pour les citoyens. Il faut particulièrement noter que l'augmentation de la charge bureaucratique est une préoccupation majeure des entreprises, d'autant plus si les effets attendus sont faibles voire nuls. Il faut certes reconnaître le rôle de l'application de dédouanement « QuickZoll », qui devrait permettre de faciliter les déclarations, mais celle-ci ne sera pas pleinement opérationnelle avant au moins 2027. Cette augmentation importante de la charge administrative sur les citoyens pourrait engendrer comme effets secondaires l'augmentation des importations non déclarées ainsi que du marché noir.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à ce qui précède et vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre haute considération.

Centre Patronal



Fabrice Tedeschi

SPIRITSUISSE

SEKRETARIAT : PETER PLATZER
GURZELNGASSE 27, CH-4500 SOLOTHURN
Tel. 032 622 50 50 - Fax 032 623 46 09
Email : pplatzer@spiritsuisse.ch

Frau Bundesrätin Keller-Suter

Eidg. Finanzdepartement
3001 Bern

Solothurn, 20. Februar 2024

PP\ab\C:\Users\platzer\Documents\Schreiben 1\Vernehmlassung
Wertfreigrenze.docx

Vernehmlassung zur Senkung der Wertfreigrenze im Reiseverkehr

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Spiritsuisse, der führende Verband der Spirituosenbranche, erlaubt sich zu der von Ihnen eröffneten Vernehmlassung Stellung zu beziehen, da dieses Thema die Branche betreffen wird.

Ausgangslage

Der vorliegende Vernehmlassungstext geht auf zwei Standesinitiativen zurück. Beide betonen den Schaden für den Detailhandel - namentlich die Standesinitiative des Kantons Thurgau - aufgrund der vorhandenen Wertfreigrenze, unterhalb der keine Mehrwertsteuer bezahlt werden muss. Dieser Schaden müsste aber irgendwie nachzuweisen sein, z.B. durch Geschäftsschliessungen. Wie der Solothurner Zeitung vom 20. Januar 2024 zu entnehmen ist, gibt es kein Ladensterben (Von wegen Ladensterben, S. 12). Es findet höchstens eine Verschiebung statt, Coop, Denner, Lidl, Aldi und sogar Volg haben weitere Läden eröffnet und neue sind schon in Planung. Wenn aber der Einkaufstourismus eine Auswirkung auf den Detailhandel hätte, so müssten auch oder gerade diese Anbieter das spüren.

Wirkung des Einkaufstourismus

Der Einkaufstourismus hat auf die Preisentwicklung eine dämpfende Wirkung. Das wird in der NNZ am Sonntag vom 19.11.2023, sehr schön beschrieben: Seite. 17, *Die Einkaufstouristen sind die wahren Kämpfer gegen die Hochpreisinsel*. In der Spirituosenbranche sind die Preisunterschiede im Handel zum Ausland eklatant. Indessen sind gewisse Differenzgrenzen

SPIRITSUISSE

SEKRETARIAT : PETER PLATZER
GURZELNGASSE 27, CH-4500 SOLOTHURN
Tel. 032 622 50 50 - Fax 032 623 46 09
Email : pplatzer@spiritsuisse.ch

auszumachen. Werden diese erreicht oder überschritten, gibt es bei den grossen Händlern keine Preiserhöhungen mehr oder Preise werden gesenkt. Dabei darf man nicht vergessen, dass diese im Spirituosenbereich eine Margenoptimierung von rund 60% haben..

Wenn der Druck durch den Einkaufstourismus kleiner wird, werden die Preise höher und auch der Druck auf die Lieferanten steigt, da ein Oligopol vorliegt.

Auch wenn die geplante zu zahlende MWSt einen kleinen Betrag ausmacht gegenüber der Preisdifferenz, kommen noch andere abschreckende Regelungen hinzu. Die Senkung der Wertfreigrenze würde mehr Zollbesuche bedeuten, was insofern von Bedeutung ist, dass diese häufig geschlossen sind. Die Lösung über Formulare ist nicht nur mühsam und klappt häufig nicht. Die Zoll-App geht nicht auf die verschiedenen MWSt-Stufen ein, man bezahlt zu viel. Zudem muss die Anmeldung im Ausland erfolgen, was bedeutet, dass die Meldung nicht immer zeitnah vom System erfasst wird. Z.B. wer an der Grenze zu Laufenburg eingibt und die Kontrolle ist am Kreisel nach der Brücke, der scheint im System nicht immer auf. Dies bedeutet ein Zollverfahren, was auch, wenn es „gut“ ausgeht, mühselig und langwierig ist. Außerdem heisst Benützung der App im Ausland Roaming-Gebühren. Man darf um eine Steuer zu begleichen noch Gebühren bezahlen! Schwierig wird es erst recht bei Flügen. Mancher läppischer Ferieneinkauf wird steuerpflichtig, obwohl nicht im Entferntesten ein Detailhändler an der Grenze geschädigt werden könnte.

Durch diese Regelung wird der Konsument geschädigt, ungleich und unfair behandelt und darf am Ende noch höhere Preise in der Schweiz bezahlen. Da steht die „Subventionierung“ in einem völlig untergeordneten Verhältnis und ein Schaden ist nicht auszumachen.

Senkung der Wertfreigrenze

Die Auswirkungen der Senkung der Wertfreigrenze wurden vorhergehend schon geschildert. Hinzu kommt die Frage, ob die Kosten, die diese Senkung verursacht, wirklich den Mehrertrag decken. Dies betrifft nicht nur den Grenzverkehr mit den umliegenden Ländern, sondern per Flugzeug alle Länder. Es muss bezweifelt werden, dass der Mehrertrag einigermassen mit den Kosten mithalten kann. Eine Änderung l'art pour l'art ist aber staatspolitisch kaum sinnvoll.

SPIRITSUISSE

SEKRETARIAT : PETER PLATZER
GURZELNGASSE 27, CH-4500 SOLOTHURN
Tel. 032 622 50 50 - Fax 032 623 46 09
Email : pplatzer@spiritsuisse.ch

Wir können diese Änderung nur ablehnen und bitten unsere Überlegungen einfließen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen
SPIRITSUISSE
Peter Platzer



Generalsekretär



Schweizer Fleisch-Fachverband
Union Professionnelle
Suisse de la Viande
Unione Professionale
Svizzera della Carne

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern
(per Mail: zollveranlagung@bazg.admin.ch)

Dübendorf, den 28. Februar 2024

Stellungnahme zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizer Fleisch-Fachverband (SFF) bedankt sich in seiner Funktion als Branchenorganisation für die fleischverarbeitende Branche, die gegen 24'000 Mitarbeitende umfasst, für die Möglichkeit zur Stellungnahme und sieht schon im Voraus der Umsetzung der generellen Senkung der Wertfreigrenze bei der Wareneinfuhr im Reiseverkehr mit grossem Interesse entgegen.

Der SFF beantragt Ihnen, der zur Diskussion gestellten, generellen Verringerung der Wertfreigrenze von 300 auf 150 Franken pro Tag und Person zuzustimmen bzw. diese, noch besser, auf 50 Franken pro Tag und Person zu senken. Dafür sprechen folgende Gründe:

- **Reduktion des volkswirtschaftlichen Schadens:** Mit der Senkung der Wertfreigrenze würden die Fehlanreize für den gesamten Schweizer Volkswirtschaft massiv schädigenden Einkaufstourismus nach zu langer Zeit endlich zumindest teilweise reduziert, zumal sich dieser gemäss verschiedenen Quellen allein für den gesamten Lebensmittelbereich oft mit Fleisch als besonderem Lockvogel – in der Größenordnung von 8 bis 10 Mia. Franken pro Jahr bewegt. Leider wurde in den Vernehmlassungen unterlagen gerade dieser für unser Land sehr wichtige und durch das allgemein hohe Kostenniveau in der Schweiz bedingte Umstand (wieder einmal) nur am Rande gewürdigt.
- **Weniger Schlupflöcher:** Mit der Absenkung der Wertfreigrenze wird der Anteil der im Reiseverkehr eingeführten Produkte, auf denen im Gegensatz zu den inländischen Einkäufen keine Mehrwertsteuer entrichtet werden muss, verringert. Damit könnte dem Grundsatz der Steuergerechtigkeit – wenn auch noch nicht vollständig – zumindest teilweise besser Rechnung getragen werden.
- **Administrativer Mehraufwand vertretbar:** Mit Blick auf die zusätzlich resultierenden Zolleinnahmen zugunsten der Bundeskasse aber auch den zu erwartenden Gesamtnutzen für die hiesige Volkswirtschaft erachten wir den für die Zollbehörden entstehenden, administrativen Mehraufwand – wohl-gemerkt für diesen einen Fall – unter Anwendung einer Wertfreigrenzen auch bis zu 50 Franken als durchaus gerechtfertigt. Ebenso verhält es sich mit den administrativen Mehraufwendungen für die Konsumentinnen und Konsumenten bei der Rückkehr von deren grenznahen Einkäufen in die Schweiz, werden doch mit Hilfe der mit den unter Nutzung der neuen, noch weiter zu entwickelnden technischen Möglichkeiten (Applikation QuickZoll) vorgeschlagenen Massnahmen nun endlich die schon zu lange bestehenden Fehlanreize mindestens partiell verringert.

Umgekehrt halten wir ebenso fest, dass auch aus unserer Sicht eine vollständige Streichung der Wertfreigrenze nicht zielführend wäre, zumal dann alle Einkäufe, auch die Kleinsteinkäufe, steuerpflichtig würden. Gerade bei letzteren würden Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis mehr stehen.

- **Im Alltag nur generelle Absenkung umsetzbar:** Nach unserer Beurteilung ist nur die generelle Absenkung der Wertfreigrenze zielführend. Die Schaffung von Sonderfällen wie von Wertfreigrenzen nach Bagatellgrenze des jeweiligen Herkunftslandes, nur bei ausgebliebener Rückforderung der ausländischen Mehrwertsteuer, bei häufigem Überschreiten der Grenze und/oder bei Aufenthalten im Ausland von weniger als 24 Stunden würde die konkrete Umsetzung im Alltag in einem Ausmass erschweren bzw. verkomplizieren, die ausserhalb jeglicher Verhältnismässigkeit liegen würde.
- **Mit internationalen Verpflichtungen vereinbar:** Wie in den Vernehmlassungsunterlagen festgehalten, ist im Rahmen der internationalen Verpflichtungen zu gewährleisten, dass Reisende nichtgewerbliche Waren bis zu einem Gesamtwert von 75 Sonderziehungsrechten abgabefrei einführen können, was aktuell einem Wert von rund 90 Franken entsprechen soll. Damit wird klar, dass die Absenkung der Wertfreigrenze nicht nur auf 150 Franken, sondern auch auf 100 Franken pro Person und Tag mit den internationalen Verpflichtungen vereinbar wäre. Nachdem die entsprechenden Limiten auch in einzelnen der angrenzenden Länder jedoch bereits unter diesen 100 Franken angesetzt wurden, erachten wir die unsererseits beantragte Absenkung auf 50 Franken auch unter diesem Aspekt als gerechtfertigt.

Aus all den vorgenannten Erwägungen ersuchen wir Sie, **die generelle Senkung der Wertfreigrenze auf 50 Franken pro Person und Tag im geplanten Zeitrahmen entsprechend umzusetzen**. Für die Berücksichtigung unseres Anliegens im Rahmen Ihrer Entscheidfindung bedanken wir uns schon im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Schweizer Fleisch-Fachverband

e. Ständerat Dr. Ivo Bischofberger
Präsident

Dr. Ruedi Hadorn
Leiter Politik

Eidgenössische Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
3000 Bern

Per E-Mail an:

zollveranlagung@bazg.admin.ch

Bern, 04.03.2024

Vernehmlassung zur Senkung der Wertfreigrenze im Reiseverkehr

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Die Motion 19.3975 FK-N verlangt die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage, welche die Steuergerechtigkeit im Reisendenverkehr verbessert. Mit Datum vom 30.11.2023 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur Senkung der Wertfreigrenze im Reiseverkehr eröffnet.

Die Angestellten der Zollverwaltung sind unmittelbar von den Auswirkungen der Senkung der Wertfreigrenze betroffen. Als Gewerkschaft, welche die meisten Angehörigen des BAZG repräsentiert, erlauben wir uns eine Meinung zur Vorlage abzugeben. Dies auch aufgrund der grossen Erfahrung und umfangreichen Kenntnis in der praktischen Umsetzung derjenigen, welche die Bestimmungen auszuführen haben.

Liberale Schweiz und Freier Markt

Die Motion versucht, ein gesellschaftliches/volkswirtschaftliches Problem mit Hilfe von Verbots und Gesetzen zu lösen. Selbst eine Einführung einer Freigrenze von Fr. 0.00 würde die Bürger/innen der Schweiz nicht davon abhalten im Ausland einzukaufen. Seit immer gab es diesen Verkehr. Die Gründe hierfür werden und wurden schon zur Genüge diskutiert. Die vermeintlich zu hoher Freigrenze hat dabei nur einen verschwindend kleinen Anteil an der Motivation, im Ausland einzukaufen. Vielmehr und da sind sich die Konsumentenschützer, Preisüberwacher und Garanto einig, ist es die Hochpreisinsel Schweiz, welche diesem Verkehr Vorschub leistet.

Die Wirtschaft pocht auf Liberalisierung und einen freien Markt, versucht auf der anderen Seite die Profiteure mittels Verbote auszubremsen. Den Preis für diese Politik zahlen am Schluss die Bürger/innen der Schweiz gleich doppelt, denn die Senkung der Wertfreigrenze führt unweigerlich zu einem Mehraufwand für das BAZG und schlussendlich für den Steuerzahler.

Widerspruch zur Abschaffung der Industriezölle

Mit dem Beschluss des Parlamentes 2022, die Industriezölle abzuschaffen, verzichtet der Bund auf mehrere Hundert Millionen Einnahmen (die Schätzungen liegen mittlerweile bei über 600 Mio (vgl. Zusatzbericht zum Voranschlag 2023 mit IAFG 2024 bis 2026 Seite 7)). Was also angeblich der Wirtschaft schadete wurde abgeschafft und im gleichen Zug werden für die Konsumenten weitere Hürden eingeführt.

Unverhältnismässiger Aufwand

Die tiefere Wertfreigrenze würde zu einer wesentlichen Zunahme der geringfügigen Verzollungen im Reiseverkehr führen, die nur mit einem unverhältnismässigen Aufwand für das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie die Bürgerinnen und Bürger zu bewältigen wären. Die Akzeptanz dieser Massnahme mit vermehrten Kontrollen und Staus an der Grenze wird klein sein und im Schlimmsten Fall dazu führen, dass wieder vermehrt Waren nicht angemeldet werden. Was nebenbei wieder zu einem unverhältnismässig hohen Aufwand bei der Durchsetzung führt. Die Mitarbeitenden des BAZG müssten somit die «kleinen Leute» büßen.

Garanto plädiert aus den genannten Gründen für Nichteintreten auf die Gesetzesrevision.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, an der Vernehmlassungsverfahren teilnehmen zu können und für die Berücksichtigung unseres Anliegens.

Kontaktperson für Garanto und für weitere Fragen: Victor Luisio, Zollexperte Mitglied des Zentralvorstandes, Sektionspräsident rhein victor.luisio@bazg.admin.ch

Mit freundlichen Grüßen



Daniel Gisler
Co-Präsident a.i.



Angelo Ries
Co-Präsident a.i.



Heidi Rebsamen
Zentralsekretärin

Kreuzlinger Initiative zur Abschaffung der Mehrwertsteuersubvention
KAMS
Lärchenstr. 5
CH-8280 Kreuzlingen
Tel: +41-71-6887514
Mob: +49-177-2734245
<https://kams.ch>

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesamt für Zoll- und Grenzsicherheit BAZG
3003 Bern
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Kreuzlingen, 4. März 2024

Vernehmlassungsantwort

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag

Sehr geehrte Damen und Herren,

die KAMS ist die Bürgerinitiative der Schweiz, die sich seit 2012 für die Abschaffung der Mehrwertsteuersubvention einsetzt. Wir sehen das Gleichheitsprinzip verletzt, wenn einige Bürger keine Mehrwertsteuer auf ihre Einkäufe ennen der Grenze bezahlen. Ausserdem leidet unsere Heimatstadt Kreuzlingen, wie auch andere Grenzorte, unter dem zusätzlichen Einkaufsverkehr. Zudem leiden die lokalen Gewerbetreibenden unter der willkürlichen Bevorteilung der ausländischen Mitbewerber. Und schliesslich entgehen dem Schweizer Staat erhebliche Steuereinnahmen.

Der KAMS stimmt der Vorlage grundsätzlich zu und regt an, die Steuerbefreiung gänzlich abzuschaffen. Lediglich Einkäufe, bei denen die ausländische Mehrwertsteuer nicht erstattet wird, werden von der Schweizer Einfuhrsteuer ausgenommen.

Zu diesem Zweck wird in das Schweizer Zollgesetz folgender Satz eingefügt.

«Die Einfuhrsteuer entfällt, wenn für die eingeführte Ware im Herkunftsland, aufgrund der dort geltenden Bestimmungen, die Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer nicht erstattet wird.»

Die Bezahlung der Einfuhrsteuer übernimmt der Einkäufer selbst, indem er vor dem Grenzübertritt in die Schweiz die App des Schweizer Zolls Quickzoll benutzt. Falls der Einkäufer keinen Zugriff auf diese App hat, kann er die Einfuhrsteuer auch an der Grenze beim Schweizer Zoll bezahlen, in diesem Fall wird jedoch eine Gebühr von 5,- CHF fällig.

Durch das selbstständige Ausfüllen des Formulars und Bezahlen der Einfuhrsteuer vermeidet der Zoll den erheblichen Mehraufwand, der ihm andernfalls bei Abschaffung der Mindestgrenze entstünde. Die 5.- CHF Gebühr bei Bezahlung am Zoll wird zusätzliche Einkäufer zur Benutzung der App motivieren.

Die Kontrolle der Einhaltung der Einfuhrbestimmungen, einschliesslich der Bezahlung der Einfuhrsteuer, wird wie heute stichprobenweise erfolgen.

Für die Bürger ist das Verfahren transparent und einfach. Die Höhe der Bagatellgrenze ist den Grenzgängern seit langem bekannt, sie wäre nun gleichzeitig die Mindestgrenze der Schweiz, es wird also einfacher wie bisher, man muss sich nur noch eine Grenze merken anstatt wie bis anhin zwei.

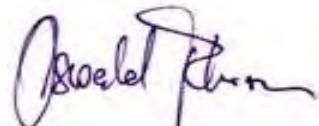
Die Steuergerechtigkeit wird vollkommen erreicht, da alle Einkäufe genau einmal versteuert werden müssen, entweder im Ausland oder in der Schweiz.

Der Einkaufstourismus, und damit der Verkehr, wird um ca. einen Dritt zurückgehen, da die finanziellen Vorteile des Einkaufens im Ausland um ca. einen Dritt reduziert werden.

Der Schweizer Staat kann auf zusätzliche Einnehmen rechnen, die zum einen aus den zusätzlichen Einfuhrsteuern und zum anderen auf Mehrwertsteuer auf die zusätzliche Einkäufe in der Schweiz zurückzuführen sind. Hinzu kommen Einkommenssteuern der zusätzlich Beschäftigten sowie Gewinnsteuern der betroffenen Unternehmen, die von den zusätzlichen Umsätzen profitieren. Insgesamt dürfte es sich um zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 500 – 1.000 Millionen CHF handeln. Diese könnten der AHV zugutekommen.

Die KAMS setzt sich seit 2012 für die Abschaffung der schädlichen Steuerbefreiung bei Einkäufen im Ausland ein. Seit 2019 wird das hier vorgeschlagene Modell auf unserer Website <https://kams.ch> propagiert. Die beiden Standesinitiativen sind zum Teil auf unseren Einsatz zurückzuführen und wir würden uns sehr freuen wenn wir nun endlich bald am Ziel sind und unseren Erfolg feiern dürfen.

mit freundlichen Grüßen



Oswald Petersen

Kreuzlinger Initiative zur Abschaffung der Mehrwertsteuersubvention



Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesamt für Zoll- und Grenzsicherheit BAZG
3003 Bern

zollveranlagung@bazg.admin.ch

Bern, 4. März 2024 sgv-Sc

Vernehmlassungsantwort

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 600 000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Der sgv stimmt der Vorlage grundsätzlich zu und regt an, den Gesamtwert für die Steuerbefreiung auf 50 Franken anzusetzen.

Beide Standesinitiativen, auf welche die vorliegende Vorlage zurückgeht, sehen vor, die sogenannte Steuerfreigrenze zu senken, um den Einkaufstourismus abzuschwächen. Der sgv stimmt der Senkung des Gesamtbetrags für die Befreiung der Einfuhrsteuer zu, allerdings aus anderen Überlegungen. Die Befreiung der Mehrwertsteuer bei Einfuhr führt zu einer unbegründeten und vom Mehrwertsteuersystem nicht intendierten Ungleichbehandlung der Steuerzahler. Diese Ungleichbehandlung wird nun mit der Vorlage gemindert.

Zunächst gilt es herauszustreichen, dass sich der sgv zum uneingeschränkten Freihandel bekennt. Entsprechend befürwortet der Verband den Ausbau der Freihandelsabkommen, die unilaterale Abschaffung der Einfuhrzölle und auch die Freiheit der Privaten, dort einzukaufen wo sie wollen.

Der sgv lehnt aber gruppenspezifische Förderungen und Ungleichbehandlungen ab. Das Problem der aktuellen Freigrenze ist, dass die gleichen Güter, die im Inland der Mehrwertsteuer unterliegen, durch die Freigrenze steuerbefreit werden: Sie fallen weder unter die ausländische Mehrwertsteuer noch unter die Schweizer Einfuhrsteuer. Eine Ungleichbehandlung liegt vor, wenn das gleiche Gut unterschiedlich besteuert wird, je nachdem, welche Gruppe von Personen ihn einkauft. Diese Ungleichbehandlung ist nicht gewollt, denn in den Materialien zur Mehrwertsteuer- und Einführgesetzgebung wird dieser Fall nicht als Desideratum der Regelungen aufgeführt.

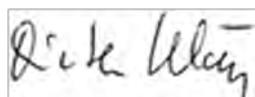
Auch wenn der sgv einverstanden ist, die Wertfreigrenze auf 150 Franken zu senken, regt er an, eine Senkung auf 50 Franken zu überprüfen. Damit würde sich die Ungleichbehandlung weiter verringern. Selbstverständlich ist dabei die Verhältnismässigkeit der Umsetzungsaufwände zu wahren.

Freundliche Grüsse

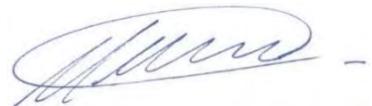
Schweizerischer Gewerbeverband sgv



Kurt Gfeller
Vizedirektor



Dieter Kläy
Co-Leitung Direktion



Henrique Schneider
Mandatiert durch den sgv

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
3003 Bern

Per E-Mail an:
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Zürich-Flughafen, 8. März 2024

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze – Stellungnahme Flughafen Zürich AG

Sehr geehrte Frau Märki, sehr geehrte Frau Feissli,
sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 hat Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter interessierte Kreise eingeladen, zum oben genannten Vernehmlassungsentwurf Stellung zu beziehen. Die Flughafen Zürich AG ist als Konzessionärin des Bundes Betreiberin des grössten Landesflughafens der Schweiz. Im Jahr 2023 reisten knapp 30 Millionen Passagiere über den Flughafen Zürich, der jährlich eine Wertschöpfung von 7 Milliarden Schweizer Franken generiert. Von der geplanten Herabsetzung der Wertfreigrenze, welche dem Einkaufstourismus entgegenwirken soll, wäre auch der Flughafen Zürich betroffen.

Die Flughafen Zürich AG erkennt, dass aufgrund der Motion 19.3975 und den Standesinitiativen der Kantone St. Gallen und Thurgau die Wertfreigrenze angepasst werden soll, um dem Einkaufstourismus entgegenzuwirken. Es ist jedoch festzuhalten, dass dieser Einkaufstourismus über den Landweg und nicht über den Luftweg erfolgt. Denn während die Anreise mit Zug oder Auto über den Landweg mit relativ tiefen Kosten verbunden ist, ist für die Einreise über den Luftweg ein Flugticket nötig, das durchschnittlich mehrere hundert Franken kostet. Mit der geplanten Senkung der Wertfreigrenzen am Flughafen Zürich entstehen einerseits Nachteile mit Blick auf die Tätigkeit des BAZG sowie ein Wettbewerbsnachteil für Duty-Free Läden, ohne dass ein übergeordneter Nutzen resultiert.

Mehraufwand des BAZG am Flughafen Zürich

Das BAZG nimmt am Flughafen Zürich die hoheitlichen Aufgaben des Zoll- und Grenzschutzes wahr. Dazu gehören insbesondere auch Warenkontrollen und das Überschreiten der Wertfreimenge. Gemäss erläuterndem Bericht ist bei einer Senkung der Wertfreigrenze mit vermehrten Verzollungen am Schalter zu rechnen. Ebenso erwähnt der Bericht, dass eine tiefere Wertfreigrenze dazu verleitet, Waren nicht zur Einfuhr anzumelden und so verstärkte Kontrollen nötig sind. Damit wäre für das BAZG mit einer Verschiebung des Tätigkeitsschwer-

punkts am Flughafen Zürich zu rechnen. Bei gleichbleibenden personellen Ressourcen stehen weniger Mitarbeitende bei der Personen- und Passkontrolle bei der Ein- und Ausreise zur Verfügung. Als Folge resultieren längere Wartezeiten an den Grenzübergängen des Flughafens Zürich, was sich negativ auf die Reputation des BAZG und der Flughafen Zürich AG auswirken. Auch kann dies potenziell den Flugbetrieb stören, da insbesondere Transferpassagiere, die den Flughafen Zürich dank kurzer Wege und schneller Umsteigezeiten wählen, nicht pünktlich am Abflug-Gate erscheinen.

Alternativ bietet sich zur Deckung der zusätzlichen Aufgaben eine Erhöhung der personellen Ressourcen an, was auf die Passagiergebühren am Flughafen Zürich umgewälzt würde. Beide Möglichkeiten würden zu einem Wettbewerbsnachteil für den Flughafen Zürich im Konkurrenzvergleich zu ausländischen Flughäfen führen. Zudem ist fraglich, ob angesichts des Fachkräftemangels und Personalengpässen dieser Mehraufwand personell abgewickelt kann.

Wettbewerbsnachteil im internationalen Duty-Free

Durch die geplante Senkung der Wertfreigrenze verzerrt sich die Konkurrenzbeziehung zwischen schweizerischen und ausländischen Flughäfen. Mit der geplanten Anpassung könnten die Duty-Free Läden (Zollfreiladen) keinen Zusatzumsatz im Ankunftsgebiet generieren, da Einreisepassagiere mit dem Kauf von Waren im Ausland die Wertfreigrenze schneller erreichen. Besonders betroffen von einer reduzierten Freigrenze wären vor allem lokale Produkte, die vor Verlassen des Sicherheitsbereiches im Arrival Duty-Free gekauft werden können. Dieses Alleinstellungsmerkmal der Sortimente in Schweizer Duty-Free Läden würde unweigerlich verloren gehen, da Flugreisende diese Waren in der Regel nicht im Ausland kaufen kann. Potenzielle Kunden verzichten in diesem Fall auf einen Einkauf an Schweizer Flughäfen und beschränken sich auf das Angebot an einem ausländischen Flughafen. Dieser entgangene Umsatz vermindert die am Flughafen Zürich bzw. an Schweizer Flughäfen generierte Wertschöpfung. Zudem zeigt ein Blick auf die Wertfreigrenzen anderer Länder, dass die EU mit 430 Euro eine höhere Regelung bei Flugreisen vorsieht.

Dieser mit der geplanten Anpassung der inländischen Wertfreigrenze entstehende Wettbewerbsnachteil könnte durch eine Ausnahmeregelung für Flugreisen verhindert werden. Eine solche wird auch im erläuternden Bericht erwähnt, jedoch nicht näher abgeklärt. Auch mit einer solchen Ausnahmeregelung bliebe Einkauftourismus über Luftwege praktisch ausgeschlossen.

Anträge und Bemerkungen

Beide erwähnten Aspekte führen zu einem Wettbewerbsnachteil des Flughafens Zürich im Vergleich mit anderen europäischen Luftverkehrsrehscheiben. Dies widerspricht dem Bundesauftrag gemäss Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) und Luftfahrtpolitischem Bericht (Lupo). Gemäss SIL soll der Flughafen Zürich «im Wettbewerb mit ihrer Konkurrenz auf anderen Flughäfen bestehen können» und gemäss Lupo «seine Rolle als eine der europäischen Drehscheiben des globalen Luftverkehrs auch in Zukunft wahrnehmen können.» In Anbetracht dessen, dass über den Luftweg kein systematischer Einkauftourismus stattfindet, beantragt die Flughafen Zürich AG eine Ausnahmeregelung für den Luftverkehr und die Beibehaltung der Wertfreigrenze von 300 Franken für Luftreisende.

Antrag:

Art. 1 ist wie folgt zu ergänzen:

Von der Einfuhrsteuer sind befreit:

- c. Von der Einfuhrsteuer sind Waren des Reiseverkehrs nach Artikel 16 Absatz 2 des Zollgesetzes vom 18. März 2005: bis zu einem Gesamtwert von 150 Franken pro Person (Wertfreigrenze); die Gegenstände nach Buchstabe b werden für die Berechnung des Gesamtwertes nicht berücksichtigt;
- d. neu Für Flugreisende beträgt die Wertfreigrenze 300 Franken pro Person.

Art. 2 ist wie folgt zu ergänzen:

² Übersteigt der Gesamtwert der Gegenstände 150 Franken pro Person, so ist die ganze eingeführte Menge steuerpflichtig.

³ Ein Gegenstand im Wert von über 150 Franken ist immer steuerpflichtig.

⁴ Vorbehalten bleibt die Einfuhr über den Luftweg gem. Art. 1 Bst. d^{neu}

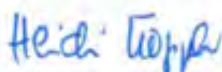
Mit dieser Anpassung kann einerseits die Erfüllung der Motion 19.3975 und den Standesinitiativen der Kantone St. Gallen und Thurgau, den Einkaufstourismus einzugrenzen, gewährleistet werden und andererseits sicherstellen, dass das BAZG keinen unverhältnismässigen Mehraufwand und die Landesflughäfen keinen Wettbewerbsnachteil erleiden. Damit wird auch der Einkaufstourismus dort eingegrenzt, wo er stattfindet, was sinnvoll und verhältnismässig wäre.

Eventualiter:

Aktuell beträgt die Wertfreigrenze in der EU 300 Euro, für Flugreisende sogar 430 Euro. Damit profitieren Flugreisene von einer deutlich höheren Freigrenze. Zu überlegen ist es daher, bei einer Differenzierung der Wertfreigrenze bei Flugreisen die EU-Regelung zu übernehmen und damit gleich lange Spiesse im Luftverkehr zu ermöglichen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Heidi Köpple
Head Commercial Centers



Andrew Karim
Stv. Leiter Public Affairs

Per E-Mail an: zollveranlagung@bazg.admin.ch

Bern, 9. März 2024 – LH

Stellungnahme zur Vernehmlassung «Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag: Generelle Senkung der Wertfreigrenze»

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Vernehmlassung «Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag: Generelle Senkung der Wertfreigrenze» danken wir Ihnen bestens.

Die Nahrungsmittelbranche ist durch den Einkaufstourismus – gerade auch über kleinere Beträge – besonders stark betroffen. Mit dem Zerfall des Eurokurses gegenüber dem Schweizer Franken verschärfe sich diese Problematik noch erheblich und auch die Pandemie konnte die stetige Zunahme des Einkaufstourismus nur kurz unterbrechen.

Das heutige System mit einer Wertfreigrenze von 300 Franken kaufen, während die bezahlte ausländische Mehrwertsteuer bereits auf deutlich tieferen Beträgen zurückgefördert werden kann, setzt nicht nur falsche Anreize, sondern subventioniert das Einkaufen im Ausland durch den MWST-Verzicht zusätzlich.

In den letzten Jahren wurden daher mehrere Vorstösse eingereicht, um diese Ungleichbehandlung abzuschaffen. So wollen die kantonalen Initiativen St. Gallen ([18.300](#)) und Thurgau ([18.316](#)) z.B. den Einkaufstourismus aktiv zu begrenzen, indem die Wertfreigrenze an die entsprechende Bagatellgrenze der Nachbarländer angepasst bzw. gleich ganz aufgehoben werden soll. Wir begrüssen daher die nun in Vernehmlassung gesetzte Senkung der Wertfreigrenze als Schritt in die richtige Richtung.

Diese Senkung auf 150 Franken wird die bestehenden Fehlanreize aber nicht lösen. Dies wäre nur dann der Fall, wenn die Wertfreigrenze noch tiefer angesetzt würde, jedenfalls nicht höher als die

entsprechenden Bagatellgrenzen der Nachbarländer. Gemäss einer Studie der Universität St. Gallen¹ würden Konsumentinnen und Konsumenten ihre Einkäufe im Ausland bei einer Senkung der Wertfreigrenze auf 50 Franken um durchschnittlich 32.6% reduzieren. Eine Reduktion auf 150 Franken würde demgegenüber kaum Wirkung entfalten.

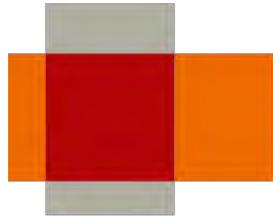
Die Befürchtung, dass die Grenzkontrollen bei einer tiefen Wertfreigrenze überrannt und der administrative Aufwand unverhältnismässig zunehmen würden, kann heute durch die neuen technologischen Möglichkeiten entkräftet werden. Insbesondere die Quickzoll-Applikation, welche die digitale Selbstdeklaration von Waren vor dem Grenzübertritt schnell und einfach ermöglicht, und deren ohnehin geplante Erweiterung auch für reduzierte Mehrwertsteuer-Sätze, wird hier Abhilfe schaffen.

Wir beantragen daher eine Reduktion der Wertfreigrenze in Art. 1 lit. c und in Art. 2 Abs. 2 und 3 auf 50 Franken vor.

Mit freundlichen Grüissen


Dr. Lorenz Hirt
Geschäftsführer

¹ Rudolph, Thomas; Schraml, Christopher Marc; Otto, Christine & Kralle, Nora Charlotte : Einkaufstourismus Schweiz 2022/2023. St. Gallen : Forschungszentrum für Handelsmanagement, 2022.



Eidgenössisches Finanzdepartement
Zollveranlagung
Bundesgasse 3
3003 Bern

Ausschliesslich per Email: zollveranlagung@bazg.admin.ch

11. März 2024

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze

Sehr geehrte Frau Märki, sehr geehrte Frau Feissli
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 wurden wir eingeladen, uns zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen zu äussern. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen dazu wie folgt Stellung.

Mit der vorgeschlagenen Senkung der Wertfreigrenze soll dem Einkaufstourismus entgegengewirkt werden. Die Wertfreigrenze wie auch deren Herabsetzung können aus unterschiedlichen Perspektiven beurteilt werden. Die verschiedenen Blickpunkte haben sich in den von unseren Mitgliedern erhaltenen Rückmeldungen entsprechend widerspiegelt.

Aus rein steuersystematischer Sicht müsste die Freigrenze bei oder nahe CHF 0 liegen. Gestützt auf das Inlandprinzip ist der Konsum in Inland zu versteuern. Ein Einkauf in der Schweiz bis CHF 150 ist auch nicht von der Inlandsteuer befreit. Im Sinne einer administrativen Vereinfachung und internationalen Harmonisierung des Zollverfahrens kann eine gewisse Freigrenze jedoch als legitim erachtet werden.

Gewisse Verbandsmitglieder sehen ihre Geschäftsmodelle durch den Einkaufstourismus in umliegenden Ländern gefährdet. Gerade die tiefen Bagatellgrenzen - Mindestbetrag, ab welchem die Rückerstattung der MwSt. möglich ist - umliegender Länder machen die Rückforderung der Mehrwertsteuern auf die im Ausland erworbenen Güter sehr einfach. Gepaart mit einem starken Franken setzen die Umstände einen starken Anreiz zum Einkaufstourismus. Die hiervon betroffenen Mitglieder von economiesuisse begrüssen die Herabsetzung der Freigrenze, erachten sie aber als zu wenig weitgehend. Um eine durchgehende Besteuerung sicherzustellen, müsste die Schweizer Freigrenze an das Niveau der Bagatellgrenzen der umliegenden Länder angepasst werden.

Nach dem Ermessen der Mehrheit unserer Mitglieder verfehlt die geplante Herabsetzung der Freigrenze jedoch die Kernproblematik der Hochpreisinsel Schweiz. Die Vorlage würde in dieser Ausgestaltung lediglich einem Symptom dieser Problematik, dem Einkaufstourismus, entgegenwirken. Eine Herabsetzung würde den Wettbewerb im Einzelhandel (besonders in grenznahen Gebieten) verringern und die Preissetzungsmacht der hiesigen Einzelhändler erhöhen. Die Änderung dürfte also zu einer Zementierung der Hochpreisinsel Schweiz beitragen.

Darüber hinaus zeichnet sich durch die Veränderung der Wertfreigrenze auch ein exponentieller Anstieg des administrativen Aufwandes an den Zollstellen ab. Eine Studie der Universität St. Gallen schätzt, dass durch die Herabsetzung rund doppelt so viele Einkäufe an den Zollstellen zu deklarieren wären (EFD, 2023). Ob die nicht kostenlosen Vereinfachungen in der Verzollungsapplikation «QuickZoll» es vermögen, dieses zusätzliche Volumen an zu kontrollierenden Einfuhren aufzufangen, ist fraglich. Die Änderung dürfte entsprechend mehr Personal zur Kontrolle der Einfuhren binden und die Wahrnehmung anderer wichtiger Aufgaben verhindern. Dies erzeugt Verzögerungen und gewichtige Kosten an den Schweizer Grenzübertritten.

Zusammengefasst ist eine Mehrheit der sich zum vorliegenden Thema äussernden Mitglieder von economiesuisse der Meinung, dass der finanzielle, volkswirtschaftliche und administrative Nutzen der geplanten Anpassung der Verordnung nicht gegeben oder ungenügend ist. Sollte die Senkung der Wertfreigrenze dennoch umgesetzt werden, wird darum gebeten, die neue Vorgabe nicht wie vorgesehen per 2025, sondern per 2026 einzuführen. So haben die davon betroffenen zollnahen Betriebe (z.B. Flughäfen) genügend Zeit, die nötigen Vorkehrungen zu treffen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

economiesuisse



Frank Marty
Mitglied der Geschäftsleitung
Bereichsleiter Finanzen & Steuern



Joël Brühlmann
Projektmitarbeiter Finanzen & Steuern



Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Eidgenössisches
Finanzdepartement

Per E-Mail:
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Brüttisellen, 11. März 2024

Vernehmlassung: Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Mit grossem Interesse haben wir die Ende November 2023 publizierten Vernehmlassungsunterlagen zur Absenkung der Wertfreigrenze im Einkaufstourismus gelesen. Gerne möchten wir die Gelegenheit nutzen, um unsere Expertise mit dem Eidg. Finanzdepartement zu teilen und ein paar grundsätzliche Gedanken zu formulieren, für die wir Ihre Aufmerksamkeit gewinnen möchten.

Unser Unternehmen Global Blue beschäftigt sich professionell und international mit der Auszahlung und digitalen Validierung von Mehrwertsteuern in über 50 Ländern weltweit. Aus diesem Grund ist unser Fokus sehr ökonomisch-liberaler Art und nicht protektionistisch-konservativ wie vielleicht bei anderen Akteuren.

Wir beobachten, dass der Bundesrat überlegt und besonnen nach einer Lösung gesucht hat: Er ist sich bewusst, dass mit einer Absenkung der Wertfreigrenze wie nun geplant auf CHF 150 der Einkaufstourismus nicht gestoppt wird und dass mit einer weiteren Senkung der Aufwand viel zu gross und damit unverhältnismässig würde.

Unsere breite internationale Erfahrung und unsere Zahlen aus dem Cross-Border-Geschäft Schweiz-Deutschland zeigen, dass sich die meisten Käufe, bei denen die Mehrwertsteuer zurückgefordert und das Formular abgestempelt wird, auf einem ganz bestimmten Niveau bewegen. Eine zu tiefe Absenkung der Wertfreigrenze würde demnach vor allem neue Kosten bringen. Die Schweiz wird sich fragen müssen, wie viel Aufwand sie für 8.1 Prozent Mehrwertsteuer betreiben will. Zumal es auch noch psychologische Untergrenzen gibt, die bei den Konsumenten überhaupt den Anreiz wecken, die ausländische Mehrwertsteuer zurückzufordern - ebenso wie Obergrenzen, die unter Umständen das Verhalten der Reisenden ändern, so dass sie Einkäufe beim Grenzübergang nicht anmelden oder sogar die «grüne» Grenze benützen.

Leider wird sich der Aufwand für die Kontrollen in jedem Fall trotz Einführung und Promotion der App «Quick Zoll» drastisch erhöhen, was zu erheblichen Mehrkosten führen wird.



Es ist zudem ebenfalls mit vermehrtem Strassenverkehr zu rechnen; denn viele Grenzgängerinnen und Grenzgänger werden die Fahrtenfrequenz erhöhen, was weder ökonomisch noch ökologisch Sinn macht.

Eine Senkung der Wertfreigrenze auf 150 CHF innerhalb 24 Stunden - und wie gehabt 300 Franken für längere Auslandaufenthalte - dies wäre unserer Ansicht für die Schweiz eine ideale Lösung.

Zudem möchten wir fragen: Warum wird die Wertfreigrenze von zurzeit 300 Franken nicht auch für ausländische Touristen gesenkt, die in der Schweiz einkaufen? - Wenn wir eine liberale, wirtschaftsfreundliche Lösung suchen, welche die Schweizer Volkswirtschaft und die Staatskasse unterstützt bzw. begünstigt, dann sollten das Eidgenössische Finanzdepartement und der Bundesrat auch in diese Richtung denken.

Die Schweiz verlangt derzeit einen Mindesteinkaufswert von 300 Franken für Tax Free, das ist der höchste in Europa (z.B. Spanien 0, Österreich € 50, Italien € 70, Frankreich € 100). Eine Senkung bedeutet ein beträchtliches zusätzliches Umsatzvolumen für die Wirtschaft, was in verschiedenen Ländern (z.B. Spanien) durch Business Cases belegt ist. Eine interessante Perspektive, wenn man bedenkt, welcher Motor für die wirtschaftliche Aktivität in der Schweiz das Tax Free Shopping bereits heute darstellt. Zahlen einer Studie, die wir bei Oxford Economics machen liessen, zeigen, dass die rund 200'000 Touristen in der Schweiz bereits heute jährlich steuerfreie Ausgaben in Höhe von über 700 Mio. Franken tätigen.¹

Schliesslich möchten wir den Gedanken anregen, die Rahmenbedingungen für die Tax Free Warenausfuhren im privaten Einkaufstourismus zu überprüfen. Insbesondere die Digitalisierung der Exportvalidierung im privaten Einkaufstourismus gekoppelt mit der Senkung der Minimumeinkaufsgrenze von CHF 300.00 auf 0.00 erhöht substanzell den Umsatz der Schweizer Händler und würde einen wichtigen Beitrag für die Steigerung des Steuersubstrats leisten. Diese Massnahmen würden der Schweizer Retail Industrie viel besser helfen, Arbeitsplätze zu sichern.

Aus technischer Sicht wäre eine Reduktion des Mindesteinkaufswert durch Einführung einer effizienten digitalen Exportvalidierungs-Plattform problemlos verkraftbar. Aus Erfahrung können wir bestätigen, dass sich der Personalaufwand infolge digitaler Validierungsmöglichkeiten für die Behörden um 80% bis 90% reduziert. Digitale Exportvalidierungslösungen werden in den meisten Länder in Europa durch Drittpartner angeboten und können in 6 bis 12 Monaten effizient umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Ronald Christen

Managing Director Switzerland

Global Blue Schweiz AG

¹ The Economic Impact of Tax-Free Shopping in Switzerland, Oxford Economics, 2023

Interprofession du Vignoble et des Vins de Genève

Secrétariat : p/o AgriGenève, 15 rue des Sablières – CH-1242 Satigny
Tél. : 022 / 939 03 10 – info@agrigenève.ch

Département fédéral des finances
Madame la Conseillère fédérale
Karine Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Berne

Par email :
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Satigny, le 12 mars 2024

Abaissement de la franchise-valeur dans le trafic touristique

Madame la Conseillère fédérale,

Le département fédéral des finances propose d'abaisser la franchise-valeur dans le trafic touristique de 300 francs actuellement à 150 francs, au 1^{er} janvier 2025. Cette proposition fait suite à différentes interventions parlementaires visant à lutter contre le tourisme d'achat.

Le tourisme d'achat préteur fortelement l'économie de notre canton. En plus de cela, la franchise-valeur actuelle de 300 fr. par personne, mais aussi les exonérations de droits de douane sur certains produits comme la viande par exemple, induisent une inégalité fiscale; débouchant sur un traitement inégal par rapport aux consommateurs faisant leurs achats en Suisse.

Le dédouanement électronique permet une mise en œuvre facilitée et efficace

Au vu de la problématique du tourisme d'achat mais aussi compte tenu des procédures de dédouanement facilitées via « Quickzoll », nous demandons un abaissement à 50 fr. Ainsi, il est possible d'éviter les dédouanements pour des montants « bagatelle », tout en instaurant une cohérence avec les remboursements de TVA étrangère.

Nous sommes conscients qu'une franchise-valeur différenciée en fonction du pays d'origine n'est pas envisageable. Nous demandons à s'aligner sur le plus faible seuil d'exonération du pays d'origine, à savoir sur l'Allemagne. Enfin, nous demandons la suppression de la franchise-valeur pour les voyageurs de moins de 16 ans car l'exonération de la TVA étrangère est fonction du montant des achats et non du nombre de personnes concernées lors du dédouanement.

| Article | Projet en consultation | Position USP |
|--------------------|---|---|
| Art. 1 let c | c. Les marchandises du trafic touristique au sens de l'art. 16, al. 2, de la loi du 18 mars 2005 sur les douanes, jusqu'à une valeur globale de 150 francs (franchise-valeur) par personne ; les biens mentionnés à la let. B ne sont pas comptabilisés dans le calcul de la valeur globale ; | c. Les marchandises du trafic touristique au sens de l'art. 16, al. 2 de la loi du 18 mars 2005 sur les douanes, jusqu'à une valeur globale de 50 francs (franchise-valeur) par personne ; les biens mentionnés à la let. B ne sont pas comptabilisés dans le calcul de la valeur globale ; |
| Art. 2, al. 2 et 3 | 2 Si la valeur globale des biens dépasse 150 francs par personne, la totalité des biens importés est soumise à l'impôt. 3 Si la valeur d'un bien dépasse 150 francs, il est toujours soumis à l'impôt. | 2 Si la valeur globale des biens dépasse 50 francs par personne, la totalité des biens importés est soumise à l'impôt. 3 Si la valeur d'un bien dépasse 50 francs, il est toujours soumis à l'impôt. |

Nous vous remercions pour la prise en compte de notre position et vous adressons, Madame la Conseillère fédérale, nos respectueuses salutations.

François Erard

Secrétaire



Département fédéral des finances
Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Berne

Par e-mail à :
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Satigny, le 12 mars 2024

Responsable : Willy Cretegny
Secrétariat : Mireille Clavien

Abaissement de la franchise-valeur dans le trafic touristique

Madame la Conseillère fédérale,

Le Département fédéral des finances propose d'abaisser la franchise-valeur dans le trafic touristique de 300 francs actuellement à 150 francs, au 1^{er} janvier 2025. Cette proposition fait suite à différentes interventions parlementaires visant à lutter contre le tourisme d'achat.

Le tourisme d'achat préteur fortifie l'économie suisse. Les prix pratiqués à l'étranger sont la résultante de coûts sensiblement inférieurs au contexte suisse. En plus de cela, la franchise-valeur actuelle de 300 fr. par personne, mais aussi les exonérations de droits de douane sur certains produits comme la viande par exemple, induisent une inégalité fiscale, débouchant sur un traitement inégal par rapport aux consommateurs faisant leurs achats en Suisse.

Franchise-valeur de 150 fr. encore beaucoup trop élevée

Les initiatives cantonales 18.300 et 18.316 demandaient à ce que l'ensemble des importations de marchandises privées soient soumises à la TVA suisse si la TVA étrangère fait l'objet d'un remboursement. En Allemagne, la TVA est remboursée à partir de 50 Euros, en Autriche, à partir de 75 Euros et en France, à partir de 100 Euros. Une franchise-valeur à 150 fr., telle que proposée dans la consultation, est encore trop élevée et n'aurait que des effets minimes.

En prenant l'exemple de l'achat de marchandises pour 500 fr. en France, la TVA étrangère serait remboursée et l'abaissement de la franchise-valeur n'aurait aucun effet puisque pour un véhicule de 4 personnes, la franchise-valeur serait de 4 fois 150 fr. soit 600 fr.

Le dédouanement électronique permet une mise en oeuvre facilitée et efficace

Au vu de la problématique du tourisme d'achat mais aussi compte tenu des procédures de dédouanement facilitées via « Quickzoll », nous demandons un abaissement à 50 fr. Ainsi, il est possible d'éviter les dédouanements pour des montants « bagatelle », tout en instaurant une cohérence avec les remboursements de TVA étrangère.

Nous sommes conscients qu'une franchise-valeur différenciée en fonction du pays d'origine n'est pas envisageable. Nous demandons à s'aligner sur le plus faible seuil d'exonération du pays d'origine, à savoir sur l'Allemagne. Enfin, nous demandons la suppression de la franchise-valeur pour les voyageurs de moins de 16 ans car l'exonération de la TVA étrangère est fonction du montant des achats et non du nombre de personnes concernées lors du dédouanement.

| Article | Projet en consultation | Position AMG |
|--------------------|---|---|
| Art. 1 let. c | c. les marchandises du trafic touristique au sens de l'art. 16, al. 2, de la loi du 18 mars 2005 sur les douanes, jusqu'à une valeur globale de 150 francs (franchise-valeur) par personne; les biens mentionnés à la let. b ne sont pas comptabilisés dans le calcul de la valeur globale; | c. les marchandises du trafic touristique au sens de l'art. 16, al. 2, de la loi du 18 mars 2005 sur les douanes, jusqu'à une valeur globale de 50 francs (franchise-valeur) par personne; les biens mentionnés à la let. b ne sont pas comptabilisés dans le calcul de la valeur globale; |
| Art. 2, al. 2 et 3 | 2 Si la valeur globale des biens dépasse 150 francs par personne, la totalité des biens importés est soumise à l'impôt. 3 Si la valeur d'un bien dépasse 150 francs, il est toujours soumis à l'impôt. | 2 Si la valeur globale des biens dépasse 50 francs par personne, la totalité des biens importés est soumise à l'impôt. 3 Si la valeur d'un bien dépasse 50 francs, il est toujours soumis à l'impôt. |

Nous sommes persuadés que l'application d'une franchise-valeur plus stricte sera favorable à la population suisse dans son ensemble, par une économie moins impactée par la concurrence inégale du tourisme d'achat.

Nous vous remercions pour la prise en compte de notre position et vous adressons, Madame la Conseillère fédérale, nos respectueuses salutations.

Avec nos meilleures salutations

Association des Marchés de Genève



Willy Cretegny
Président



ASSOCIATION SUISSE
DES VIGNERONS-ENCAVEURS INDEPENDANTS
SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG
DER SELBSTEINKELLERNDEN WEINBAUERN
ASSOCIAZIONE SVIZZERA
VITICOLTORI-VINIFICATORI

Département fédéral des finances
Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Berne

Par e-mail à :
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Satigny, le 12 mars 2024

Responsable : Willy Cretegny
Secrétariat : Mireille Clavien

Abaissement de la franchise-valeur dans le trafic touristique

Madame la Conseillère fédérale,

Le Département fédéral des finances propose d'abaisser la franchise-valeur dans le trafic touristique de 300 francs actuellement à 150 francs, au 1^{er} janvier 2025. Cette proposition fait suite à différentes interventions parlementaires visant à lutter contre le tourisme d'achat.

Le tourisme d'achat préterrite fortement l'économie suisse. Les prix pratiqués à l'étranger sont la résultante de coûts sensiblement inférieurs au contexte suisse. En plus de cela, la franchise-valeur actuelle de 300 fr. par personne, mais aussi les exonérations de droits de douane sur certains produits comme la viande par exemple, induisent une inégalité fiscale, débouchant sur un traitement inégal par rapport aux consommateurs faisant leurs achats en Suisse.

Franchise-valeur de 150 fr. encore beaucoup trop élevée

Les initiatives cantonales 18.300 et 18.316 demandaient à ce que l'ensemble des importations de marchandises privées soient soumises à la TVA suisse si la TVA étrangère fait l'objet d'un remboursement. En Allemagne, la TVA est remboursée à partir de 50 Euros, en Autriche, à partir de 75 Euros et en France, à partir de 100 Euros. Une franchise-valeur à 150 fr., telle que proposée dans la consultation, est encore trop élevée et n'aurait que des effets minimes.

En prenant l'exemple de l'achat de marchandises pour 500 fr. en France, la TVA étrangère serait remboursée et l'abaissement de la franchise-valeur n'aurait aucun effet puisque pour un véhicule de 4 personnes, la franchise-valeur serait de 4 fois 150 fr. soit 600 fr.

Le dédouanement électronique permet une mise en oeuvre facilitée et efficace

Au vu de la problématique du tourisme d'achat mais aussi compte tenu des procédures de dédouanement facilitées via « Quickzoll », nous demandons un abaissement à 50 fr. Ainsi, il est possible d'éviter les dédouanements pour des montants « bagatelle », tout en instaurant une cohérence avec les remboursements de TVA étrangère.

Nous sommes conscients qu'une franchise-valeur différenciée en fonction du pays d'origine n'est pas envisageable. Nous demandons à s'aligner sur le plus faible seuil d'exonération du pays d'origine, à savoir sur l'Allemagne. Enfin, nous demandons la suppression de la franchise-valeur pour les voyageurs de moins de 16 ans car l'exonération de la TVA étrangère est fonction du montant des achats et non du nombre de personnes concernées lors du dédouanement.



ASSOCIATION SUISSE
DES VIGNERONS-ENCAVEURS INDEPENDANTS
SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG
DER SELBSTEINKELLERNDEN WEINBAUERN
ASSOCIAZIONE SVIZZERA
VITICOLTORI-VINIFICATORI

| Article | Projet en consultation | Position ASVEI |
|--------------------|---|---|
| Art. 1 let. c | c. les marchandises du trafic touristique au sens de l'art. 16, al. 2, de la loi du 18 mars 2005 sur les douanes, jusqu'à une valeur globale de 150 francs (franchise-valeur) par personne; les biens mentionnés à la let. b ne sont pas comptabilisés dans le calcul de la valeur globale; | c. les marchandises du trafic touristique au sens de l'art. 16, al. 2, de la loi du 18 mars 2005 sur les douanes, jusqu'à une valeur globale de 50 francs (franchise-valeur) par personne; les biens mentionnés à la let. b ne sont pas comptabilisés dans le calcul de la valeur globale; |
| Art. 2, al. 2 et 3 | 2 Si la valeur globale des biens dépasse 150 francs par personne, la totalité des biens importés est soumise à l'impôt. 3 Si la valeur d'un bien dépasse 150 francs, il est toujours soumis à l'impôt. | 2 Si la valeur globale des biens dépasse 50 francs par personne, la totalité des biens importés est soumise à l'impôt. 3 Si la valeur d'un bien dépasse 50 francs, il est toujours soumis à l'impôt. |

Nous sommes persuadés que l'application d'une franchise-valeur plus stricte sera favorable à la population suisse dans son ensemble, par une économie moins impactée par la concurrence inégale du tourisme d'achat.

Nous vous remercions pour la prise en compte de notre position et vous adressons, Madame la Conseillère fédérale, nos respectueuses salutations.

Avec nos meilleures salutations

Association Suisse des Vignerons-Encaveurs Indépendants



Willy Cretegny
Président



KMU- UND
GEWERBEVERBAND
KANTON ZÜRICH

Per E-Mail an

zollveranlagung@bazg.admin.ch

Zürich, 12. März 2024

Stellungnahme zur Vernehmlassung «Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag: Generelle Senkung der Wertfreigrenze»

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erlauben uns, eine Stellungnahme zur Vernehmlassung «Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag: Generelle Senkung der Wertfreigrenze» einzureichen. Als KMU- und Gewerbeverband des Kantons Zürich (KGV) vertreten wir 17'000 KMU. In einem Grenzkanton domiziliert, sind viele Zürcher KMU aus dem Detailhandel direkt vom Einkaufstourismus betroffen.

Rund 10 Milliarden Steuersubstrat entgeht dem Bund

Nachdem der Mindestkurs des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro am 15. Januar 2015 aufgehoben wurde und der Euro-Kurs ins Bodenlose fiel, nahm aufgrund des günstigen Wechselkurses und entsprechend niedrigeren Preisen in den Nachbarländern der Einkaufstourismus drastisch zu. Im gleichen Jahr wurden rund 11 Milliarden Franken für Einkäufe in den benachbarten Grenzregionen ausgegeben. Die COVID-19-Pandemie hat diesen Trend abrupt unterbrochen, doch seit der Normalisierung des Alltags zeichnen die Zahlen der Kredit- und Debit-Transaktionen ein klares Bild – der Einkaufstourismus ist nach kurzem Abflachen zurück und gewinnt weiter rasant an Fahrt: So zeigt die Analyse der Kredit- und Debitkarten der SWISS RETAIL FEDERATION einen Anstieg des Einkaufstourismus von rund 9% zwischen 2022 und 2023 – dem Bund entgehen somit jährlich 10 Milliarden CHF MWST-Steuersubstrat, das entspricht knapp 10% des gesamten Schweizer Detailhandelsumsatzes!

Heutiges System setzt falsche Anreize und benachteiligt Schweizer Konsumenten

Das heutige System – der Verzicht auf die Mehrwertsteuer bei der Einfuhr von Einkäufen von Personen, die im benachbarten Ausland für weniger als 300 CHF kaufen (Wertfreigrenze), während sie die bezahlte ausländische Mehrwertsteuer zusätzlich zurückfordern können – setzt nicht nur falsche Anreize, sondern subventioniert faktisch den ausländischen Detailhandel. Für den Schweizer Detailhandel, besonders in den Grenzregionen, ist diese steuerliche Ungleichbehandlung von In- und Auslandkonsum sehr störend.

Italien setzt per 1. Februar 2024 neuen Anreiz für Kauf über Grenze

Die KGV anerkennt, dass der gegenseitige Einkaufsnachbarschaft in den eng vernetzten Grenzregionen historisch gewachsen ist und in irgendeiner Form immer bestehen bleiben wird. Aus dieser Gegenseitigkeit ist jedoch ein einseitiger Einkaufstourismus geworden, der durch das eben genannte Fehlen gleich langer



KMU- UND
GEWERBEVERBAND
KANTON ZÜRICH

Spiesse zwischen den Marktteilnehmern gekennzeichnet ist. Wohl wissend, dass die Schweizer Kunden keine Vollkostenrechnung des Einkaufs in den Nachbarregionen vornehmen, wie z.B. Transportkosten einschliesslich ihrer Umweltauswirkungen, Opportunitätskosten, Inflation und der Euro-CHF-Wechselkurs, locken die Nachbarländer aktiv Schweizer Kunden an – das jüngste Beispiel ist Italien, das seine Bagatellgrenze per 1. Februar 2024 von rund 150 auf 70 Euro reduziert hat und so die Rückerstattung der ausländischen Mehrwertsteuer noch zugänglicher und einfacher macht.

Pragmatische Lösung und technologische Möglichkeit packen

In den letzten Jahren wurden viele Lösungen, unter anderem in Form der kantonalen Initiativen St. Gallen (18.300) und Thurgau (18.316), präsentiert, um den Einkaufstourismus aktiv zu begrenzen, indem die Wertfreigrenze an die entsprechende Bagatellgrenze der Nachbarländer angepasst bzw. gleich ganz aufgehoben werden soll. Die Vorstösse wurden unter dem Vorwand zurückgestellt, dass die Grenzkontrollen überrannt und der administrative Aufwand unverhältnismässig zunehmen würden. Heute stehen wir jedoch vor neuen technologischen Möglichkeiten, unter anderem der Weiterentwicklung der Quickzoll-Applikation, welche die digitale Selbstdeklaration von Waren vor dem Grenzübertritt schnell und einfach ermöglicht.

Lösung muss wirkungsvoll sein – deshalb Reduktion auf CHF 50

Wenn wir auch die Senkung begrüssen, müssen wir festhalten, dass der Senkungsschritt von 300 auf 150 Franken keine oder eine sehr kleine Wirkung zeigen wird und somit die bestehenden Probleme keineswegs gelöst werden. Die KGV Zürich schlägt daher vor, die Vernehmlassungsvorlage wie folgt zu ändern: *Die Wertfreigrenze in Art. 1 und Art. 2 der Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag soll auf 50 Franken statt 150 Franken gesenkt werden.*

Art. 1 Bst.c

Von der Einfuhrsteuer sind befreit:

*c. Waren des Reiseverkehrs nach Artikel 16 Absatz 2 des Zollgesetzes vom 18. März 2005: bis zu einem Gesamtwert von **150 50 Franken** pro Person (Wertfreigrenze); die Gegenstände nach Buchstabe b werden für die Berechnung des Gesamtwertes nicht berücksichtigt;*

Art. 2 Abs. 2 und 3

*2 Übersteigt der Gesamtwert der Gegenstände **150 50 Franken** pro Person, so ist die ganze eingeführte Menge steuerpflichtig.*

*3 Ein Gegenstand im Wert von über **150 50 Franken** ist immer steuerpflichtig.*

Nur eine Senkung auf 50 Franken führt dazu, dass Einkäufe vermehrt in der Schweiz erfolgen – und zwar deutlich stärker als mit einer Wertfreigrenze von 150 Franken pro Person. Dies verdeutlichte eine Studie der Universität St. Gallen (2022)¹, wonach Konsumentinnen und Konsumenten ihre Einkäufe im Ausland bei einer Senkung auf 50 Franken um durchschnittlich 32.6% reduzieren würden.



KMU- UND
GEWERBEVERBAND
KANTON ZÜRICH

Angesichts eines zu erwartenden Substitutionseffekt zu Einkäufen in der Schweiz wäre mit rund 3 Milliarden Mehrumsatz pro Jahr zu rechnen, was wiederum zu erheblichen zusätzlichen Mehrwertsteuer-Einnahmen für den Bund führen würde. Der Effekt einer Reduktion auf 150 CHF würde kaum eine Wirkung entfalten und müsste als reine Symbolpolitik abgetan werden.

Durch die Nutzung sowie die ohnehin geplante Erweiterung von Quickzoll auch für reduzierte Mehrwertsteuer-Sätze wird das Argument des unverhältnismässigen Aufwands für die Zollbehörden durch eine Zunahme geringfügiger Verzollungen im Reiseverkehr entkräftet.

Mit dieser pragmatischen Umsetzung werden die allseits anerkannte und als störend empfundene steuerliche Ungleichbehandlung limitiert, gleich lange Spiesse für alle Marktteilnehmer geschaffen und der Wettbewerb im Kanton Zürich und anderen Grenzregionen fairer ausgestaltet.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich KGV

Werner Scherrer
Präsident

Thomas Hess
Geschäftsleiter

Chavannes-près-Renens, den 13. März 2024

Stellungnahme zur Vernehmlassung «Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze»

Sehr geehrte Damen und Herren

Wenn politische Ziele mit zusätzlichen technisch-bürokratischen Aufwänden für Bürgerinnen und Bürger verfolgt werden, sprechen wir in der Forschung von «Administrative burden»¹ bzw. Bürokratiekosten. Ebenfalls aus der Forschung wissen wir, dass solche Bürokratiekosten bei Bürgerinnen und Bürgern zu negativen Emotionen wie Wut, Angst und Frustration führen, die letztlich das Vertrauen in staatliche Institutionen erodieren lassen.² Zudem sind von Bürokratiekosten sozial schwächere Gruppen oft disproportional stärker betroffen, weil Ihnen z.B. sprachliche oder administrative Kompetenzen fehlen. In den USA wurde mit der «Burden reduction initiative»³ das Problem erkannt und Bürokratiekosten werden konsequent analysiert sowie reduziert. In der Schweiz hingegen baut das Parlament und der Bundesrat die Bürokratiekosten für Bürgerinnen und Bürger weiter aus.

Besonders perfide sind Bürokratiekosten als politisches Mittel immer dann, wenn die politischen Ziele dahinter verschleiert werden. Genau das findet bei der vorliegenden Umsetzung der Motion 19.3975 statt, bei der es offenkundig nicht um verbesserte Steuergerechtigkeit geht, sondern um die Interessen der Detailhändler (insbesondere der Swiss Retail Federation) und ihrer Zulieferer, die sich für jedermann sichtbar für diese Motion lautstark einsetzen und sogar noch eine Absenkung auf 50 Franken fordern. Die Ankündigung des Umsetzungsplanes der Motion durch die Finanzministerin direkt nach den eidgenössischen Wahlen ist dabei politisches Kalkül: die Wählerinnen und Wähler werden bis zur nächsten Wahl schon vergessen und der Titel der Motion ist maximal technokratisch, um niemanden darauf aufmerksam zu machen, dass es im Kern um Protektionismus für den Detailhandel durch zusätzliche Zollformalitäten für Bürgerinnen und Bürger geht. Dabei hat dieser in der Schweiz bekanntmassen sowieso schon astronomische Margen.

Ich erlaube mir, Ihnen nachfolgend die negativen Konsequenzen des vorliegenden Umsetzungsvorschlages für Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft, sowie die internationalen Beziehungen aufzuzeigen.

¹ <https://doi.org/10.7758/9781610448789>

² <https://doi.org/10.1111/puar.13116>

³ <https://www.whitehouse.gov/omb/information-regulatory-affairs/burden-reduction-initiative/>

Faculté de droit, des sciences criminelles et d'administration publique

Institut de hautes études en administration publique

Negative Effekte auf Bürgerinnen und Bürger

- In den Nachbarländern gelten Bagatellgrenzen für die Rückerstattung der Mwst. zwischen 50 (Deutschland) und 175 Euro (Frankreich) *pro Einkauf in einem Geschäft*. Bei der Einfuhr von mehreren Einkäufen unterhalb der Bagatellgrenzen in die Schweiz mit Gesamtwert über CHF 150 wird es neu zu deutlich mehr Doppelbesteuerung kommen. Es ist gut möglich, dass der vorliegende Umsetzungsvorschlag daher sogar zu weniger statt zu mehr Steuergerechtigkeit führt. Zahlen dazu können Bundesrat und BAZG nicht vorlegen.
- Die in der Motion gepriesene App QuickZoll ist bis heute nicht in der Lage, die unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze zu berücksichtigen. Alles wird mit dem Höchstsatz verrechnet. «Steuergerechtigkeit» sieht anders aus. Wenn dies irgendwann geändert wird, sollen Bürgerinnen und Bürger selbst wissen, welchem MwSt.-Satz bestimmte Produktgruppen unterliegen. Dies ist unrealistisch, denn es erfordert tiefgründiges Wissen über das Mehrwertsteuergesetz und wird dazu führen, dass unabsichtlich falsch deklariert wird, was zu Bussen und Verdruss führen wird. Zudem erfordert QuickZoll ein Smartphone sowie einen funktionierenden Internetzugang vor der Einreise in die Schweiz, was viele nicht haben in Anbetracht exorbitanter Roaming-Gebühren und teils schlechter Netzbdeckung im Ausland. Dementsprechend hat QuickZoll eine geringe Akzeptanz in der Bevölkerung und sehr schlechte Bewertungen in den App-Stores.
- Möchte man Waren zum korrekten MwSt.-Satz anmelden und nicht doppelt besteuert werden, müssen sich neu viel mehr Personen in lange Schlangen am Zoll einreihen – und dies gleich zweimal in beiden betroffenen Staaten. Im Jahr 2024 in Europa ist dies nicht mehr akzeptabel. Der volkswirtschaftliche Schaden des Zeitverlustes wird ebenfalls beträchtlich sein.
- Der Einkaufstourismus bietet insbesondere sozial schwächeren Schichten einen teilweisen Ausweg aus der Hochpreisinsel Schweiz. Mit dem vorliegenden Vorschlag wird dieser Weg erschwert und der zunehmende Protektionismus wird zu noch höheren Preisen führen. Die Krise der Lebenshaltungskosten verschärft sich weiter.
- Eine tiefere Freigrenze setzt für Bürgerinnen und Bürgern einen Anreiz für mehr Fahrten über die Grenze, was Umwelt und Straßen zusätzlich belasten wird.
- Mit der Inflation ist die Freigrenze von CHF 300 real sowieso über die Zeit schon gesunken.

Negative Effekte auf die Wirtschaft

- Die Verzollung am Schalter sowie Schmuggel werden absehbar massiv zunehmen. Beides wird zu stärkerem Ressourcenbedarf für Verzollung und Kontrollen führen, ohne dass dem in ähnlichem Masse Mehreinnahmen gegenüberstehen dürften. Auch hier kann das BAZG laut erläuterndem Bericht keine Zahlen vorlegen, was einen finanziellen Blindflug bedeutet. Die Kosten für den zusätzlichen Protektionismus werden von der Allgemeinheit zu tragen sein – Profiteure sind nur die Detailhändler und Zulieferer.
- Öffentliche Verkehrsmittel im grenzüberschreitenden Verkehr können künftig von viel mehr Personen nicht mehr reibungslos genutzt werden. Es muss an der Grenze ausgestiegen werden und der Zug oder Bus fährt weiter, während man Zollgeschäfte erledigen muss. Dies gilt auch für mehrfach die Grenze überschreitende Strecken wie z.B. in der Region Schaffhausen.
- Die Flughäfen Genf und Zürich werden an Attraktivität für Reisende mit Wohnsitz in den Nachbarländern verlieren, da die Wertfreigrenze für mitgebrachte Waren an

Flughäfen der Nachbarländer bei hohen EUR 430 liegt – ganz ohne komplizierte Transitanmeldung, wie sie in der Schweiz nötig wäre.

- Der Tourismus wird unter der neuen Regelung leiden, weil viele Touristen von der geringen Freigrenze abgeschreckt bzw. verunsichert und überrascht werden. Alle anderen Länder der EU haben höhere Freigrenzen. Kommt bspw. eine Gruppe Touristen aus Asien mit Souvenirs mit Wert über CHF 150 aus Frankreich in die Schweiz, ergeben sich am Zoll Diskussionen.

Negative Effekte auf die internationalen Beziehungen

- Der Rückstau von Verkehr an Grenzübergängen wird deutlich wachsen und die Beziehungen zu unseren Nachbarländern und -regionen belasten.
- Die Schweiz profitiert stark von Grenzgängerinnen und Grenzgängern sowie von den offenen Grenzen. Gleichzeitig pickt sie sich abermals die Rosinen heraus und baut Protektionismus für den eigenen Detailhandel auf. Das Zusammenleben insbesondere in den Grenzregionen lebt von offenen und kaum wahrnehmbaren Grenzen. Dies wird zunehmend in Frage gestellt.
- Mit Vergeltungsmassnahmen der Nachbarstaaten ist zu rechnen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der vorliegende Umsetzungsvorschlag in keiner Weise geeignet ist, mehr Steuergerechtigkeit im Grenzverkehr zu schaffen. Erhebliche und unverhältnismässige negative Nebenwirkungen sind hingegen zu erwarten. Wenn Parlament und Bundesrat das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger nicht verlieren möchten, bietet es sich zudem an, generell keine politischen Ziele über Hintertüren mit Bürokratiekosten zu verfolgen.

Für die Berücksichtigung meiner Stellungnahme zu dieser Vernehmlassung bedanke ich mich herzlich.

Freundliche Grüsse



Prof. Dr. Oliver Neumann

Université de Lausanne
Institut de hautes études en administration publique (IDHEAP)
Rue de la Mouline 28
CH-1022 Chavannes-près-Renens
oliver.neumann@unil.ch



CH-3003 Bern, EKK

E-Mail

zollveranlagung@bazg.admin.ch

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen: voj

Sachbearbeiter/in: teb

Bern, 14. März 2024

Stellungnahme zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Eidg. Kommission für Konsumentenfragen EKK dankt Ihnen für die Möglichkeit, sich zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze äussern zu können.

Die EKK anerkennt das Anliegen der Änderung, mehr Schutz für die KMU zu schaffen. Der Einkaufstourismus erhöht den Druck auf Unternehmen, die nicht weit von der Grenze entfernt sind. Die Senkung der Wertfreigrenze von 300 auf 150 Franken zielt darauf ab, dass Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz dank erhöhtem administrativem Aufwand und einer kleinen Wertfreigrenze, einen lokalen Kaufentscheid bevorzugen, was grundsätzlich zu begrüssen wäre.

Dennoch lehnt die EKK die vorliegende Verordnungsänderung aus folgenden Gründen ab:

Die vorgeschlagene Senkung der Wertfreigrenze von 300 auf 150 Franken im Rahmen des Reiseverkehrs wirft einige Fragen auf, die eine genauere Prüfung erfordern. Die Senkung der Wertfreigrenze ist keine verhältnismässige Lösung für die multifaktoriellen Probleme, die sich für die Geschäfte in den grenznahen Kantonen durch Einkäufe im Ausland ergeben.

Erstens steht die Schweiz bereits als Hochpreisinsel im Ruf, und eine weitere Beschränkung beim grenzüberschreitenden Einkauf könnte die finanzielle Belastung für die Konsumentinnen und Konsumenten weiter erhöhen. In Anbetracht der preislichen Unterschiede zu den benachbarten Ländern wäre es sinnvoller, Wege zu finden, um die Kosten im Inland zu senken, anstatt die Konsumentinnen und Konsumenten mit zusätzlichen Ausgaben zu belasten.

Zweitens ist anzumerken, dass eine niedrigere Wertfreigrenze zu einem Anstieg der bürokratischen Hürden führen würde. Die vermehrten Verzollungen am Schalter sowie die verstärkten Kontrollen durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit würden zu längeren Wartezeiten an den Grenzübergängen und einem erhöhten administrativen Aufwand für die Behörden sowie die Bürgerinnen und Bürger führen. Es ist fraglich, ob die potenziellen Einnahmen aus den zusätzlichen Verzollungen den Mehraufwand rechtfertigen würden. Immerhin könnten digitale Instrumente genutzt werden, um die Kosten und den Verwaltungsmehraufwand einer solchen Massnahme zu senken.

Drittens besteht die Gefahr, dass diejenigen, welche die Steuern tatsächlich zahlen würden, nicht diejenigen sind, die die Hauptnutzniesser des Einkaufstourismus sind. Gerade in grenznahen Regionen fällt z.B. der Lebensmittelinkauf zum grossen Teil unter der geplanten tieferen Wertfreigrenze von CHF 150 aus und würde so nicht tangiert. Wird als Paar oder mehrköpfige Familie eingekauft, erhöht sich der Gesamtwert der entsprechend.

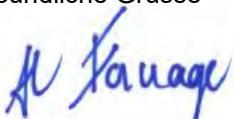
Viertens ist der Wechselkurs des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro als wichtiger Faktor zu berücksichtigen. Die Attraktivität eines Einkaufs im Ausland hängt zu einem grossen Teil vom Franken-Euro Wechselkurs ab. Eine Senkung der Wertfreigrenze dürfte im Vergleich dazu wenig Wirkung zeigen - trotz hohem administrativem Aufwand.

Die Mehrheit der EKK lehnt deshalb die Änderung ab.

Eine Minderheit der Kommission unterstützt die vorgeschlagene Massnahme einer Senkung der Wertfreigrenze, weil damit zumindest für einen Teil der Einkäufe die Mehrwertsteuergerechtigkeit gelten würde. Sie ist der Meinung, dass gegenwärtig ein grosser Teil der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten, die im Ausland einkaufen, von einem gänzlich mehrwertsteuerbefreiten Konsum profitiert und dass dadurch die Schweizer Läden in den Grenzregionen unter einem Wettbewerbsnachteil leiden, weswegen dem Bund jährliche Steuereinnahmen von rund 500 Mio. CHF fehlten: die Minderheit denkt, dass dank der QuickZoll-App die MWST bei Einkäufen über 150 CHF, bei denen die ausländische MWST zurückerstattet wurde, bei der Einreise in die Schweiz schnell und unbürokratisch erhoben werden könnte.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Fragen stehen wir gerne zu Ihrer Verfügung.

Freundliche Grüsse



Prof. Anne-Christine Fornage
Präsidentin



Prof. Melinda Lohmann
Vize-Präsidentin

Département fédéral des finances

Lausanne, le 14 mars 2024

Concerne : Modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités, d'une valeur minime ou pour lesquels le montant de l'impôt est insignifiant

Madame la Conseillère Fédérale Karin Keller-Sutter, Mesdames, Messieurs

La Fédération romande des consommateurs vous remercie de lui donner l'opportunité de s'exprimer sur la consultation relative à Modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités, d'une valeur minime ou pour lesquels le montant de l'impôt est insignifiant.

Alors que l'inflation grève le budget des ménages depuis bientôt deux ans et que la Suisse demeure un îlot de cherté, le Conseil fédéral envisage de réduire de moitié la franchise-valeur, exonérant les importations des particuliers de la TVA, dans le but de limiter les achats effectués à l'étranger. Cette mesure bureaucratique et chicanière cible les symptômes plutôt que de s'attaquer au véritable problème.

La FRC s'oppose donc à une telle diminution de la franchise-valeur et demande au Conseil fédéral d'user de sa marge de manœuvre et de reconsiderer le montant de son projet.

Si les achats de proximité restent cruciaux pour maintenir un tissu économique local robuste et que les consommateurs jouent un rôle central dans la pérennisation de cet écosystème, il est sensé de ne pas s'égarer dans des combats superficiels. Notons que le tourisme d'achat ne représentait que 2% des achats de denrées alimentaires en 2019, et dans d'autres secteurs tels que les médicaments, les revues, les cosmétiques ou l'électroménager, les écarts de prix demeurent étonnamment élevés. Ainsi, une approche équilibrée, axée sur la transparence des marges et la publication de données pour permettre une saine concurrence, semble plus pertinente que de pénaliser les consommateurs pour des comportements qui ne constituent qu'une infime partie du problème.

La FRC rejouit ainsi la position du Conseil fédéral dans sa réponse à la motion 19.3975 *Améliorer l'égalité fiscale en ce qui concerne le flux de marchandises du petit trafic frontalier* selon laquelle une réduction du seuil d'exemption de valeur entraînerait une charge de travail disproportionnée pour le

personnel des douanes ainsi que pour les citoyens. Cela toucherait non seulement les consommateurs qui font des achats à l'étranger de manière ciblée, mais également tous les voyageurs revenant en Suisse depuis l'étranger.

Car La fréquence des achats à l'étranger ne découle pas principalement des avantages fiscaux liés au seuil d'exemption de valeur, mais plutôt des différences de prix parfois significatives pour des produits identiques ou encore d'une volonté de profiter d'une offre un peu différente dans un autre pays.

Par ailleurs, concernant les ménages qui s'approvisionnent régulièrement de l'autre côté de la frontière pour des raisons financières, une telle réduction de franchise valeur pourrait entraîner une augmentation du trafic et des embouteillages aux frontières. Cela inciterait non seulement à répartir les achats sur plusieurs trajets en voiture, mais aussi à déclarer désormais les achats qui étaient auparavant exonérés de droits de douane.

Bien que le Conseil fédéral soit opposé à une diminution du seuil d'exemption de valeur, il est néanmoins tenu de mettre en œuvre la motion 19.3975. Cependant, la motion ne précise pas de montant spécifique pour le seuil d'exemption de valeur, laissant ainsi au Conseil fédéral une certaine marge de manœuvre dans sa mise en œuvre. C'est pourquoi, l'abaissement de la franchise-valeur à 150 francs est pour notre association largement exagéré considérant qu'un abaissement situé entre 250 francs et les 300 francs actuels serait possible et correspondrait à la norme internationale : les pays de l'UE fixent un seuil d'exemption de valeur de 300 euros pour les importations en provenance de pays tiers, voire même de 430 euros pour les entrées par avion ou par bateau.

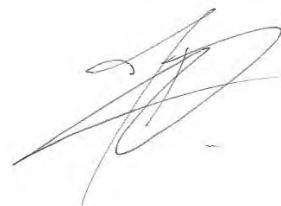
Il est évident qu'une approche chicanière et bureaucratique ne résoudra pas les véritables problèmes liés à l'îlot de cherté suisse. En revanche, réguler le marché en faveur d'une meilleure concurrence et agir sur les marges des intermédiaires semblent des pistes plus prometteuses pour instaurer des changements durables.

Nous vous remercions d'avance de l'attention que vous porterez à nos préoccupations et restons à votre disposition pour tout complément d'information.

Fédération romande des consommateurs

Sophie Michaud Gigon

Jean Busché

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Jean Busché".

Frau
Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per E-Mail an: zollveranlagung@bazg.admin.ch

Zürich
14.03.2024

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen: Generelle Senkung der Wertfreigrenze: Stellungnahme IG Detailhandel

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz (IG Detailhandel) bedankt sich für die Gelegenheit, Stellung nehmen zu können, zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen. Die IG Detailhandel bringt die gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der Schweizer Unternehmen Coop, Denner und Migros in den Meinungsbildungsprozess ein.

Die wichtigsten Punkte

Für die IG Detailhandel geht der vorliegende Entwurf zu wenig weit. Wir fordern eine Senkung der MWST-Wertfreigrenze auf 50 Schweizer Franken.

- Die steuerliche Ungleichbehandlung von Konsum in der Schweiz gegenüber dem Konsum im Ausland ist gänzlich zu unterbinden – dies geschieht mit einer Senkung auf 150 Franken nicht.
- Fairer Wettbewerb und gleich lange Spiesse werden erst bei einer Wertfreigrenze von 50 CHF garantiert – diese beseitigt den Wettbewerbsvorteil für ausländische Mitbewerber durch MWST-befreiten Konsum.
- Eine Wertfreigrenze von 50 Franken führt zu zusätzlichen Bundeseinnahmen. Dies ist gerade in der momentan angespannten Situation zu begrüßen.
- Durch Digitalisierung (Quickzoll) hält sich der Mehraufwand in engen Grenzen.
- Eine Grenze von 150 CHF führt zu zusätzlichen Fahrten und somit zu Mehrverkehr und zusätzlichen CO₂-Emissionen.



Einleitende Bemerkungen

Die Auswirkungen des Einkaufstourismus auf den Handel und das Gewerbe, insbesondere in den Grenzregionen, sind immens. Durch den Einkaufstourismus in die Nachbarländer der Schweiz fließen jährlich gegen 9 Milliarden Schweizer Franken ins Ausland ab. Die Folgen sind Schliessungen, Verlust an Angebotsvielfalt, leerstehende Erdgeschosse und unattraktive Zentren sowie der Verlust an Arbeitsplätzen und Steuersubstrat. Dabei ist die steuerliche Ungleichbehandlung von In- und Auslandskonsum stossend: Konsument:innen, die aus dem Ausland Waren innerhalb der Wertfreigrenze einführen, werden gegenüber jenen, die im Inland einkaufen, steuerlich bevorteilt. Sie können sich die ausländische Mehrwertsteuer zurückstatten lassen, müssen jedoch keine Schweizer Mehrwertsteuer bezahlen. Diese Regelung diskriminiert nicht nur die Schweizer Detailhandelsunternehmen gegenüber der Konkurrenz im nahen Ausland, sondern auch die Konsument:innen, die in der Schweiz einkaufen und damit MWST bezahlen. Mit einer Senkung der Wertfreigrenze kann diese für die Schweizer Wirtschaft äusserst schädliche Praxis deutlich entschärft und die Benachteiligung des inländischen Konsums beziehungsweise die Bevorteilung des Auslandeinkaufs zu einem guten Teil beseitigt werden.

Dies ist insofern von grosser Bedeutung für den Detailhandel in den Grenzregionen, dass die angrenzenden Länder aktiv um Schweizer Konsument:innen werben: So hat Italien per 1. Februar 2024 die Bagatellgrenze auf 70 Euro herabgesetzt – explizit mit dem Ziel, Schweizer Konsument:innen Einkäufe ennet der Grenze schmackhaft zu machen.

Parlamentarischer Auftrag

Das Parlament hat diese Problematik anerkannt und die Motion [19.3975 «Verbesserung der Steuergerechtigkeit im Warenfluss des kleinen Grenzverkehrs»](#) an den Bundesrat überwiesen. Zudem wurden zwei Standesinitiativen der Kantone Thurgau und St. Gallen ([18.316](#), bzw. [18.300](#)) Folge gegeben. Die beiden Standesinitiativen fordern, dass bei sämtlichen Einfuhren im privaten Warenverkehr die Schweizer Mehrwertsteuer zu entrichten ist, sofern die ausländische Mehrwertsteuer zurückgefördert wird. Der Ständerat hat im September 2023 einer Fristverlängerung für die Umsetzung der Initiativen bis zur Herbstsession zugestimmt, um die Umsetzung der Motion [19.3975](#) des Bundesrats abzuwarten.

Die vorliegende Verordnungsänderung erfüllt jedoch die Forderung der Standesinitiativen nicht, indem mehrwertsteuerbefreiter Konsum auch mit einer Senkung der MWST-Wertfreigrenze auf 150 Franken immer noch möglich sein wird. Dies ist der Fall, da man beispielsweise in Deutschland ab einem Einkauf von 50 Euro die deutsche MWST zurückstatten lassen kann (Bagatellgrenze), bei der Einfuhr der Ware in die Schweiz jedoch erst ab 150 Franken MWST bezahlen müsste.

Der Bundesrat hat mit einer Senkung auf 50 Franken die Chance, die Standesinitiativen auch gleich umzusetzen. Andernfalls muss das Parlament die Umsetzung selber angehen, was einer nochmaligen Verordnungsänderung innert kurzer Zeit gleichkommen würde.



Senkung auf 50 Franken sorgt für fairen Wettbewerb

Der IG Detailhandel geht die vorgeschlagene Senkung der MWST-Wertfreigrenze auf 150 Schweizer Franken nicht weit genug. Wir fordern eine Senkung der Grenze auf 50 Franken, was ungefähr der deutschen Bagatellgrenze entsprechen würde. Diese Forderung möchten wir wie folgt begründen:

Wertfreigrenze von 150 Franken ermöglicht immer noch hohen MWST-befreiten Konsum: Eine Wertfreigrenze von 150 Franken erlaubt es beispielsweise einer vierköpfigen Familie immer noch, für 600 Franken MWST-befreit im Ausland einzukaufen. Dies führt nicht zu einer wesentlichen Verbesserung der Steuergerechtigkeit, wie es das Parlament fordert. Die MWST-Wertfreigrenze von 150 Franken würde Händlern im angrenzenden Ausland weiterhin einen Wettbewerbsvorteil gegenüber inländischen Unternehmen verschaffen und Gross-einkäufe im Ausland steuerlich bevorzugen.

Senkung auf 150 Franken löst das Problem nicht und könnte zu Mehrverkehr und zusätzlichen Treibhausgasemissionen führen: Eine Senkung der Wertfreigrenze auf 150 Franken erlaubt immer noch einen steuerbefreiten Einkauf. Der mögliche steuerbefreite Einkaufsbeitrag wäre lediglich tiefer als heute. Dies könnte Schweizer Konsument:innen dazu verleiten, Einkäufe im Ausland einfach öfter als heute zu tätigen, um die Bezahlung der MWST zu umgehen. Die meisten Einkäufe erfolgen dabei mit dem Auto. Gemäss einer Untersuchung der Hochschule St. Gallen¹ fahren 84% der Schweizer Konsument:innen mit dem Auto ins Ausland zum Einkaufen und legen dabei durchschnittlich 59 Kilometer pro Weg zurück. Eine Zunahme der Einkaufsfahrten würde demnach zu einer weiteren Belastung der Schweizer Strassen führen und den Bemühungen in Sachen Klimaschutz zuwiderlaufen.

Schweizer Detailhandel macht seine Hausaufgaben – Wechselkurs nicht beeinflussbar: Der Schweizer Detailhandel arbeitet hart an seiner preislichen Konkurrenzfähigkeit. So stiegen die Preise für Lebensmittel in der Schweiz im Zeitraum von 2015 bis 2023 um lediglich 7.3%. In den umliegenden Ländern stiegen die nominalen Preise um ein Vielfaches (DE: 43.7%, FR: 31.4%, IT: 28.0%, AUT: 33.9%)². Gleichzeitig erfuhr der Schweizer Franken im gleichen Zeitraum aber eine Aufwertung von knapp 30%, was die positive Preisentwicklung quasi wieder aufhob. Die Wechselkurs-Situation ist für den Schweizer Detailhandel nicht beeinflussbar – ein zusätzlicher Wettbewerbsnachteil in Form von steuerbefreitem Einkauf ist in dieser Lage zu vermeiden.

Nachhaltigkeit: Der Schweizer Detailhandel ist führend im Bereich Nachhaltigkeit – beispielsweise in Sachen Tierwohl. Dafür sind die Schweizer Konsument:innen auch bereit, einen Aufpreis zu bezahlen. Gerade Fleisch ist jedoch ein beliebtes Produkt von Einkaufstourist:innen – oft mit tieferem Tierwohlstandard. Es ist aus Nachhaltigkeitsüberlegungen unverständlich, dass der bereits bestehende Preisunterschied noch durch eine steuerliche Ungleichbehandlung von In- und Auslandkonsum künstlich zu Ungunsten des Inlandkonsums vergrößert wird.

¹ Rudolph, Thomas; Schraml, Christopher Marc; Otto, Christine & Kralle, Nora Charlotte : *Einkaufstourismus Schweiz 2022/2023*. St. Gallen: Forschungszentrum für Handelsmanagement, 2022).

² Quelle: Eurostat.



Erhöhung Bundeseinnahmen – Umsetzung Quickzoll

Es ist gerade im Hinblick auf die belastende Situation der Bundesfinanzen unverständlich, warum der Bundesrat quasi freiwillig auf zusätzliche Einnahmen verzichten und die Wertfrei-grenze nur auf 150 Franken senken will. Durch technische Möglichkeiten – insbesondere der Applikation *Quickzoll* – ist die Umsetzung zudem effizient durchführbar und der Aufwand für die Zollbehörden verhältnismässig.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und für die Berücksichtigung unserer Anmerkun-gen und Anliegen.

Freundliche Grüsse

Maja Freiermuth
Leiterin Geschäfts- und Medienstelle
IG Detailhandel Schweiz



STV FST
Finkenhubelweg 11
3012 Bern

T +41 31 307 47 47
info@stv-fst.ch
stv-fst.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Mail an: zollveranlagung@bazg.admin.ch

14. März 2024

Stellungnahme des Schweizer Tourismus-Verbandes

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur «Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag» Stellung nehmen zu können. Der Schweizer Tourismus-Verband STV ist die nationale tourismuspolitische Dachorganisation mit über 500 Mitgliedern, darunter rund 40 schweizerischen Branchen- und Fachverbänden des Tourismus mit insgesamt rund 30'000 touristischen Leistungserbringern. Als Vertreter des viertgrössten Exportbereichs der Schweizer Wirtschaft setzen wir uns für bessere politische Rahmenbedingungen für die Schweizer Tourismuswirtschaft ein.

Die Wertfreigrenze belastet neben dem Detailhandel auch das Schweizer Gastgewerbe, da Einkäufe in Nachbarsländern oftmals mit Restaurantbesuchen einhergehen. Es fliessen jährlich schätzungsweise vier Milliarden Schweizer Franken durch Gastronomietourismus ins grenznahe Ausland ab. Zudem führt die Wertfreigrenze zu einer Ungleichbehandlung aller Kund:innen, die in der Schweiz einkaufen und die Mehrwertsteuer dementsprechend entrichten. **Der Schweizer Tourismus-Verband begrüßt daher die Senkung der Wertfreigrenze im Reiseverkehr von 300 auf 150 Franken.** Mit der Senkung der Wertfreigrenze dürfte der bestehende Steuernachteil zumindes teilweise verringert werden.

Mit der anstehenden Weiterentwicklung und Etablierung der QuickZoll-App, sieht der STV zudem eine Chance, der Steuerungerechtigkeit im Reiseverkehr noch effektiver entgegenzuwirken. Die App wird bürokratische Hürden bis 2030 weitgehend senken, indem Kund:innen relativ selbstständig und eigenverantwortlich ihre Waren korrekt deklarieren können. Der STV begrüßt die Weiterentwicklung der elektronischen Zollseltdekleration (QuickApp), da die Herabsetzung der Wertfreigrenze voraussichtlich mit mehr Verzollungen von Einkäufen im Ausland einhergehen wird. Eine

möglichst unbürokratische sowie einfach Abwicklung ist für den STV ein wichtiges Anliegen. Es müssen zwingend die nötigen Begleitmassnahmen getroffen werden, damit es durch die neue Regelung bei der Wertfreigrenze nicht zu einer Zunahme von Stau an den Grenzübergängen kommt, was insbesondere auch den touristischen Verkehr beeinträchtigen würde.

Angesichts der Weiterentwicklung der QuickZoll-App, würde der STV langfristig eine weitere, schrittweise Senkung der Wertfreigrenze von 150 auf 100 Franken begrüßen. Eine Limite von 100 Franken ist anwenderfreundlicher; sie lässt sich einfacher einprägen und Einkaufstourist:innen können sofort feststellen, ob die Schweizer Mehrwertsteuer zu bezahlen ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unseres Anliegens.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen zur Verfügung:



Philipp Niederberger
Direktor



Samuel Huber
Leiter Politik

SWISS TEXTILES
Textilverband Schweiz
Fédération textile suisse
Swiss textile federation
Beethovenstrasse 20
Postfach, 8022 Zürich
T +41 44 289 79 79
info@swisstextiles.ch
www.swisstextiles.ch

**SWISS
TEXTILES**
**INNOVATIVE
TEXTILES**
**UNIQUE
TEXTILES**
**SUSTAINABLE
TEXTILES**
**CREATIVE
TEXTILES**

Per E-Mail an zoloveranlagung@bazg.admin.ch

Zürich, 12. März 2024

VERNEHMLASSUNG SENKUNG DER WERTFREIGRENZE IM REISEVERKEHR

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Vernehmlassung «Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag: Generelle Senkung der Wertfreigrenze». Gerne nimmt Swiss Textiles zu diesem Thema Stellung.

Swiss Textiles ist der Verband der schweizerischen Textil- und Bekleidungsbranche. Wir vertreten die Interessen von rund 250 Firmen. Diese operieren entlang der textilen Wertschöpfungskette in Nischenmärkten und bilden gemeinsam ein globales Kompetenzzentrum für textile Lösungen. Textil ist das Material der Zukunft. Es wird lang nicht nur im Bekleidungs- oder Heimtextilbereich eingesetzt, sondern kommt zunehmend in der Medizin, der Architektur oder der Transportindustrie zum Einsatz.

ATTRAKIVITÄT FÜR EINKAUFSTOURISMUS WÄCHST

Das Ende des Mindestkurses gegenüber dem Euro ist der Einkaufstourismus im benachbarten Ausland ein immer wichtigeres Thema, vor allem im Detailhandel. Bekleidung und Textilien sind davon klar betroffen. Gerade in den vergangenen Monaten hat sich der Wechselkurs noch einmal klar verschlechtert, was wiederum die Attraktivität des Einkaufstourismus gestärkt hat. Die Schweizer Textil- und Bekleidungsbranche steht aufgrund der Frankenstärke, aber auch der hohen Energiekosten sowie der geringen Nachfrage im In- und Ausland unter Druck. Gerade aus diesem Grund ist auch der nationale Markt ein wichtigerer Faktor. Dieser wird jedoch auch durch politische Entscheide im Ausland unter Druck gesetzt. So hat Italien Anfang Jahr beschlossen, die Bagatellgrenze bewusst zu senken, um noch mehr Einkaufstouristen anzuziehen. Durch den grossen Unterschied zwischen der momentanen Wertfreigrenze und der Bagatellgrenze der einzelnen Länder (z.B. Deutschland 50 Euro), haben Schweizer Verkäufer einen Wettbewerbsnachteil.

SWISS TEXTILES BEFÜRWORTET SENKUNG DER WERTFREIGRENZE

Solch politisch motivierten Vorstossen aus dem grenznahen Ausland zur Senkung der Bagatellgrenze sind Paroli zu bieten. Aus diesem Grund befürwortet Swiss Textiles den Vorschlag die Wertfreigrenze im Reiseverkehr auf 150 Franken zu senken klar. Die momentane Situation führt dazu, dass die Schweizer Detailhändler benachteiligt werden. Gleichzeitig wird der Detailhandel im Ausland subventioniert, da bei Beträgen bis zu CHF 300 pro Person im Ausland die MwSt. abgezogen werden kann, in der Schweiz jedoch nicht entrichtet werden muss. Eine Senkung der Wertgrenze würde so die Ungleichheit zwischen den Unternehmen verringern.

GLEICHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR ALLE

Weitere Senkungen wie von anderen Akteuren vorgeschlagen, steht Swiss Textiles offen gegenüber. Mit der Quickzollapp sollte es kein Problem mehr sein, auch kleinere Beträge mit wenig administrativem Aufwand zu verzollen. Was uns jedoch wichtiger erscheint, ist die Problematik der Hochpreisinsel Schweiz gesamtheitlich anzugehen. Der Idealfall wäre eine einheitliche Regel, welche unter Miteinbezug der Nachbarländer erarbeitet würde, sodass für alle Unternehmen auf beiden Seiten der Grenzen die gleichen Bedingungen herrschen.

Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Björn Von der Crone
Wirtschaftspolitik, Marktzugang
Bjoern.vondercrone@swisstextiles.ch



Peter Flückiger
Vorsitzender der Geschäftsleitung



Associazione
consumatrici e
consumatori della
Svizzera italiana

strada di Pregassona 33
6963 Pregassona

Telefono
091 922 97 55

IBAN
CH41 0900 0000 6900 4470 1
www.acsi.ch
acsi@acsi.ch

Dipartimento federale delle finanze
Bundesgasse 3
3003 Berna

Invio per e-mail:
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Consulenze:
Infoconsumi
Casse malati
Pazienti
Contabilità domestica

Lugano, 15 marzo 2024

Modifica dell'ordinanza del DFF concernente l'importazione esente dall'imposta di beni in piccole quantità, di valore minimo o il cui ammontare d'imposta è irrilevante: riduzione generale del limite di franchigia secondo il valore

Gentile Consigliera federale Keller-Sutter,
Gentili Signore e Signori,



La Borsa
della Spesa
Telefono
091 922 97 55
bds@acsi.ch

l'Associazione consumatrici e consumatori della Svizzera italiana – ACSI – vi ringrazia per la considerazione e per l'opportunità di partecipare alla consultazione sulla modifica dell'ordinanza del DFF che disciplina l'esenzione fiscale sulle importazioni di beni in piccole quantità, di valore minimo o per i quali l'importo dell'imposta è insignificante.

Nella sua risposta alla mozione 19.3975, il Consiglio federale respinge una riduzione del limite di esenzione del valore. L'ACSI condivide questa posizione, in particolare per le seguenti ragioni:

- La riduzione del limite di esenzione fiscale comporterebbe un onere aggiuntivo sproporzionato per il personale doganale e per i cittadini. Ciò non riguarderebbe solo i consumatori che effettuano acquisti mirati all'estero, ma anche tutti i viaggiatori che rientrano in Svizzera dall'estero.

- Il motivo per cui gli acquisti all'estero sono relativamente frequenti non sono i vantaggi fiscali dovuti al limite di esenzione fiscale, ma le differenze di prezzo, a volte enormi, per prodotti identici. Una riduzione della soglia di esenzione fiscale è una misura inefficace e fuorviante.

- Gli acquisti all'estero hanno un effetto regolatorio sui prezzi dell'offerta interna.

- Le opportunità di acquisto vantaggiose sono essenziali per le persone a basso reddito, soprattutto perché stanno già lottando con l'attuale alto livello di inflazione, che pesa in particolare sulle consumatrici e i consumatori della Svizzera italiana.

Alleanza
delle organizzazioni
dei consumatori



KONSUMENTEN
SCHUTZ

- Una riduzione del limite di esenzione fiscale comporterebbe molto probabilmente un aumento del traffico e una ancora maggiore congestione dei valichi di frontiera. Da un lato, si incentiverebbe a compiere acquisti più ridotti ma più numerosi; dall'altro, anche gli acquisti che prima erano esenti dall'imposta sulle importazioni dovrebbero essere sdoganati.

**Associazione
consumatrici e
consumatori della
Svizzera italiana**

strada di Pregassona 33
6963 Pregassona

Telefono
091 922 97 55

IBAN

CH41 0900 0000 6900 4470 1
www.acsi.ch
acsi@acsi.ch

Consulenze:
Infoconsumi
Casse malati
Pazienti
Contabilità domestica

- Il limite di 300 franchi senza valore corrisponde allo standard internazionale: i Paesi dell'UE hanno un limite di 300 euro senza valore per le importazioni da Paesi terzi, o addirittura 430 euro per le importazioni in aereo o in nave.

- Sebbene il consumo locale rimanga fondamentale per il mantenimento di un solido tessuto economico nazionale e i consumatori svolgono un ruolo centrale nel sostenere questo ecosistema, è opportuno non impantanarsi in battaglie superficiali. Va notato che il turismo degli acquisti rappresenta solo il 2% degli acquisti alimentari.

Entità della riduzione

Sebbene il Consiglio federale sia contrario a una riduzione della soglia di esenzione fiscale, è tenuto ad attuare la mozione 19.3975. Tuttavia, la mozione non specifica un determinato livello del limite di esenzione, per cui il Consiglio federale ha un certo margine di manovra nella sua attuazione.

Le parti interessate, come la Federazione svizzera del commercio al dettaglio, i cui membri si aspettano benefici finanziari da una nuova regolamentazione, chiedono una riduzione a 50 franchi. Una richiesta di tale portata dovrebbe essere secondo l'ACSI rigorosamente respinta per le seguenti ragioni:



La Borsa
della Spesa

Telefono
091 922 97 55
bds@acsi.ch

- Con un simile regolamento, anche le somme più piccole dovrebbero essere sdoganate. Ad esempio, se qualcuno volesse importare dalle proprie vacanze un libro e del cibo per un valore totale di 52 franchi, dovrebbe pagare il dazio doganale e (al tasso ridotto del 2,6%) una tassa d'importazione di 1,35 franchi, altrimenti sarebbe perseguitabile. Sembra ovvio che una simile regolamentazione non sia praticabile né per il personale doganale né per i cittadini.

- Un limite di 50 franchi senza valore comporterebbe una doppia imposizione, poiché l'IVA estera può essere recuperata in alcuni Paesi solo al di sopra di una certa soglia – in Francia, ad esempio, è di 175 euro.



Siamo consapevoli che il Consiglio federale è tenuto ad attuare la mozione 19.3975, approvata dal Parlamento. Tuttavia, riteniamo che un dimezzamento del limite sia sproporzionato, soprattutto perché il testo della mozione afferma che la misura dovrebbe essere applicata solo al piccolo traffico di frontiera e la portata della riduzione non è definita in modo più dettagliato. Proponiamo quindi una riduzione a 250 franchi, che rappresenterebbe comunque una riduzione di quasi il 20% rispetto all'attuale limite senza valore.



**Associazione
consumatrici e
consumatori della
Svizzera italiana**

strada di Pregassona 33
6963 Pregassona
Telefono
091 922 97 55
IBAN
CH41 0900 0000 6900 4470 1
www.acsi.ch
acsi@acsi.ch

Ringraziandovi dell'attenzione, vi porgiamo i più cordiali saluti.

Per l'Associazione delle consumatrici e dei consumatori della Svizzera italiana

la presidente
Angelica Jäggli

la segretaria generale
Antonella Crüzer

Consulenze:
Infoconsumi
Casse malati
Pazienti
Contabilità domestica

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Angelica Jäggli". It is written in a cursive style with some loops and variations in line thickness.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Antonella Crüzer". It is written in a cursive style with some loops and variations in line thickness.



**La Borsa
della Spesa**

Telefono
091 922 97 55
bds@acsi.ch

**Alleanza
delle organizzazioni
dei consumatori**



KONSUMENTEN
SCHUTZ

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Département fédéral des finances
3003 Berne

Genève, le 15 mars 2024

Par courriel à :
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Consultation : Modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités, d'une valeur minime ou pour lesquels le montant de l'impôt est insignifiant

Madame la Conseillère fédérale,

Le Département fédéral des finances (DFF) a lancé une consultation proposant de réduire de moitié la franchise-valeur, en l'abaissant de 300 francs à 150 francs. Cette proposition vise à mettre en œuvre la motion 19.3975 « Améliorer l'égalité fiscale en ce qui concerne le flux de marchandises du petit trafic frontalier » qui a été adoptée par les chambres fédérales. Elle répond également aux motions déposées par les cantons de Saint-Gall et de Thurgovie demandant que des mesures soient prises pour lutter contre le tourisme d'achat.

Consciente des effets négatifs qu'engendre le tourisme d'achat pour le commerce de détail, la Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève (CCIG) soutient la proposition du DFF d'abaisser la franchise-valeur à 150 francs.

Améliorer l'équité fiscale

La CCIG tient tout d'abord à souligner que le tourisme d'achat a augmenté de 10% au premier semestre de l'année 2023 par rapport à la même période l'an dernier. Actuellement les consommateurs faisant leurs achats à l'étranger peuvent bénéficier d'avantages fiscaux en ne payant ni la TVA en Suisse, ni à l'étranger. Ainsi, le système en place nuit aux petites structures économiques situées dans les cantons limitrophes ainsi qu'aux milliers d'emplois qui en dépendent. Afin d'améliorer l'équité fiscale, et donc la concurrence avec les régions frontalières, la CCIG soutient la proposition du DFF. L'abaissement proposé est du point de vue de la CCIG juste et équilibré, d'autant plus que des quantités maximales d'importation existent déjà pour certains produits tels que la viande, les boissons alcoolisées ou encore les produits du tabac.

Préserver une économie libérale

Si la CCIG soutient l'abaissement par deux de la franchise-valeur, elle considère que celle-ci ne devrait pas être établie en-dessous de 150 francs. Un abaissement en-dessous de ce montant pourrait engendrer plusieurs effets négatifs, sans même avoir la certitude que le but recherché puisse être atteint. Plus la franchise-valeur sera basse, plus la charge de travail administratif lié au dédouanement sera importante. En conséquence, la circulation aux points de passage frontaliers pourrait être perturbée. Un renforcement des effectifs douaniers sera par ailleurs nécessaire pour assurer le bon respect des règles. Il convient de noter que l'application de dédouanement « QuickZoll », qui facilitera les déclarations, ne sera pas pleinement opérationnelle avant l'année 2027, ce que la CCIG regrette.

En vous remerciant de l'attention que vous voudrez bien porter à ces éléments, nous vous prions d'agrérer, Madame la Conseillère fédérale, l'assurance de notre haute considération.

Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève



Vincent Subilia
Directeur général



Nathalie Hardyn
Directrice Département politique

La Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève (CCIG) a pour objectif d'assurer une économie forte, permettant aux acteurs qui constituent le tissu économique local d'exercer leur activité de manière pérenne. Association de droit privé, indépendante des autorités politiques, la CCIG fait entendre la voix des entreprises, par exemple lors de consultations législatives cantonales et fédérales, et en formulant des propositions ayant trait aux conditions cadre économiques. La CCIG compte plus de 2 600 entreprises membres.



Fédération des
Entreprises
Romandes

FER Genève - FPE Bulle - UPCF Fribourg
FER Arcju - FER Neuchâtel - FER Valais

zoloveranlagung@bazg.admin.ch

Département fédéral des finances
Palais fédéral

A l'attention de Madame Karin Keller-Sutter,
Conseillère fédérale

Genève, le 15 mars 2024
QE/3825 – FER No 07-2024

Modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités : abaissement général de la franchise-valeur

Madame la Conseillère fédérale,

La Fédération des Entreprises Romandes (FER) est une association patronale faîtière romande. À ce titre et par la présente, nous entendons répondre à la procédure de consultation relative à la **modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités : abaissement général de la franchise-valeur**. Nous vous remercions pour l'opportunité qui nous est offerte de prendre position et de tenir compte de nos préoccupations.

En premier lieu, nous saluons le fait que le Département fédéral des finances (DFF) ait placé la lutte contre le tourisme d'achat au centre de ses réflexions, lesquelles ont mené à la proposition de modification dont il est aujourd'hui question. Nous partageons pleinement votre conclusion selon laquelle un abaissement général de la franchise-valeur à CHF 150.- constitue une mesure efficace pour lutter contre le tourisme d'achat pour les raisons suivantes :

I. Tourisme d'achat : situation actuelle

Selon les résultats de l'étude « *Einkaufstourismusstudie 2022/2023* »¹, le tourisme d'achat représentait une perte de 8,43 milliards de CHF de chiffre d'affaires pour le commerce de détail suisse. Si les prix à l'étranger se sont légèrement rapprochés du niveau helvétique en raison de l'inflation moins haute en Suisse, l'appréciation du franc a renforcé le pouvoir d'achat de la population suisse et a, ainsi, compensé le renchérissement à l'étranger.

Le Retail Outlook 2023 (Crédit Suisse) mettait en évidence que les achats à l'étranger avaient recommencé à progresser après leur net fléchissement pendant la pandémie et qu'ils allaient « continuer de progresser en 2023 et passer au-dessus de ses niveaux pré-pandémiques dans toutes les régions ». Cela s'est confirmé au premier semestre 2023 puisque les achats

¹ Rudolph, Thomas; Schraml, Christopher Marc; Otto, Christine & Kralle, Nora Charlotte : *Einkaufstourismus Schweiz 2022/2023*. St. Gallen : Forschungszentrum für Handelsmanagement, 2022.

à l'étranger ont augmenté de 10,2% par rapport à l'année précédente², selon les récentes analyses de la Swiss Retail Federation sur les transactions par débit et crédit. Les cantons frontaliers sont particulièrement touchés par ce phénomène, qui n'impacte pas uniquement le seul secteur du commerce de détail mais se déploie plus largement en touchant la restauration, l'hôtellerie et de nombreux autres secteurs. Le tourisme d'achat instaure ainsi des distorsions de concurrence pour les professionnels suisses de tous milieux. Il nous paraît donc nécessaire d'adopter des mécanismes visant à freiner la progression de ce phénomène.

II. Abaissement de la franchise-valeur à CHF 150.-

Les causes du tourisme d'achat sont nombreuses et relèvent en grande partie de la problématique de l'îlot de cherté que constitue la Suisse. Alors que des solutions à cet égard paraissent encore lointaines, dans l'intervalle, la FER estime que l'abaissement de la franchise-valeur d'impôt à l'importation de biens en petites quantités permettra d'éviter un encouragement à la consommation transfrontalière en rétablissant une situation de traitement fiscal un peu plus égalitaire pour les citoyens qui consomment en Suisse.

La FER relève toutefois que cette mesure, si elle devait s'avérer bénéfique pour encourager un changement de comportement de la population, pourrait être de nature à engendrer un travail administratif lié au dédouanement plus important qu'à ce jour, ce qui n'est pas souhaitable. Cependant, au vu des outils à disposition de la Confédération – notamment l'application Quickzoll qui devrait permettre de ne pas alourdir à excès la charge administrative de l'OFDF – et du montant raisonnable auquel l'abaissement serait ramené, la pesée des intérêts semble trouver son équilibre.

Dès lors, la FER se prononce en faveur **de la proposition du DFF d'abaisser la franchise-valeur à CHF 150.- et l'en remercie.**

La FER relève toutefois que cette prise de position n'engage pas l'intégralité de ses membres, lesquels déposeront leur propre réponse à la présente consultation en cas de divergence d'opinion.

Nous vous remercions chaleureusement pour le temps accordé à la prise en considération de notre position et restons volontiers à votre disposition pour tous renseignements complémentaires.

Nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, en l'assurance de notre parfaite considération.

Philippe Fleury
Secrétaire général

Olivier Sandoz
Secrétaire général adjoint

² [https://www.kmu.admin.ch/kmu/fr/home/actuel/news/2023/fort-rebond-du-tourisme-d-achat-au-premier-semestre.html#:~:text=\(11.10.2023\)%20Le%20commerce.rapport%20%C3%A0%20l%27ann%C3%A9e%20pr%C3%A9c%C3%A9dente.](https://www.kmu.admin.ch/kmu/fr/home/actuel/news/2023/fort-rebond-du-tourisme-d-achat-au-premier-semestre.html#:~:text=(11.10.2023)%20Le%20commerce.rapport%20%C3%A0%20l%27ann%C3%A9e%20pr%C3%A9c%C3%A9dente.)

La Fédération des Entreprises Romandes en bref

Fondée le 30 juillet 1947 à Morat, son siège est à Genève. Elle réunit six associations patronales interprofessionnelles cantonales (GE, FR, NE, JU, VS), représentant la quasi-totalité des cantons romands. La FER comprend plus de 45'000 membres.

Madame la Conseillère fédérale Karin Keller-Sutter
Département fédéral des finances

Par mail : zoloveranlagung@bazg.admin.ch

Genève, le 15 mars 2024
QE/ijjs

Procédure de consultation – Modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités : abaissement général de la franchise-valeur

Madame la Conseillère fédérale,
Madame, Monsieur,

Genève Commerces et la Nouvelle Organisation des Entrepreneurs (NODE) sont des associations patronales du commerce de détail genevois, secteur qui représente le plus gros employeur du canton, avec quelque 18'000 collaborateurs. À ce titre et par la présente, nous entendons répondre à la procédure de consultation relative à la modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités : abaissement générale de la franchise-valeur. Nous vous remercions pour l'opportunité qui nous est offerte de prendre position et de tenir compte de nos préoccupations.

En premier lieu, nous saluons le fait que le Département fédéral des finances (DFF) ait placé la lutte contre le tourisme d'achat au centre de ses réflexions, lesquelles ont mené à la proposition de modification dont il est aujourd'hui question.

Nous partageons pleinement votre conclusion selon laquelle un abaissement général de la franchise-valeur constitue une mesure efficace pour lutter contre le tourisme d'achat. Il nous semble toutefois qu'une réduction encore plus importante, soit un abaissement à CHF 50.-, se justifierait pleinement. En outre, il nous paraîtrait judicieux d'accompagner la modification aujourd'hui proposée de mesures complémentaires en vue de lui permettre d'atteindre de manière efficiente l'objectif fixé, à savoir d'amorcer une décrue du tourisme d'achat par le levier de l'impôt à l'importation.

Aussi, nous mettrons ci-après en évidence les éléments qui nous poussent à formuler cette position et proposerons des amendements à la modification présentée par le DFF. Nous appelons respectueusement le Conseil fédéral à modifier son projet en tenant compte de nos observations.

I. Tourisme d'achat : situation actuelle

Selon les résultats de l'étude « *Einkaufstourismusstudie* 2022/2023 »¹, le tourisme d'achat représentait une perte de 8,43 milliards de CHF de chiffre d'affaires pour le commerce de détail suisse.

¹ Rudolph, Thomas; Schraml, Christopher Marc; Otto, Christine & Kralle, Nora Charlotte : Einkaufstourismus Schweiz 2022/2023. St. Gallen : Forschungszentrum für Handelsmanagement, 2022.

Si les prix à l'étranger se sont légèrement rapprochés du niveau helvétique en raison de l'inflation – moins haute en Suisse, l'appréciation du franc a renforcé le pouvoir d'achat de la population suisse et a, ainsi, compensé le renchérissement à l'étranger. Le Retail Outlook 2023 (Crédit Suisse) mettait en évidence que les achats à l'étranger avaient recommencé à progresser après leur net fléchissement pendant la pandémie et qu'ils allaient « continuer de progresser en 2023 et passer au-dessus de ses niveaux pré-pandémiques dans toutes les régions ». Cela s'est confirmé au premier semestre 2023 puisque - selon les récentes analyses de la Swiss Retail Federation sur les transactions par débit et crédit – les achats à l'étranger ont augmenté de 10,2% par rapport à l'année précédente².

Les cantons frontaliers sont particulièrement touchés par ce phénomène : des trajets de seulement quelques minutes permettent à leur population de s'approvisionner à l'étranger, où les mêmes biens sont accessibles, en raison de charges inférieures, à des prix moindres et selon des horaires plus libéraux.

En outre, le tourisme d'achat n'impacte pas uniquement le seul secteur du commerce de détail mais se déploie plus largement en touchant la restauration, l'agriculture, la construction et instaure ainsi des distorsions de concurrence crasses pour les professionnels suisses de tous milieux. À Genève, une association interprofessionnelle, la « Plateforme du commerce » – dont Genève Commerces assure la présidence depuis juin 2024 – réunit ces acteurs pour leur permettre de faire face au commerce transfrontalier et d'atteindre, de concert, les buts suivants :

- œuvrer avec tous les acteurs économiques du canton de Genève, dans le but que soit garanti le respect des lois et règlements en vigueur dans le cadre des échanges transfrontaliers ;
- intervenir afin que soient prises toutes les mesures adéquates contre les distorsions de concurrence ;
- veiller à ce que les acteurs économiques bénéficient de l'égalité de traitement ;
- coordonner son action avec les autorités communales, cantonales et fédérales.

Le tourisme d'achat engendre des répercussions préjudiciables tant pour les secteurs directement touchés (distorsion de concurrence et baisse du chiffre d'affaires) que pour la Confédération (perte de recettes fiscales substantielle) et voire même la planète (impact environnemental des déplacements en masse au-delà de la frontière pour des courses régulières). Il est donc nécessaire d'adopter des mécanismes visant à freiner la progression toujours plus néfaste de ce phénomène.

II. Abaissement de la franchise-valeur

a. Abaissement nécessaire

Les causes du tourisme d'achat sont nombreuses et relèvent en grande partie de la problématique de l'îlot de cherté que constitue la Suisse. Bien qu'aucune solution à ceci n'ait malheureusement pour l'heure été réellement implémentée à cet égard, nous ne doutons toutefois pas, qu'au vu de la situation qui tend à se péjorer davantage chaque année, que le Conseil fédéral et le Parlement ne tarderont plus à réagir.

Dans l'intervalle et alors que le franc fort représente déjà un désavantage, Genève Commerces et la NODE estiment nécessaire de mettre en place certaines mesures en vue d'éviter – à tout le moins – d'encourager encore davantage cette consommation transfrontalière, cela même par notre propre règlementation. L'abaissement de la franchise-valeur d'impôt à l'importation de biens en petites quantités en est une.

En effet, à l'heure actuelle, en cas de consommation à l'étranger, il est possible de récupérer la TVA étrangère pour des montants qui oscillent entre EUR 50 et 100 selon le pays d'achat (Allemagne : 50 EUR ; Italie : 70 EUR ; Autriche : 75 EUR ; France : 100 EUR). En revanche, l'importation de cette marchandise en Suisse peut être effectuée en franchise d'impôt jusqu'à une valeur totale de 300 francs par personne. Il existe donc un delta pour lequel aucun prélèvement de TVA n'est effectué auprès du consommateur qui s'adonne au tourisme d'achat.

Or, pour une consommation en Suisse, la TVA est due dès le premier franc dépensé.

² [https://www.kmu.admin.ch/kmu/fr/home/actuel/news/2023/fort-rebond-du-tourisme-d-achat-au-premier-semestre.html#:~:text=\(11.10.2023\)%20Le%20commerce%20rapport%20%C3%A0%20l%27ann%C3%A9e%20pr%C3%A9c%C3%A9dente.](https://www.kmu.admin.ch/kmu/fr/home/actuel/news/2023/fort-rebond-du-tourisme-d-achat-au-premier-semestre.html#:~:text=(11.10.2023)%20Le%20commerce%20rapport%20%C3%A0%20l%27ann%C3%A9e%20pr%C3%A9c%C3%A9dente.)

Les citoyens suisses qui choisissent de consommer en Suisse et donc de supporter leur économie locale, sont, de fait, désavantagés par rapport aux consommateurs qui consomment à l'étranger. Il en découle une inégalité fiscale qui n'est pas acceptable alors que l'objectif de tous est de promouvoir une consommation locale. Cette « subvention » choquante du tourisme d'achat doit impérativement être abandonnée.

Dès lors, Genève Commerces et la NODE se prononcent dès lors en faveur d'un abaissement de la franchise-valeur et remercient chaleureusement le DFF pour sa proposition.

b. Montant de la franchise-valeur : 50 CHF

Le DFF propose un abaissement de la franchise-valeur de CHF 300.- à CHF 150.-. À notre sens, cet abaissement demeure encore trop faible.

Si les cas « bagatelle » de consommation pour des montants inférieurs à CHF 50.- nous semblent pouvoir être tolérés à l'aune de la charge administrative que leur traitement engendrerait – raison pour laquelle nous ne militons pas en faveur d'une suppression totale de la franchise-valeur, nous ne voyons pas de justification à ce que la franchise-valeur demeure supérieure au seuil de remboursement de la TVA étrangère.

Aussi, Genève Commerces et la NODE estiment que la franchise-valeur doit être abaissée au montant de CHF 50.- en lieu et place des CHF 150.- proposés.

En premier lieu, cela permettrait de faire correspondre la franchise-valeur au seuil d'exonération du pays d'origine voisin le plus faible (Allemagne), dans la mesure où nous comprenons qu'une franchise-valeur différenciée en fonction du pays d'origine s'avérerait trop complexe.

Ensuite, seul un abaissement à CHF 50.- nous apparaît être suffisamment efficace pour atteindre le but visé (rétablir l'égalité fiscale et lutter contre le tourisme d'achat), contrairement à un abaissement à CHF 150.- qui n'aurait que peu d'impact. En effet, une étude de l'Université de Saint-Gall a démontré que la consommation étrangère serait réduite de 32,6 % grâce à un abaissement à CHF 50.-³. À l'inverse, un abaissement à CHF 150.- représente encore une importation de marchandises exonérées d'impôt à hauteur de CHF 600.- par jour pour une famille de quatre personnes : on peine donc à comprendre en quoi cette mesure résout les problèmes existants.

Certes, comme le met en évidence le rapport du DFF, les citoyens devront procéder à des dédouanements plus régulièrement. Le DFF craint alors un surcroît de travail administratif lié au dédouanement au guichet, ce qui pourrait expliquer sa proposition d'abaissement limitée à CHF 150.-, qui relève du symbolisme, en lieu et place d'une mesure réellement efficace.

Tout d'abord, il sied de rappeler que la consommation transfrontalière relève d'un choix : qu'il intervienne pour des motifs de prix des produits (dont le coût de production est moins cher à l'étranger) ou de pouvoir d'achat (franc fort), les consommateurs qui pratiquent le tourisme d'achat semblent y trouver un avantage financier et il n'est, dès lors, absolument pas choquant que cette pratique s'adjoigne, pour en profiter de manière contrôlée, de démarches administratives particulières en contrepartie.

De plus, il est pertinent de relever que ledit rapport mentionne également l'existence de l'application Quickzoll : si celle-ci nécessite encore quelques adaptations (taux différenciés) afin de remplir pleinement son rôle, il n'y a pas de raison que le DFF doute de ses propres outils et amoindrisse ses ambitions en termes de lutte efficiente contre le tourisme d'achat au vu d'une potentielle surcharge qui se verra résorbée après une courte période transitoire. À terme, le personnel pourra ainsi se consacrer de manière plus importante aux contrôles du trafic transfrontalier et autres infractions.

³ Rudolph, Thomas; Schraml, Christopher Marc; Otto, Christine & Kralle, Nora Charlotte : Einkaufstourismus Schweiz 2022/2023. St. Gallen : Forschungszentrum für Handelsmanagement, 2022.

À cet égard, si l'application Quickzoll devait appeler des développements complémentaires, les démarches et coûts y relatifs s'avéreront sans aucun doute justifiés car largement compensés par les gains qui découlent de l'abaissement de la franchise-valeur à CHF 50.- tant pour la Confédération (recettes fiscales directes) que pour l'économie suisse (une correction des distorsions de concurrence permettra une augmentation du chiffre d'affaires des entreprises suisses, laquelle entraînera par voie de conséquence davantage de recettes fiscales pour notre Etat fédéral).

Finalement, ces considérations sont sans compter sur une prise de conscience de la population : il est surtout à espérer que l'abaissement de la franchise-valeur permette un changement du comportement en matière d'achat puisque tel est son but. Parmi les infimes conséquences positives de la pandémie figurent le retour à la consommation locale et ses bénéfices économiques et sociaux. Or, si ce déclenchement peut à nouveau s'opérer sous l'impulsion de l'abaissement de la franchise-valeur, la question d'une éventuelle charge de travail disproportionnée se verra naturellement résolue.

III. Mesures complémentaires

a. Application de la franchise-valeur uniquement dès 16 ans

À l'heure actuelle, en Suisse, la franchise-valeur s'applique à tout individu, y compris les enfants, alors que tel n'est pas le cas pour les pays voisins (ex. France : dès 15 ans⁴). De plus, l'exonération de la TVA étrangère s'applique fonction du montant total des achats et non du nombre de personnes concernées lors du dédouanement. Dès lors, dans une optique égalitaire, Genève Commerces et la NODE demandent la suppression de la franchise-valeur pour les voyageurs de moins de 16 ans.

b. Contingents douaniers en suffisance

Le rapport du DFF met en exergue qu'un « *abaissement de la franchise-valeur peut aussi inciter les touristes d'achat à ne pas déclarer leurs marchandises à l'importation, c'est-à-dire à les faire passer en contrebande. L'OFDF devra donc renforcer ses contrôles dans le domaine du trafic touristique et prononcer davantage d'amendes, même pour des montants minimes* ».

Dans tous les cas, même en l'absence d'abaissement de la franchise-valeur, Genève Commerces et la NODE demandent depuis de nombreuses années à ce que les effectifs douaniers puissent être augmentés en suffisance afin d'effectuer les contrôles idoines aux frontières. Cette problématique est préoccupante pour la douane Ouest dans la mesure où l'Aéroport International de Genève est particulièrement gourmand en termes de ressources douanières. À cet égard, un autre revers positif de la pandémie est à relever ici : lorsque les effectifs douaniers aéroportuaires avaient pu être déployés sur la frontière en raison du ralentissement des activités aériennes, un accroissement des contrôles avaient permis d'identifier un nombre d'infractions supérieur à la normale – attestant ainsi de l'ampleur des transgressions qui échappent aux douanes lors d'un fonctionnement usuel avec un effectif insuffisant.

Hormis les cas de « simple » contrebande domestique, les contrôles permettent de mettre en évidence des fraudes hautement plus graves sur le plan sanitaire et pénal (aliments non conformes aux standards suisses, rupture de la chaîne du froid, stupéfiants, contrefaçons). Ils se traduiront en outre par des recettes plus importante pour la Confédération. Il s'agit donc d'une situation *win-win* qu'il convient de mettre en œuvre indépendamment de la modification de l'ordonnance du DFF dont il est aujourd'hui question : Genève Commerces et la NODE requièrent respectueusement un renforcement des contingents douaniers affectés aux contrôles aux frontières.

c. Echange automatique d'informations avec les douanes étrangères

Si de nombreux contribuables sont irréprochables quant au respect des normes en vigueur, force est de constater qu'une minorité se contente de profiter des avantages qu'offre le mécanisme de récupération de la TVA dans le pays d'achat sans toutefois s'encombrer d'effectuer leur déclaration en Suisse pour la marchandise importée. Tel est déjà le cas à l'heure actuelle en l'absence d'un quelconque abaissement de la franchise-valeur et bon nombre de contrevenants, parfois même extrêmement coutumiers du fait, ne sont jamais inquiétés.

⁴ <https://www.service-public.fr/particuliers/vosdroits/F50>

En vue de pallier cette situation, Genève Commerces et la NODE estiment qu'une collaboration intensifiée entre les douanes suisses et étrangères serait propice à faciliter le travail de notre personnel douanier et à mettre en lumière ces infractions. Celle-ci semble exister de manière informelle dans certaines régions mais mériterait d'être officialisées. Dès lors, dès qu'un remboursement de TVA est effectué dans un pays voisin, nos autorités douanières devraient en être informées afin de vérifier si le processus légal a été respecté au retour en Suisse pour l'importation concernée. Cette mesure permettrait également de cibler plus efficacement les contrôles pour mieux poursuivre les infractions.

IV. Conclusion

L'abaissement de la franchise-valeur est un levier efficace pour lutter contre le tourisme d'achat : Genève Commerces et la NODE saluent chaleureusement l'initiative du DFF de proposer une modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités.

S'agissant du montant de l'abaissement, Genève Commerces et la NODE sont d'avis que la franchise-valeur doit être ramenée à CHF 50.-, soit plus bas que l'abaissement à CHF 150.- aujourd'hui proposé par le DFF, pour davantage d'efficacité.

En outre, nos associations considèrent que des mesures supplémentaires – telles que l'application d'une franchise-valeur uniquement aux personnes de plus de 16 ans, un renforcement de l'effectif douaniers sur l'ensemble du territoire ainsi que l'instauration d'un échange automatique d'information entre les douanes suisses et étrangères – doivent accompagner l'abaissement de la franchise-valeur afin de donner une réelle ampleur à ce changement de pratique pour juguler le tourisme d'achat de manière efficiente.

Dès lors, Genève Commerces et la NODE proposent ci-dessous des modifications de l'article 1 et 2 de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités. Nous appelons le Conseil fédéral à modifier le projet en ce sens.

V. Amendements proposés

Art. 1 – Exonération fiscale

Sont exonérés de l'impôt sur les importations :

c. les marchandises du trafic touristique au sens de l'art. 16, al. 2, de la loi du 18 mars 2005 sur les douanes, jusqu'à une valeur globale de **150 50** francs (franchise-valeur) par personne; les biens mentionnés à la let. b ne sont pas comptabilisés dans le calcul de la valeur globale;

Art. 2 – Octroi de la franchise-valeur pour les marchandises du trafic touristique

1. *inchangé*
2. Si la valeur globale des biens dépasse **150 50** francs par personne, la totalité des biens importés est soumise à l'impôt.
3. Si la valeur d'un bien dépasse **150 50** francs, il est toujours soumis à l'impôt.
4. *inchangé*

Nous vous remercions chaleureusement pour le temps accordé à la prise en considération de notre position et restons volontiers à votre disposition pour tous renseignements complémentaires.

Nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, Madame, Monsieur, en l'assurance de notre parfaite considération.

Pour Genève Commerces,

Les coprésidents



Claudio Marra



Jean-Marie Flichy

La secrétaire patronale



Flore Teyssiere

Pour la NODE,

Le président



Stéphane Oberson

Le secrétaire patronal



Yves Menoud

Genève Commerces est l'association du commerce de détail genevois composée d'une septantaine de membres de toutes tailles (individuels ou associations de commerçants). Elle œuvre auprès des autorités et autres partenaires économiques et sociaux en vue de garantir aux commerçants des conditions-cadres favorables pour l'exercice de leur activité, tout en leur fournissant un large panel de prestations, et un avenir pérenne au commerce de détail local.

La NODE - Nouvelle Organisation Des Entrepreneurs, depuis 1922 - est une organisation patronale interprofessionnelle genevoise, fondée le 24 mars 1922. Elle soutient et défend ses membres, des entrepreneurs (PME) représentant une grande variété d'activités. Elle compte environ 600 membres de petite taille actifs dans le commerce de détail.



[Schweiz. Konsumentenforum, Belpstrasse 11, 3007 Bern](#)

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Mail an zollveranlagung@bazg.admin.ch

Bern, 15. März 2024

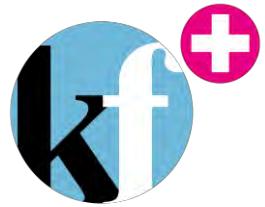
Vernehmlassungsantwort Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Waren von tiefem Wert

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Schweizerische Konsumentenforum kf dankt für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Änderung der Verordnung über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag. Das kf setzt sich für verantwortungsvolles Einkaufen ein. Seit jeher engagiert es sich dafür, dass in der Schweiz verdientes Geld auch in der Schweiz bleiben soll. Trotzdem spricht sich das kf gegen die Senkung der Wertfreigrenze aus.

Das kf teilt aus folgenden Gründen die Haltung des Bundesrates nicht:

- ▲ Die Einkaufstouristen, welche ennet der Grenze Güter des täglichen Lebens zu günstigeren Preisen erstehen, sind für KMU in Grenzregionen eine Herausforderung. Das kf anerkennt diese Problematik. Nichts destotrotz ist es für die Beibehaltung des Status Quo, will heissen der Beibehaltung der Wertfreigrenze von CHF 300.-. Für viele Einwohner unseres Landes sind die Lebenshaltungskosten in einem Masse gestiegen, das grosse Konsequenzen auf das Portemonnaie hat. Wie man der Presse fast täglich entnehmen kann, geht es für viele Familien, aber auch Alleinstehende, mittlerweile «an's Läbige». Die **Verschuldung des Mittelstandes** steigt stetig an. Sie sind nicht nur auf günstigere Produkte, sondern auf die allergünstigste Einkaufsmöglichkeit angewiesen. Die Senkung der Wertfreigrenze wird sie nicht abhalten, weiterhin über die Grenze zu fahren. Einfach doppelt so oft. Dies führt zum zweiten Grund:
- ▲ Der **Mehrverkehr** ist programmiert. Schon heute reklamieren in regelmässigen Abständen Anwohner der «Einkaufsparadiese» über Schweizer Konsumenten, welche eine Verkehrsüberlastung verursachen. Das Senken der Wertfreigrenze bewirkt doppelt so viele Fahrten und ergo doppelt so viel Verkehr, doppelt so viel Lärm und doppelt so viele Emissionen.
- Wer kontrolliert die rückkehrenden Konsumenten? Es wird kaum mit dem bestehenden Grenzpersonal möglich sein. Es gilt, die Kosten/Nutzen-Überlegungen zu machen: wurden Berechnungen durchgeführt, wenn sich die zu verzollende Menge bzw. Ausfuhrsscheine verdoppeln? Wieviel Zollbeamte es dafür mehr braucht und welche Kosten dadurch entstehen? Die höhere Wertfreigrenze bringt weniger **administrativen Aufwand** – ein Argument, das sich in Zeiten des Personalmangels durchsetzen sollte.
- ▲ Die Senkung der Wertfreigrenze betrifft aber nicht nur die Tageskonsumenten, sondern auch **Ferienreisende**. Es liegt auf der Hand, dass für diese die Wertfreigrenze bei einer Senkung faktisch abgeschafft wird, denn der Einkauf in der Feriendestination ist schnell höher als CHF 150.-.



Das kf befürwortet deshalb die Beibehaltung der heutigen Regelung sowie eine Fortsetzung der Aufklärungsarbeit, welche den gesamten Konsumgüterbereich umfasst.

Wir danken Ihnen, dass Sie unsere Position berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Babette Sigg Frank, Präsidentin

praesidentin@konsum.ch; 076 373 83 18

Der Lesefreundlichkeit verpflichtet, verzichtet das kf auf Gendersprache und setzt auf generisches Maskulinum.



c/o NODE | Rue de Malatrex 14, 1201 Genève

Madame la Conseillère fédérale Karin
Keller-Sutter
Département fédéral des finances

Par mail : zoloveranlagung@bazg.admin.ch

Genève, le 15 mars 2024
QE/ijs

Procédure de consultation – Modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités : abaissement général de la franchise-valeur

Madame la Conseillère fédérale,
Madame, Monsieur,

La Plateforme du commerce est une association interprofessionnelle qui réunit diverses organisations économiques genevoises pour leur permettre de faire face au commerce transfrontalier et d'atteindre, de concert, les buts suivants :

- œuvrer avec tous les acteurs économiques du canton de Genève, dans le but que soit garanti le respect des lois et règlements en vigueur dans le cadre des échanges transfrontaliers ;
- intervenir afin que soient prises toutes les mesures adéquates contre les distorsions de concurrence ;
- veiller à ce que les acteurs économiques bénéficient de l'égalité de traitement ;
- coordonner son action avec les autorités communales, cantonales et fédérales.

À ce titre et par la présente, nous entendons répondre à la procédure de consultation relative à la modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités : abaissement générale de la franchise-valeur. Nous vous remercions pour l'opportunité qui nous est offerte de prendre position et de tenir compte de nos préoccupations.

En premier lieu, nous saluons le fait que le Département fédéral des finances (DFF) ait placé la lutte contre le tourisme d'achat au centre de ses réflexions, lesquelles ont mené à la proposition de modification dont il est aujourd'hui question.

Nous partageons pleinement votre conclusion selon laquelle un abaissement général de la franchise-valeur constitue une mesure efficace pour lutter contre le tourisme d'achat. Les positions de nos membres divergent toutefois s'agissant du montant de l'abaissement (entre la suppression totale et un abaissement à CHF 150.-). En outre, la majorité de nos membres estiment qu'il serait judicieux d'accompagner la modification aujourd'hui proposée de mesures complémentaires en vue de lui permettre d'atteindre de manière efficiente l'objectif fixé, à savoir d'amorcer une décrue du tourisme d'achat par le levier de l'impôt à l'importation. Aussi, nous mettrons ci-après en évidence les éléments qui nous poussent à formuler cette position.

I. Tourisme d'achat : situation actuelle

Selon les résultats de l'étude « *Einkaufstourismusstudie* 2022/2023 »¹, le tourisme d'achat représentait une perte de 8,43 milliards de CHF de chiffre d'affaires pour le commerce de détail suisse.

Si les prix à l'étranger se sont légèrement rapprochés du niveau helvétique en raison de l'inflation – moins haute en Suisse, l'appréciation du franc a renforcé le pouvoir d'achat de la population suisse et a, ainsi, compensé le renchérissement à l'étranger. Le Retail Outlook 2023 (Crédit Suisse) mettait en évidence que les achats à l'étranger avaient recommencé à progresser après leur net fléchissement pendant la pandémie et qu'ils allaient « continuer de progresser en 2023 et passer au-dessus de ses niveaux pré-pandémiques dans toutes les régions ». Cela s'est confirmé au premier semestre 2023 puisque - selon les récentes analyses de la Swiss Retail Federation sur les transactions par débit et crédit – les achats à l'étranger ont augmenté de 10,2% par rapport à l'année précédente².

Les cantons frontaliers sont particulièrement touchés par ce phénomène : des trajets de seulement quelques minutes permettent à leur population de s'approvisionner à l'étranger, où les mêmes biens sont accessibles, en raison de charges inférieures, à des prix moindres et selon des horaires plus libéraux.

En outre, le tourisme d'achat n'impacte pas uniquement le seul secteur du commerce de détail mais se déploie plus largement en touchant la restauration, l'agriculture, la construction et instaure ainsi des distorsions de concurrence crasses pour les professionnels suisses de tous milieux. Il engendre des répercussions préjudiciables tant pour les secteurs directement touchés (distorsion de concurrence et baisse du chiffre d'affaires) que pour la Confédération (perte de recettes fiscales substantielle) et voire même la planète (impact environnemental des déplacements en masse au-delà de la frontière pour des courses régulières). Il est donc nécessaire d'adopter des mécanismes visant à freiner la progression toujours plus néfaste de ce phénomène.

II. Abaissement de la franchise-valeur

a. Abaissement nécessaire

Les causes du tourisme d'achat sont nombreuses et relèvent en grande partie de la problématique de l'îlot de cherté que constitue la Suisse. Bien qu'aucune solution à ceci n'ait malheureusement pour l'heure été réellement implémentée à cet égard, nous ne doutons toutefois pas, qu'au vu de la situation qui tend à se dégrader davantage chaque année, que le Conseil fédéral et le Parlement ne tarderont plus à réagir.

Dans l'intervalle et alors que le franc fort représente déjà un désavantage, la Plateforme du commerce estime nécessaire de mettre en place certaines mesures en vue d'éviter – à tout le moins – d'encourager encore davantage cette consommation transfrontalière, cela même par notre propre règlementation. L'abaissement de la franchise-valeur d'impôt à l'importation de biens en petites quantités en est une.

En effet, à l'heure actuelle, en cas de consommation à l'étranger, il est possible de récupérer la TVA étrangère pour des montants qui oscillent entre EUR 50 et 100 selon le pays d'achat (Allemagne : 50 EUR ; Italie : 70 EUR ; Autriche : 75 EUR ; France : 100 EUR). En revanche, l'importation de cette marchandise en Suisse peut être effectuée en franchise d'impôt jusqu'à une valeur totale de 300 francs par personne. Il existe donc un delta pour lequel aucun prélèvement de TVA n'est effectué auprès du consommateur qui s'adonne au tourisme d'achat.

Or, pour une consommation en Suisse, la TVA est due dès le premier franc dépensé.

Les citoyens suisses qui choisissent de consommer en Suisse et donc de supporter leur économie locale, sont, de fait, désavantagés par rapport aux consommateurs qui consomment à l'étranger. Il en découle une inégalité fiscale qui n'est pas acceptable alors que l'objectif de tous est de promouvoir une consommation locale. Cette « subvention » choquante du tourisme d'achat doit impérativement être abandonnée.

¹ Rudolph, Thomas; Schraml, Christopher Marc; Otto, Christine & Kralle, Nora Charlotte : Einkaufstourismus Schweiz 2022/2023. St. Gallen : Forschungszentrum für Handelsmanagement, 2022.

² [https://www.kmu.admin.ch/kmu/fr/home/actuel/news/2023/fort-rebond-du-tourisme-d-achat-au-premier-semestre.html#:~:text=\(11.10.2023\)%20Le%20commerce.rapport%20%C3%A0%20!%27ann%C3%A9e%20pr%C3%A9c%C3%A9dente.](https://www.kmu.admin.ch/kmu/fr/home/actuel/news/2023/fort-rebond-du-tourisme-d-achat-au-premier-semestre.html#:~:text=(11.10.2023)%20Le%20commerce.rapport%20%C3%A0%20!%27ann%C3%A9e%20pr%C3%A9c%C3%A9dente.)

Dès lors, la Plateforme du commerce se prononce dès lors en faveur d'un abaissement de la franchise-valeur et remercie chaleureusement le DFF pour sa proposition.

b. *Montant de la franchise-valeur*

Le DFF propose un abaissement de la franchise-valeur de CHF 300.- à CHF 150.-. Nos membres ne sont pas unanimes quant au montant de l'abaissement nécessaire : certains estiment qu'il convient de supprimer complètement la franchise-valeur, d'autres préconisent un abaissement à CHF 50.- et les derniers partagent pleinement la proposition du DFF d'un abaissement à CHF 150.-.

Nos membres vous adresseront leur argumentaire à cet égard par le biais de leur propre prise de position. Aussi, la Plateforme du commerce n'entrera pas en matière sur la question du montant.

c. *Conséquences administratives*

Certes, comme le met en évidence le rapport du DFF, les citoyens devront procéder à des dédouanements plus régulièrement. Le DFF craint alors un surcroît de travail administratif lié au dédouanement au guichet.

Tout d'abord, il sied de rappeler que la consommation transfrontalière relève d'un choix : qu'il intervienne pour des motifs de prix des produits (dont le coût de production est moins cher à l'étranger) ou de pouvoir d'achat (franc fort), les consommateurs qui pratiquent le tourisme d'achat semblent y trouver un avantage financier et il n'est, dès lors, absolument pas choquant que cette pratique s'adjoigne, pour en profiter de manière contrôlée, de démarches administratives particulières en contrepartie.

De plus, ledit rapport mentionne également l'existence de l'application Quickzoll : si celle-ci nécessite encore quelques adaptations (taux différenciés) afin de remplir pleinement son rôle, il n'y a pas de raison que le DFF doute de ses propres outils et amoindrisse ses ambitions en termes de lutte efficiente contre le tourisme d'achat au vu d'une potentielle surcharge qui se verra résorbée après une courte période transitoire. À terme, le personnel pourra ainsi se consacrer de manière plus importante aux contrôles du trafic transfrontalier et autres infractions.

À cet égard, si l'application Quickzoll devait appeler des développements complémentaires, les démarches et coûts y relatifs s'avéreront sans aucun doute justifiés car largement compensés par les gains qui découlent de l'abaissement de la franchise-valeur tant pour la Confédération (recettes fiscales directes) que pour l'économie suisse (une correction des distorsions de concurrence permettra une augmentation du chiffre d'affaires des entreprises suisses, laquelle entraînera par voie de conséquence davantage de recettes fiscales pour notre Etat fédéral).

Finalement, ces considérations sont sans compter sur une prise de conscience de la population : il est surtout à espérer que l'abaissement de la franchise-valeur permette un changement du comportement en matière d'achat puisque tel est son but. Parmi les infimes conséquences positives de la pandémie figurent le retour à la consommation locale et ses bénéfices économiques et sociaux. Or, si ce déclenchement peut à nouveau s'opérer sous l'impulsion de l'abaissement de la franchise-valeur, la question d'une éventuelle charge de travail disproportionnée se verra naturellement résolue.

III. *Mesures complémentaires*

a. *Application de la franchise-valeur uniquement dès 16 ans*

À l'heure actuelle, en Suisse, la franchise-valeur s'applique à tout individu, y compris les enfants, alors que tel n'est pas le cas pour les pays voisins (ex. France : dès 15 ans³). De plus, l'exonération de la TVA étrangère s'applique fonction du montant total des achats et non du nombre de personnes concernées lors du dédouanement. Dès lors, dans une optique égalitaire, certains membres de la Plateforme du commerce demandent la suppression de la franchise-valeur pour les voyageurs de moins de 16 ans.

³ <https://www.service-public.fr/particuliers/vosdroits/F50>

b. Contingents douaniers en suffisance

Le rapport du DFF met en exergue qu'un « *abaissement de la franchise-valeur peut aussi inciter les touristes d'achat à ne pas déclarer leurs marchandises à l'importation, c'est-à-dire à les faire passer en contrebande. L'OFDF devra donc renforcer ses contrôles dans le domaine du trafic touristique et prononcer davantage d'amendes, même pour des montants minimes* ».

Dans tous les cas, même en l'absence d'abaissement de la franchise-valeur, la Plateforme du commerce milite depuis de nombreuses années à ce que les effectifs douaniers puissent être augmentés en suffisance afin d'effectuer les contrôles idoines aux frontières. Cette problématique est préoccupante pour la douane Ouest dans la mesure où l'Aéroport International de Genève est particulièrement gourmand en termes de ressources douanières. À cet égard, un autre revers positif de la pandémie est à relever ici : lorsque les effectifs douaniers aéroportuaires avaient pu être déployés sur la frontière en raison du ralentissement des activités aériennes, un accroissement des contrôles avaient permis d'identifier un nombre d'infractions supérieur à la normale – attestant ainsi de l'ampleur des transgressions qui échappent aux douanes lors d'un fonctionnement usuel avec un effectif insuffisant.

Hormis les cas de « simple » contrebande domestique, les contrôles permettent de mettre en évidence des fraudes hautement plus graves sur le plan sanitaire et pénal (aliments non conformes aux standards suisses, rupture de la chaîne du froid, stupéfiants, contrefaçons). Ils se traduiront en outre par des recettes plus importante pour la Confédération. Il s'agit donc d'une situation *win-win* qu'il convient de mettre en œuvre indépendamment de la modification de l'ordonnance du DFF dont il est aujourd'hui question : la majorité des membres de la Plateforme du commerce requiert respectueusement un renforcement des contingents douaniers affectés aux contrôles aux frontières.

c. Echange automatique d'informations avec les douanes étrangères

Si de nombreux contribuables sont irréprochables quant au respect des normes en vigueur, force est de constater qu'une minorité se contente de profiter des avantages qu'offre le mécanisme de récupération de la TVA dans le pays d'achat sans toutefois s'encombrer d'effectuer leur déclaration en Suisse pour la marchandise importée. Tel est déjà le cas à l'heure actuelle en l'absence d'un quelconque abaissement de la franchise-valeur et bon nombre de contrevenants, parfois même extrêmement coutumiers du fait, ne sont jamais inquiétés.

En vue de pallier cette situation, la majorité des membres de la Plateforme du commerce estime qu'une collaboration intensifiée entre les douanes suisses et étrangères serait propice à faciliter le travail de notre personnel douanier et à mettre en lumière ces infractions. Celle-ci semble exister de manière informelle dans certaines régions mais mériterait d'être officialisées. Dès lors, dès qu'un remboursement de TVA est effectué dans un pays voisin, nos autorités douanières devraient en être informées afin de vérifier si le processus légal a été respecté au retour en Suisse pour l'importation concernée. Cette mesure permettrait également de cibler plus efficacement les contrôles pour mieux poursuivre les infractions.

IV. Conclusion

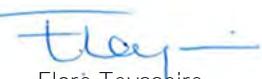
L'abaissement de la franchise-valeur est un levier efficace pour lutter contre le tourisme d'achat : la Plateforme du commerce salue chaleureusement l'initiative du DFF de proposer une modification de l'ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités. Au vu des différents avis de ses membres, elle ne se prononcera toutefois pas sur le montant, tout en considérant que CHF 150.- est un maximum pour la franchise-valeur.

En outre, la majorité des membres de notre association considère que des mesures supplémentaires – telles que l'application d'une franchise-valeur uniquement aux personnes de plus de 16 ans, un renforcement de l'effectif douaniers sur l'ensemble du territoire ainsi que l'instauration d'un échange automatique d'information entre les douanes suisses et étrangères – doivent accompagner l'abaissement de la franchise-valeur afin de donner une réelle ampleur à ce changement de pratique pour juguler le tourisme d'achat de manière efficiente.

Nous vous remercions chaleureusement pour le temps accordé à la prise en considération de notre position et restons volontiers à votre disposition pour tous renseignements complémentaires.

Nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, Madame, Monsieur, en l'assurance de notre parfaite considération.

Présidente


Florè Teyssière

Membre du comité


Yves Menoud

La Plateforme du Commerce (<https://plateformeducommerce.ch/>) est une association qui vise à faire face au tourisme d'achat, au commerce transfrontalier, à la distorsion de concurrence et au commerce en ligne.

Formellement constituée depuis le 6 juin 2017 par un groupe de travail spécifique composé par diverses organisations économiques, la Plateforme du commerce poursuit depuis lors, en tant qu'interlocuteur reconnu des autorités, les démarches initiées par ces entités depuis 2011 auprès des autorités pour faire face à la problématique du commerce transfrontalier. Elle est aujourd'hui composée de :

- Artisans Boulanger-Confiseurs du canton de Genève
- Association des marchés de Genève
- Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève
- Fédération des entreprises romandes Genève
- Fédération Genevoise des Fournisseurs de la Construction
- Fédération des métiers du bâtiment
- Genève Commerces
- Nouvelle Organisation Des Entrepreneurs, depuis 1922 (NODE)
- Société Patronale des Bouchers-Charcutiers, Genève
- Union Maraîchère de Genève

INTERPROFESSION DE LA VIGNE ET DES VINS SUISSES
BRANCHENVERBAND SCHWEIZER REBEN UND WEINE
ORGANIZZAZIONE DI CATEGORIA DELLA VITE E DEI VINI SVIZZERI.

Bundesamt für Zoll
und Grenzsicherheit BAEG

Schweizerischer Weinbauernverband (SWBV)

Federazione svizzera dei viticoltori (FSV)

Fédération suisse des vignerons (FSV)

19. März 2024

Aktenzeichen:

Par courriel à :
zolerveranlagung@bazg.admin.ch

Madame
Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Département fédéral des finance
Bundesgasse 3
3003 BERNE

Berne, le 15 mars 2024

Abaissement de la franchise-valeur dans le trafic touristique

Madame la Conseillère fédérale,

Au vu de l'importance du sujet et qui touche de près toute l'économie vitivinicole du pays, nous tenons à prendre part à la consultation lancée le 30 novembre 2023 par votre département sur l'objet cité en titre.

L'Office fédéral de l'agriculture (OFG) publie chaque année son rapport intitulé "L'année viticole" dans lequel elle annonce le volume de vin consommé en Suisse en considérant la production indigène, les volumes importés et le niveau des stocks au 31 décembre de chaque année. Jusqu'en 2017, la Régie fédérale des alcools publiait sa brochure "L'alcool en chiffres" qui considérait par estimation la quantité de vin étranger importée en Suisse par des particuliers en franchise de toute redevance. Ces estimations sont malheureusement plus disponibles depuis 2018 et ne nous permettent par conséquent plus de faire une estimation précise des volumes de consommation de vin publiés par l'OFG. Les chiffres de consommation publiés désormais par la Confédération sont erronés et biaissent la réalité économique de notre secteur agricole. Le Conseil fédéral a été saisi sur ces questions par les interpellations 21.3179 et 15.3806 sans qu'une solution satisfaisante n'ai été trouvée.

Pour ces raisons, la Fédération suisse des vignerons soutient pleinement la prise de position de l'Union suisse des paysans (USP) du 16 janvier 2024 rédigée dans les propositions demandant le dédouanement électronique d'une part et l'abaissement de la valeur globale de 50 francs (franchise-valeur) par personne et par jour.

Nous vous remercions de considérer notre prise de position commune à nos deux associations comme équivalente à celle de l'USP.

Nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre parfaite considération.

Jacques Bourgeois, Président,
ex. Conseiller national

Marco Romano, Président IVVS
ex. Conseiller national

Annexe mentionnée

Schweizer Bauernverband
Union Suisse des Paysans
Unione Svizzera dei Contadini



Département fédéral des finances
Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Bundesgasse 3
3003 Berne

Brugg, le 16 janvier 2024

Responsable : Michel Darbellay
Secrétariat : Jeannette Saurer
Document : 240116_Abaissement franchise-valeur
TVA.pdf

Par e-mail à :
zollveranlagung@ba zg.admin.ch

Abaissement de la franchise-valeur dans le trafic touristique

Madame la Conseillère fédérale,

Le Département fédéral des finances propose d'abaisser la franchise-valeur dans le trafic touristique de 300 francs actuellement à 150 francs, au 1^{er} janvier 2025. Cette proposition fait suite à différentes interventions parlementaires visant à lutter contre le tourisme d'achat.

Le tourisme d'achat préteur forte l'économie suisse. Les prix pratiqués à l'étranger sont la résultante de coûts sensiblement inférieurs au contexte suisse. En plus de cela, la franchise-valeur actuelle de 300 fr. par personne, mais aussi les exonérations de droits de douane sur certains produits comme la viande par exemple, induisent une inégalité fiscale, débouchant sur un traitement inégal par rapport aux consommateurs faisant leurs achats en Suisse.

Franchise-valeur de 150 fr. encore beaucoup trop élevée

Les initiatives cantonales 18.300 et 18.316 demandaient à ce que l'ensemble des importations de marchandises privées soient soumises à la TVA suisse si la TVA étrangère fait l'objet d'un remboursement. En Allemagne, la TVA est remboursée à partir de 50 Euros, en Autriche, à partir de 75 Euros et en France, à partir de 100 Euros. Une franchise-valeur à 150 fr., telle que proposée dans la consultation, est encore trop élevée et n'aurait que des effets minimes.

En prenant l'exemple de l'achat de marchandises pour 500 fr. en France, la TVA étrangère serait remboursée et l'abaissement de la franchise-valeur n'aurait aucun effet puisque pour un véhicule de 4 personnes, la franchise-valeur serait de 4 fois 150 fr. soit 600 fr.

Le dédouanement électronique permet une mise en œuvre facilitée et efficace

Au vu de la problématique du tourisme d'achat mais aussi compte tenu des procédures de dédouanement facilitées via « Quickzoll », nous demandons un abaissement à 50 fr. Ainsi, il est possible d'éviter les dédouanements pour des montants « bagatelle », tout en instaurant une cohérence avec les remboursements de TVA étrangère.

Nous sommes conscients qu'une franchise-valeur différenciée en fonction du pays d'origine n'est pas envisageable. Nous demandons à s'aligner sur le plus faible seuil d'exonération du pays d'origine, à savoir sur l'Allemagne. Enfin, nous demandons la suppression de la franchise-valeur pour les voyageurs de moins de 16 ans car l'exonération de la TVA étrangère est fonction du montant des achats et non du nombre de personnes concernées lors du dédouanement.

Schweizer Bauernverband
Union Suisse des Paysans
Unione Svizzera dei Contadini



Page 2 | 2

| Article | Projet en consultation | Position USP |
|--------------------|---|--|
| Art. 1 let. c | c. les marchandises du trafic touristique au sens de l'art. 16, al. 2, de la loi du 18 mars 2005 sur les douanes, jusqu'à une valeur globale de 150 francs (franchise-valeur) par personne; les biens mentionnés à la let. b ne sont pas comptabilisés dans le calcul de la valeur globale; | les marchandises du trafic touristique au sens de l'art. 16, al. 2, de la loi du 18 mars 2005 sur les douanes, jusqu'à une valeur globale de 50 francs (franchise-valeur) par personne; les biens mentionnés à la let. b ne sont pas comptabilisés dans le calcul de la valeur globale; |
| Art. 2, al. 2 et 3 | 2 Si la valeur globale des biens dépasse 150 francs par personne, la totalité des biens importés est soumise à l'impôt. 3 Si la valeur d'un bien dépasse 150 francs, il est toujours soumis à l'impôt. | 2 Si la valeur globale des biens dépasse 50 francs par personne, la totalité des biens importés est soumise à l'impôt. 3 Si la valeur d'un bien dépasse 50 francs, il est toujours soumis à l'impôt. |

Nous sommes persuadés que l'application d'une franchise-valeur plus stricte sera favorable à la population suisse dans son ensemble, par une économie moins impactée par la concurrence inégale du tourisme d'achat.

Nous vous remercions pour la prise en compte de notre position et vous adressons, Madame la Conseillère fédérale, nos respectueuses salutations.

Avec nos meilleures salutations

Union Suisse des Paysans

Markus Ritter
Président

Martin Rufer
Directeur



b7z6

Stiftung für Konsumentenschutz
Nordring 4
Postfach
3001 Bern

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Zustellung per E-Mail:
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Rückfragen:

André Bähler, Leiter Politik und Wirtschaft
a.baehler@konsumentenschutz.ch; 031 370 24 21

Bern, 15.03.2024

Vernehmlassung «Senkung der Wertfreigrenze»

Sehr geehrter Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Stiftung für Konsumentenschutz dankt Ihnen für die Gelegenheit, zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen Stellung nehmen zu können.

1. Grundsätzliches

Der Bundesrat lehnt in seiner Antwort auf die Motion 19.3975 eine Senkung der Wertfreigrenze ab. Der Konsumentenschutz teilt diese Haltung, insbesondere aus folgenden Gründen:

-Eine Senkung der Wertfreigrenze würde zu einem unverhältnismässigen Mehraufwand für das Zollpersonal und die Bürgerinnen und Bürger führen. Betroffen wären davon nicht nur Konsumenten, die gezielt im Ausland einkaufen, sondern sämtliche Reisende, die aus dem Ausland in die Schweiz zurückkehren.

-Ursache für die relativ häufigen Einkäufe im Ausland sind nicht die steuerlichen Vorteile aufgrund der Wertfreigrenze, sondern die teilweise massiven Preisunterschiede für identische Produkte. Eine Senkung der Wertfreigrenze ist blosse Symptombekämpfung.

-Auslandseinkäufe haben eine preisdisziplinierende Auswirkung auf die inländischen Angebote.

-Günstige Einkaufsmöglichkeiten sind für einkommensschwache Personen essentiell, insbesondere da diese bereits mit der aktuell hohen Teuerung zu kämpfen haben.

-Eine Senkung der Wertfreigrenze würde sehr wahrscheinlich zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen und Staus an den Grenzübergängen führen. Einerseits gäbe es Anreize, die Einkäufe auf mehrere Autofahrten zu verteilen, andererseits müssen auch Einkäufe verzollt werden, die früher noch von der Einfuhrsteuer befreit waren.

-Die Wertfreigrenze von 300 Franken entspricht internationalem Standard: die EU-Länder kennen bei Importen aus Drittstaaten eine Wertfreigrenze von 300 Euro, bzw. sogar 430 Euro bei Einreisen per Flugzeug oder Schiff.

2. Ausmass der Senkung

Obwohl der Bundesrat gegen eine Senkung der Wertfreigrenze ist, ist er verpflichtet die Motion 19.3975 umzusetzen. Die Motion gibt allerdings keine bestimmte Höhe der Wertfreigrenze vor, der Bundesrat hat somit einen gewissen Spielraum bei der Umsetzung. Akteure wie zum Beispiel die Swiss Retail Federation, deren Mitglieder sich von einer Neuregelung finanzielle Vorteile versprechen, fordern eine Senkung auf 50 Franken¹. Eine solch weitgehende Forderung ist aus folgenden Gründen strikte abzulehnen:

-Bei einer solchen Regelung müssten selbst Kleinstbeträge verzollt werden. Wenn jemand zum Beispiel aus den Ferien ein Buch und ein paar Lebensmittel mit einem Gesamtwert von 52 Franken einführen möchte, müsste er diese verzollen und (beim reduzierten Satz von 2.6%) eine Einfuhrsteuer von 1.35 Franken bezahlen, ansonsten würde er sich strafbar machen. Dass eine solche Regelung weder für das Zollpersonal noch die Bürgerinnen und Bürger praktikabel ist, scheint offensichtlich.

-Eine Wertfreigrenze von 50 Franken würde zu einer Doppelbesteuerung führen, da die ausländische Mehrwertsteuer in gewissen Ländern erst ab einer deutlich höheren Schwelle zurückgefordert werden kann.

-Die Befürworter einer 50 Franken-Regelung verweisen regelmässig auf die Studie «Einkaufstourismus Schweiz 2022/2023». Angeblich soll eine Senkung der Wertfreigrenze auf 50 Franken die Auslandseinkäufe um rund 33% reduzieren. Zu beachten ist, dass die Studie zwar von der Universität St. Gallen publiziert wurde, allerdings von der Swiss Retail Federation, dem Handelsverband.swiss sowie Aldi Suisse gesponsert wurde – alles Akteure, die eine tiefe Wertfreigrenze anstreben, weil sie hoffen davon finanziell zu profitieren. Nebst der fehlenden Unabhängigkeit fällt auf, dass die Ergebnisse nicht auf das tatsächliche Verhalten der Konsumenten abstellen, sondern auf beabsichtigte Verhaltensweisen, die nicht unbedingt übereinstimmen müssen (attitude-behavior-gap). Ausserdem weist die Frage, die zum erwähnten Ergebnis führt, Suggestivcharakter auf. Es wird nicht gefragt, ob die Befragten die Einkaufsmenge bei einer Wertfreigrenze reduzieren würden, sondern um wie viel Prozent². Eine Reduktion der Einkaufsmenge wird also mit der Frage schon vorweggenommen. Insgesamt bestehen erhebliche Zweifel, ob der in der Studie postulierte Effekt in diesem Ausmass in der Realität auch eintreffen würde.

¹ Siehe zum Beispiel: <https://www.watson.ch/wirtschaft/schweiz/603987943-einkaufstourismus-wertfreigrenze-ab-50-franken-gefordert>

² Siehe Seite 80: «Um wie viel Prozent würden Sie Ihre Einkäufe im grenznahen Ausland reduzieren, wenn die mehrwertsteuerfreie Einfuhr von Waren in die Schweiz nur noch für Einkäufe bis CHF 50,- möglich ist?»

3. Haltung der Bevölkerung und des Konsumentenschutzes

Der Konsumentenschutz hat Mitte November 2023 eine [Petition gegen die Senkung der Wertfreigrenze](#) lanciert. Obwohl kaum beworben, wurde sie bisher von 6380 Personen unterzeichnet (Stand: 14. März 2024).

Der Konsumentenschutz hat zudem seit Bekanntgabe der Pläne zur Senkung der Wertfreigrenze überdurchschnittliche viele Zuschriften aus der Bevölkerung erhalten, die eine solche Massnahme dezidiert ablehnen.

Wir sind uns bewusst, dass der Bundesrat verpflichtet ist, die vom Parlament überwiesene Motion 19.3975 umzusetzen. Eine Halbierung der Grenze halten wir jedoch für unverhältnismässig, zumal gemäss Motionstext die Massnahme nur für den kleinen Grenzverkehr hätte gelten sollen und der Umfang der Senkung nicht näher definiert wird. Wir schlagen deshalb eine Senkung auf 250 Franken vor, dies wäre immer noch eine Reduktion um 16.7% im Vergleich zu der aktuell geltenden Wertfreigrenze.

* * *

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen und stehen Ihnen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Sig. Sara Stalder
Geschäftsleiterin

Sig. André Bähler
Leiter Politik und Wirtschaft

Märki Karin BAZG

Von: Daniel Fleury <daniel.fleury@bluewin.ch>
Gesendet: Mittwoch, 6. Dezember 2023 08:16
An: _BAZG-Zollveranlagung
Betreff: Consultation franchise 150 fr.

Madame, Monsieur,

Je prends la liberté de vous écrire dans le contexte de la consultation sur l'abaissement de la franchise douanière au 1^{er} janvier 2025. Je comprends les inquiétudes de l'économie suisse quant aux achats alimentaires transfrontaliers, mais il est à craindre que cette mesure renforce aussi l'îlot de cherté de la Suisse et sa dépendance face à certains acteurs économiques étrangers.

La vente par correspondance s'est généralisée et se développera sans doute encore. C'est particulièrement important pour des régions comme le canton du Jura, et des villages très excentrés comme celui où j'habite, de pouvoir bénéficier d'un accès aux produits de consommation courants. Les magasins d'habits ou les librairies ne survivent pas dans nos régions, et il n'est pas envisageable de devoir se rendre à Bâle, Biel ou Lausanne pour ses achats.

Pour répondre aux achats des Suisses sur internet, certains acteurs européens ont créé leur propre vitrine virtuelle en Suisse pour y vendre leurs produits. Si une partie d'entre eux ont des pratiques correctes, d'autres prélevent une plus-value totalement injustifiée et disproportionnée, de 10 à 25% parfois (par exemple, pour les livres et habits : La Redoute, Cyrillus, Fnac, Veepee, ...) C'est un abus contre lequel la Confédération a déjà voulu lutter, il me semble.

Abaisser la franchise à 150 fr. consolidera la pratique de ces sociétés. La surfacturation indue qu'ils pratiquent sera moins criante aux yeux des consommateurs si ceux-ci rencontrent de mêmes surcoûts à la frontière. Les clients se résoudront à faire leurs achats sur les plateformes suisses, justifiant ainsi ces plus-values, sans que l'économie suisse n'en profite. Ces marges supplémentaires profitent pour l'essentiel aux maisons-mères, et ne servent pas forcément à payer du personnel employé et vivant en Suisse.

Ce problème des plus-value injustifiées et pénalisantes pour les Suisses est particulièrement visible dans le marché du livre, mais il est également présent dans le secteur de l'habillement. **Il faudrait donc pouvoir disposer de franchises différenciées sur les ou des produits non-alimentaires.**

Le second problème lié à l'abaissement de cette franchise est lié au renvoi de la marchandise. Sans vitrine pour examiner ou essayer les produits, il est important de pouvoir les retourner. Cela peut arriver pour un livre, mais c'est plus fréquent dans le domaine de l'habillement. Serait-il normal de devoir payer la franchise sur deux habits à choix alors que l'on n'en gardera qu'un seul, ou même aucun s'il s'avère qu'ils ne conviennent pas ?

Une approche écologique du problème, que fait aussi la Confédération, tendrait à dire à juste titre qu'il faut éviter au maximum ce système de renvoi pour des questions de protection du climat. Seul l'aspect de la franchise doit être examiné cependant dans cette consultation, puisque l'incidence sur le climat est identique en cas de renvoi si l'achat par internet se fait en Suisse ou si le consommateur doit se déplacer à Biel-Bâle-Lausanne pour les achats. Il faudrait que les nouvelles dispositions qui entreront en vigueur permettent le **remboursement de la franchise lorsqu'un article taxé à l'entrée est renvoyé au vendeur.**

Une adaptation ou un développement de l'**application Quickzoll** pourrait contribuer à rendre la chose moins ou pas compliquée.

Même si je n'ai pas été invité à participer à cette consultation, je pense m'exprimer au nom d'un certain nombre de citoyens, et j'espère que l'administration et le Département tiendront compte de ces arguments.

A votre disposition et avec mes salutations les meilleures

Daniel Fleury
Rue du Jura 13
2924 Montignez

032 475 60 19 (p)
032 467 17 77 (b)
079 696 93 43

Peter Höltschi

8708 Männedorf, 06.12.2023
Allenbergrstrasse 25
pehoe@bluewin.ch
079/401'72'60

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Vernehmlassung betreffend

**Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen, von unbedeutendem Wert oder mit geringfügigem Steuerbetrag:
Generelle Senkung der Wertfreigrenze**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur vorstehenden Verordnungsänderung danke ich Ihnen bestens. Ich beantrage Ihnen:

«Es sei auf die geplante Änderung ersatzlos zu verzichten und die bestehende Verordnung unverändert zu lassen.»

Ich gehöre keiner der zur Vernehmlassung aufgerufenen Organisationen an. Ich bin einer, der ab und zu, wenn er auf Reisen aus dem Ausland, vor allem aus Deutschland, zurück in die Schweiz kommt, Waren des täglichen Gebrauchs im Ausland einkauft und in die Schweiz einführt. Ich mache dies deshalb, weil der Einkauf in Deutschland bspw. von Wasch- und Reinigungsmitteln maximal die Hälfte kostet. Ähnliches gilt für Toilettenartikel und gewisse Drogerieheilmittel. Ab und zu gibt es auch etwas Wein aus Frankreich. Die Preisdifferenz von Wasch-, Reinigungsmitteln, Toilettenartikeln und Drogerieheilmittel sowie von Artikeln des täglichen Bedarfs kommt nicht daher, dass diese Differenz Coop oder der Drogerie in der Schweiz zugutekommt, sondern diese Preisdifferenz landet grössten Teils in den Taschen der Grosskonzerne, die diese Artikel produzieren und/oder vertreiben, weil diese Grosskonzerne eine Preisbindung durchsetzen und/oder die Schweiz keine Parallelimporte zulässt.

Bei meinen Einkäufen halte ich die Wertfreigrenze der Schweiz stets ein oder dann verzolle ich meine Waren und liefere dabei auch die schweizerische Mehrwertsteuer ab. Die ausländische Mehrwertsteuer fordere ich nie zurück, wenn ich von der aktuellen Wertfreigrenze von CHF 300.- Gebrauch mache. Irgendein Fiskus soll ja eine Steuer erhalten. Und ausserdem sind die Schritte zur Rückforderung der Mehrwertsteuer an der Grenze zu kompliziert, zu aufwändig und die Wartezeiten beim ausländischen Zollbeamten und am schweizerischen Zoll sind unerträglich und viel zu lange.

Und diese Wartezeiten werden nur länger, wenn die Wertfreigrenze wie vorgeschlagen gesenkt wird, weil noch mehr Waren verzollt werden müssen. Und unser Zoll und unsere Grenzwacht haben bestimmt wichtigere Aufgaben und können und sollen nicht mehr Leute für diesen kleinen Grenzverkehr abstellen. Aus diesem Grund hat der frühere Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements auf eine solche Senkung verzichtet. Und diejenigen, die im Parlament die heutige Anpassung vorangetrieben und einverlangt haben, vertreten blos Partikularinteressen der Grenzkantone und keinesfalls die Interessen der Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz, die heute schon mit den überhöhten Preisen auf den besagten Artikeln geschädigt werden.

Sollte dennoch eine Senkung der Wertfreigrenze in Aussicht genommen werden, so müsste dies einhergehen mit der unmittelbaren Zulassung von Parallelimporten für Wasch-, Reinigungsmittel, Toilettenartikel, Drogerieheilmittel sowie Gegenstände des täglichen Bedarfs und mit handfesten Massnahmen gegen die Preisbindung der Vertreiber dieser Artikel.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Peter Höltchi

Fritz Thomas Klein
Kilchbergstrasse 77
8038 Zürich

10. Dezember 2023

Eidg. Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Privatperson möchte ich im Rahmen der Vernehmlassung obengenannter Vorlage die folgende Stellungnahme abgeben:

Der Vorschlag steht aus diversen Gründen völlig quer in der Landschaft:

1. Der Verdruss breiter Kreise der Öffentlichkeit über die überbordende Regulierungssucht des Staates und seiner Bürokratie wird weiter angeheizt. Jeder kleine Vorteil für einfache Bürger wird immer weiter eingeschränkt. Die Fremdheit des Staates bei den einzelnen Bürgern wird weiter angeheizt.
2. Es ist daran zu denken, dass nicht blos nahe der Grenze Wohnende betroffen sind, die möglicherweise regelmässig im Ausland Güter des täglichen Bedarfes einkaufen, sondern auch solche Bürger in der ganzen Schweiz, die ein bis zweimal im Jahr ins Ausland in die Ferien reisen und die für Ihre Familie Geschenke mitbringen. Dieses ganz normale Verhalten kann kaum als volkswirtschaftliche Schädigung eingestuft werden, sondern entspricht einfach einem menschlichen Verhalten, das der Staat zu untergraben trachtet.
3. Die Änderung fordert einerseits geradezu zur Verletzung der Vorschriften auf und bringt andererseits zusätzliche, für die betroffenen Bürger ärgerliche Kontrollen mit sich.
4. Ob die vorgeschlagene Massnahme den Einkaufstourismus im Endeffekt tatsächlich reduzieren kann, ist in keiner Weise wissenschaftlich nachgewiesen.

Im Sinne der Staatsräson beantrage ich daher, auf diese Verordnungsveränderung zu verzichten.

Mit freundlichen Grüissen



Fritz Thomas Klein

Per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Zürich, 4. Januar 2024 | MK

Senkung der Wertfreigrenze im Reiseverkehr | Vernehmlassung 2023/79

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich erlaube mir einige Anmerkungen im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens betreffend Senkung der Wertfreigrenze im Reiseverkehr:

- Angesichts der gestiegenen Teuerung drängt sich eine Senkung der Wertfreigrenze nicht auf. Im Gegenteil ist zu überlegen, diese auf CHF 400.00 oder CHF 500.00 zu erhöhen.
- Die wirkungsvollste Massnahme zur Eingrenzung des Einkaufstourismus sind attraktive Preis in der Schweiz. Hier ist die Eigenverantwortung der Schweizer Detailhändler gefragt.
- Die Senkung der Wertfreigrenze ist blosse Symptombekämpfung und dazu angetan, die volkswirtschaftlich schädliche «Hochpreisinsel Schweiz» zu zementieren. Dies kann nicht im Sinn der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten sein.
- Ganz im Sinn des Titels der Motion 19.3975 «Verbesserung der Steuergerechtigkeit im Warenfluss ...» – und im Sinn einer Reduktion von administrativem Aufwand – könnte sich zudem eine Angleichung der Wertfreigrenze im Reiseverkehr und derjenigen für Online-Warenbestellungen im Ausland aufdrängen: Beide sollten bei CHF 300.00 (oder einem entsprechend höheren Betrag, s. oben) angesetzt sein.

Freundliche Grüsse



Marcel Küchler

Märki Karin BAZG

Von: nico stoecklin <nicostoecklin@gmail.com>
Gesendet: Montag, 8. Januar 2024 14:59
An: _BAZG-Zollveranlagung
Betreff: Wertfreigrenze

Guten Tag,
Wieso die Wertfreigrenze von Fr.300 noch mehr gesenkt werden soll ist mir schleierhaft und ich empfinde das, in der Hochpreisinsel, als pure Schikane. Viele Politiker haben keine Ahnung wie Eng das Budget von Familien ist.
Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen
Nico Stöcklin

Märki Karin BAZG

Von: Raphael G. Tscharland <rgtscharland@outlook.com>
Gesendet: Montag, 8. Januar 2024 16:39
An: _BAZG-Zollveranlagung
Betreff: Öffentliche Vernehmlassung MwSt.

Wie von Herrn Meierhans vorgeschlagen bin ich auch der Überzeugung, dass eine Senkung der max. MwSt.-Freigrenze von CHF300.- der falsche Weg ist, da es eben mehr Bürokratie erzeugt!

MFG
RGT

Thierry Kenel

Dr en sc. économiques
Chargé de cours HEC Lausanne

Konradsweg 28

Mobile ++41 79 610 20 11

8832 Wilen (Sz) Switzerland

E-mail thierry.kenel@bluewin.ch

Confédération Suisse
Département fédéral des finances DFF
Office fédéral de la douane BAGZ
Bundesgasse 3
3003 Berne

Biel/Bienne, le 12 janvier 2024

Consultation : ordonnance du DFF régissant la franchise d'impôt à l'importation de biens en petites quantités, d'une valeur minime ou pour lesquels le montant de l'impôt est insignifiant

Chère Madame, cher Monsieur,

Nous tenons à vous remercier de votre invitation à participer à la consultation susmentionnée et à vous faire part de nos réflexions et de nos suggestions. Nous ne saluons pas du tout le fait que le DFF souhaite réviser cette ordonnance, ceci pour les raisons explicitées ci-après.

Comme le titre de l'ordonnance indique clairement « à l'importation de biens en petites quantités, d'une valeur **minime** ou pour lesquels le montant **de l'impôt est insignifiant** ». Jusqu'à présent la franchise d'impôt à l'importation est de CHF 300.-, c'est donc valeur « **minime et pour lequel l'impôt est insignifiant** ». Diminuer cette franchise encore davantage à une valeur encore plus ridicule et un impôt encore plus insignifiant, soit à CHF 150.-, ne fait aucun sens.

L'administration des douanes devra multiplier non seulement les contrôles à la douane, mais devrait traiter un volume de dédouanement beaucoup plus élevé. Cependant, l'administration des douanes n'a ni les ressources pour augmenter la fréquence des contrôles, ni pour traiter le volume de dédouanement, même pas en instaurant « QuickZoll » mentionné dans le rapport. Déjà actuellement, avec une franchise de CHF 300.-, les ressources de l'administration des douanes sont insuffisantes. En baissant la franchise davantage à CHF 150.-, le volume à dédouaner ne va pas doubler comme estimé par l'Université de St. Gall, mais va être un multiple de ce chiffre. De plus, les coûts marginaux de contrôle, de dédouanement et de gestion des systèmes (aussi QuickZoll et App) dépasseront de loin les revenus des impôts additionnels.

Aussi l'abaissement à une franchise de CHF 150.- est une barrière au tourisme. Certains « Tour Operators » ne vont plus inclure la Suisse dans leur circuit à travers l'Europe ; le tourisme va donc également souffrir. Ils resteront de préférence dans l'espace européen.

Alors que l'Europe connaît une franchise de EUR 300.-, un abaissement pour la Suisse à CHF 150.- devrait être communiqué à la douane pour avertir les touristes étrangers notamment. De plus, cet abaissement de la franchise ne sera pas compris, ni des touristes

Thierry Kenel

Dr en sc. économiques
Chargé de cours HEC Lausanne

Konradsweg 28

Mobile ++41 79 610 20 11

8832 Wilen (Sz) Switzerland

E-mail thierry.kenel@bluewin.ch

étrangers, ni de la population Suisse. Alors que nous préconisons l'espace Schengen, donc la liberté de circulation des personnes en Europe, nous souhaiterions instaurer une barrière au trafic touristique par une franchise douanière de CHF 150.-, sorte de protectionnisme inutile et néfaste à notre économie. De plus, cette manière de faire serait contraire aux principes de la WTO comme aussi contraire aux conventions internationales contre la double imposition. En fait, dans l'espace Schengen, il faudrait tout simplement lever toute barrière tarifaire inutile.

En fait, pour quelle réelle raison nos autorités suprêmes se borgne à vouloir changer ce qui est par définition « insignifiant » ? Est-ce que la Suisse n'a pas d'autre problèmes que de s'occuper de ce qui est insignifiant ? Quelle image communiquerions-nous avec une telle franchise de CHF 150.- de la Suisse au travers le monde ? Evitons si possible de mettre la Suisse et nos autorités dans une position ridicule.

Ce qui est bien relevé dans le rapport explicatif est aussi le fait que les touristes ne se prennent pas le temps pour bien déclarer leurs marchandises à l'importation, ce qui est déjà un problème avec une franchise de CHF 300.-, c'est-à-dire le temps perdu à la douane est inadéquat avec la valeur ridicule (dite insignifiante) pour la déclaration. Du coup, ceci sera moteur et accélérateur à la contrebande. Par cette idée d'abaissement la valeur de la franchise d'importation, nous allons évidemment aussi « criminaliser » les touristes et notre population Suisse, car qui d'entre eux réellement s'arrêteraient et perdraient du temps à la douane Suisse pour une valeur de CHF 150.-?

Le problème de base n'est pas le trafic de marchandise par les touristes, mais la surévaluation hors norme du CHF envers les autres monnaies, ceci est un accélérateur au tourisme d'achat à l'étranger. Si le CHF équivalait un EUR, alors il n'y aurait moins d'incitations de faire les courses ou les achats à l'étranger. A vrai dire, une franchise douanière pourrait tout simplement être abolie.

Aussi la surévaluation CHF envers les autres monnaies, notamment l'EUR et le USD, freine les exportations de sorte que nos entreprises exportatrices déclarent moins de résultats avant impôts. C'est à ce niveau-là il y a réellement une perte significative de la substance fiscale en Suisse. D'une part à cause du volume d'exportation en baisse vu le renchérissement de nos biens à exporter, et d'autre part à cause des concessions sur les prix en CHF que les entreprises sont contraintes à faire. Donc la perte de la substance fiscale en Suisse est d'un montant non seulement significatif, mais astronomique. Là il y aurait matière à intervenir pour que la substance fiscale soit préservée en Suisse. Pour ce faire, la BNS devrait intervenir pour renverser cette surévaluation du CHF envers les autres monnaies, du coup, ceci freinerait automatiquement aussi l'incitation de faire les courses et les achats à l'étranger.

Nous restons à votre disposition pour des explications plus détaillées et vous prions d'agrérer,
Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

Thierry Kenel

Armin Süess
Gerligen 3
6275 Ballwil
Armin.sueess@bluewin.ch

Ballwil, 16.01.2024

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 wurden die interessierten Kreise eingeladen, zur Änderung der *Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen* (Vernehmlassung 2023/79) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns dazu wie folgt:

Aus folgenden Gründen sind wir gegen eine Senkung der Zollfreigrenze auf CHF 150.-- für selbstimportierte Waren:

1. Der administrative Aufwand für die Zollabfertigung wird unnötig erhöht.
2. Der Autoverkehr an der Grenze wird durch das Veranlagungsprozedere quasi zum Erliegen kommen, was im Prinzip den Abkommen mit der EU widerspricht (Schengen/Dublin).
3. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso der Bund die Importzölle für Industriewaren aufhebt, hier aber den einzelnen Bürger zur Kasse bitten will.
4. Würden wir es schätzen, wenn der Bundesrat zuerst etwas gegen die überrissenen Importpreise («Schweizzuschlag») unternehmen würde, statt Leute die zum Selbstschutz diesen umgehen wollen, zu plagen.

Wir beantragen folgendes:

1. Der Bundesrat muss die volkswirtschaftlichen Nachteile der vorgeschlagenen Lösung aufzuzeigen. Es sind die Mehreinnahmen durch den Zoll dem Mehraufwand für die Erhebung der MwSt gegenüber zu stellen.
2. Es ist aufzuzeigen wie hoch der Geldabfluss aus der Schweiz und die Gewinnmaximierung der Importeure und der ausländischen Produzenten durch die überhöhten Preise in der Schweiz ausfallen. Die durchschnittliche Belastung des einzelnen Haushalts durch den «Schweizzuschlag» ist auszuweisen.
3. Der Bundesrat muss aufzeigen in welchem Mass Grenzgänger von den sinkenden Umrechnungskursen € - CHF seit Einführung des € profitiert haben und inwiefern diese indirekte Lohnerhöhung durch den Fiskus der Eidgenossenschaft resp. der Kantone abgeschöpft wurde oder werden könnte. Es sind Massnahmen zur stärkeren Fiskalen Belastung dieser Währungsgewinne umzusetzen.

Danke für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme und der Anträge in Ihrer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse



Vorname, Name: Jeanette Greub
Adresse: Weststrasse 22
PLZ, Ort: 4500 Langenthal
e-mail-Adresse: jeanette.greub@bluewin.ch

Ort, Datum: 19. 2. 24

Empfänger
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 wurden die interessierten Kreise eingeladen, zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen (Vernehmlassung 2023/79) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns dazu wie folgt:

Aus folgenden Gründen sind wir gegen eine Senkung der Zollfreigrenze auf CHF 150.-- für selbstimportierte Waren:

1. Es handelt sich um eine protektionistische, illiberale Massnahme. Es ist nicht verständlich wieso sich die Detailhändler, mit staatlicher Hilfe, dem Wettbewerb entziehen können, jeder Arbeitnehmer jedoch durch die Personenfreizügigkeit mit der EU direkt am Arbeitsplatz konkurriert werden darf. NB: mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Löhne und den Wohnungsmarkt!
2. Der administrative Aufwand für die Zollabfertigung wird durch die geplante Massnahme unnötig erhöht und der Autoverkehr an der Grenze wird quasi zum Erliegen kommen. Was im Prinzip den Abkommen mit der EU widerspricht (Schengen/Dublin).
3. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso der Bund die Importzölle für Industriewaren aufhebt, mit der vorliegenden Massnahme aber den einzelnen Bürger zur Kasse bitten will.
4. Würden wir es schätzen, wenn der Bundesrat zuerst etwas gegen die überrissenen Importpreise («Schweizzuschlag») unternehmen würde, statt Leute die zum Selbstschutz diesen umgehen wollen, zu plagen.

Wir beantragen folgendes:

1. Der Bundesrat muss die volkswirtschaftlichen Nachteile der vorgeschlagenen Lösung aufzuzeigen. Es sind die Mehreinnahmen durch den Zoll dem Mehraufwand für die Erhebung der MwSt gegenüber zu stellen.
2. Es ist aufzuzeigen wie hoch der Geldabfluss aus der Schweiz und die Gewinnmaximierung der Importeure und der ausländischen Produzenten durch die überhöhten Preise in der Schweiz ausfallen. Die durchschnittliche Belastung des einzelnen Haushalts durch den «Schweizzuschlag» sind auszuweisen.
3. Der Bundesrat muss aufzeigen in welchem Mass Grenzgänger von den sinkenden Umrechnungskursen € - CHF seit Einführung des € profitiert haben und inwiefern diese indirekte Lohnerhöhung durch den Fiskus der Eidgenossenschaft resp. der Kantone abgeschöpft wurde oder werden könnte. Es sind Massnahmen zur stärkeren Fiskalen Belastung dieser Währungsgewinne umzusetzen.

Danke für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme und der Anträge in Ihrer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

...Gerd
Unterschrift

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ, Ort:

e-mail-Adresse:

Sandra Greub
Bifangstr. 4
3380 Wangen a.d. Aare
sandra.greub@bluewin.ch

Ort, Datum:

19. 2. 24

Empfänger

zollveranlagung@bazg.admin.ch

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 wurden die interessierten Kreise eingeladen, zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen (Vernehmlassung 2023/79) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns dazu wie folgt:

Aus folgenden Gründen sind wir gegen eine Senkung der Zollfreigrenze auf CHF 150.-- für selbstimportierte Waren:

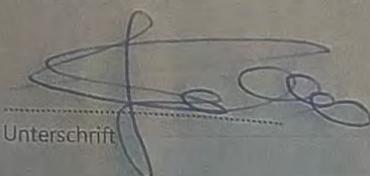
1. Es handelt sich um eine protektionistische, illiberale Massnahme. Es ist nicht verständlich wieso sich die Detailhändler, mit staatlicher Hilfe, dem Wettbewerb entziehen können, jeder Arbeitnehmer jedoch durch die Personenfreiheit mit der EU direkt am Arbeitsplatz konkurrenzieren darf. NB: mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Löhne und den Wohnungsmarkt!
2. Der administrative Aufwand für die Zollabfertigung wird durch die geplante Massnahme unnötig erhöht und der Autoverkehr an der Grenze wird quasi zum Erliegen kommen. Was im Prinzip den Abkommen mit der EU widerspricht (Schengen/Dublin).
3. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso der Bund die Importzölle für Industriewaren aufhebt, mit der vorliegenden Massnahme aber den einzelnen Bürger zur Kasse bitten will.
4. Würden wir es schätzen, wenn der Bundesrat zuerst etwas gegen die überrissenen Importpreise («Schweizzuschlag») unternehmen würde, statt Leute die zum Selbstschutz diesen umgehen wollen, zu plagen.

Wir beantragen folgendes:

1. Der Bundesrat muss die volkswirtschaftlichen Nachteile der vorgeschlagenen Lösung aufzuzeigen. Es sind die Mehreinnahmen durch den Zoll dem Mehraufwand für die Erhebung der MwSt gegenüber zu stellen.
2. Es ist aufzuzeigen wie hoch der Geldabfluss aus der Schweiz und die Gewinnmaximierung der Importeure und der ausländischen Produzenten durch die überhöhten Preise in der Schweiz ausfallen. Die durchschnittliche Belastung des einzelnen Haushalts durch den «Schweizzuschlag» sind auszuweisen.
3. Der Bundesrat muss aufzeigen in welchem Mass Grenzgänger von den sinkenden Umrechnungskursen € - CHF seit Einführung des € profitiert haben und inwiefern diese indirekte Lohnerhöhung durch den Fiskus der Eidgenossenschaft resp. der Kantone abgeschöpft wurde oder werden könnte. Es sind Massnahmen zur stärkeren Fiskalen Belastung dieser Währungsgewinne umzusetzen.

Danke für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme und der Anträge in Ihrer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse


Unterschrift

Vorname, Name: Werner Röthlisberger
Adresse: Grubenstrasse 42
PLZ, Ort: 3322 Uster/Schönbühl
e-mail-Adresse: W.Röthlisberger@quickeLine.ch

Ort, Datum: Schönbühl 20.02.2024

Empfänger
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 wurden die interessierten Kreise eingeladen, zur Änderung der Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen (Vernehmlassung 2023/79) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns dazu wie folgt:

Aus folgenden Gründen sind wir gegen eine Senkung der Zollfreigrenze auf CHF 150.-- für selbstimportierte Waren:

1. Es handelt sich um eine protektionistische, illiberale Massnahme. Es ist nicht verständlich wieso sich die Detailhändler, mit staatlicher Hilfe, dem Wettbewerb entziehen können, jeder Arbeitnehmer jedoch durch die Personenfreiheit mit der EU direkt am Arbeitsplatz konkurrenzieren darf. NB: mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Löhne und den Wohnungsmarkt!
2. Der administrative Aufwand für die Zollabfertigung wird durch die geplante Massnahme unnötig erhöht und der Autoverkehr an der Grenze wird quasi zum Erliegen kommen. Was im Prinzip den Abkommen mit der EU widerspricht (Schengen/Dublin).
3. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso der Bund die Importzölle für Industriewaren aufhebt, mit der vorliegenden Massnahme aber den einzelnen Bürger zur Kasse bitten will.
4. Würden wir es schätzen, wenn der Bundesrat zuerst etwas gegen die überrissenen Importpreise («Schweizzuschlag») unternehmen würde, statt Leute die zum Selbstschutz diesen umgehen wollen, zu plagen.

Wir beantragen folgendes:

1. Der Bundesrat muss die volkswirtschaftlichen Nachteile der vorgeschlagenen Lösung aufzuzeigen. Es sind die Mehreinnahmen durch den Zoll dem Mehraufwand für die Erhebung der MwSt gegenüber zu stellen.
2. Es ist aufzuzeigen wie hoch der Geldabfluss aus der Schweiz und die Gewinnmaximierung der Importeure und der ausländischen Produzenten durch die überhöhten Preise in der Schweiz ausfallen. Die durchschnittliche Belastung des einzelnen Haushalts durch den «Schweizzuschlag» sind auszuweisen.
3. Der Bundesrat muss aufzeigen in welchem Mass Grenzgänger von den sinkenden Umrechnungskursen € - CHF seit Einführung des € profitiert haben und inwiefern diese indirekte Lohnerhöhung durch den Fiskus der Eidgenossenschaft resp. der Kantone abgeschöpft wurde oder werden könnte. Es sind Massnahmen zur stärkeren Fiskalen Belastung dieser Währungsgewinne umzusetzen.

Danke für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme und der Anträge in Ihrer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

W. Röthlisberger
Unterschrift

Vorname, Name: Robert Meier
Adresse: Fildernrain 23
PLZ, Ort: 6030 Ebikon
e-mail-Adresse: rmeier.1973@gmx.net

Ort, Datum: Ebikon 23.2.2024

Empfänger
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 wurden die interessierten Kreise eingeladen, zur Änderung der *Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen* (Vernehmlassung 2023/79) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns dazu wie folgt:

Aus folgenden Gründen sind wir gegen eine Senkung der Zollfreigrenze auf CHF 150.-- für selbstimportierte Waren:

1. Es handelt sich um eine protektionistische, illiberale Massnahme. Es ist nicht verständlich wieso sich die Detailhändler, mit staatlicher Hilfe, dem Wettbewerb entziehen können, jeder Arbeitnehmer jedoch durch die Personenfreizügigkeit mit der EU direkt am Arbeitsplatz konkurreniert werden darf. NB: mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Löhne und den Wohnungsmarkt!
2. Der administrative Aufwand für die Zollabfertigung wird durch die geplante Massnahme unnötig erhöht und der Autoverkehr an der Grenze wird quasi zum Erliegen kommen. Was im Prinzip den Abkommen mit der EU widerspricht (Schengen/Dublin).
3. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso der Bund die Importzölle für Industriewaren aufhebt, mit der vorliegenden Massnahme aber den einzelnen Bürger zur Kasse bitten will.
4. Würden wir es schätzen, wenn der Bundesrat zuerst etwas gegen die überrissenen Importpreise («Schweizzuschlag») unternehmen würde, statt Leute die zum Selbstschutz diesen umgehen wollen, zu plagen.

Wir beantragen folgendes:

1. Der Bundesrat muss die volkswirtschaftlichen Nachteile der vorgeschlagenen Lösung aufzuzeigen. Es sind die Mehreinnahmen durch den Zoll dem Mehraufwand für die Erhebung der MwSt gegenüber zu stellen.
2. Es ist aufzuzeigen wie hoch der Geldabfluss aus der Schweiz und die Gewinnmaximierung der Importeure und der ausländischen Produzenten durch die überhöhten Preise in der Schweiz ausfallen. Die durchschnittliche Belastung des einzelnen Haushalts durch den «Schweizzuschlag» sind auszuweisen.
3. Der Bundesrat muss aufzeigen in welchem Mass Grenzgänger von den sinkenden Umrechnungskursen € - CHF seit Einführung des € profitiert haben und inwiefern diese indirekte Lohnerhöhung durch den Fiskus der Eidgenossenschaft resp. der Kantone abgeschöpft wurde oder werden könnte. Es sind Massnahmen zur stärkeren Fiskalen Belastung dieser Währungsgewinne umzusetzen.
4. Der steuerfreie Betrag soll, der offiziellen Jahresteuerung folgend, jährlich angepasst werden.

Danke für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme und der Anträge in Ihrer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse


Unterschrift

Märki Karin BAZG

Von: Marco Profeta <marco.profeta@gmx.ch>
Gesendet: Mittwoch, 6. März 2024 22:32
An: _BAZG-Zollveranlagung
Betreff: Vernehmlassung Wertfreigrenze

Sehr geehrte Damen und Herren

Eine Senkung der MWSt Freigrenze von 300.- pro Person auf 150.- erachte ich als den falschen Weg.

Der administrative Aufwand steht nicht im Verhältnis zum Nutzen. Auch besteht somit die Gefahr von unnötigen mehrfachen fahrten welche unternommen werden.

Vielmehr müsste der Druck erhöht werden das die Produkte endlich in etwa gleich teuer werden, so wird leider nach wie vor für das gleiche Produkt in Deutschland 50% weniger verlangt.

Dies obwohl der Euro-Frankenkurs bekanntlich unterhalb der Parität ist.

Freundliche Grüsse

Marco Profeta

Manfred R. Kron
Rombühlstrasse 5
8841 Gross SZ

Gross, 10. März 2024

Empfänger
zoloveranlagung@bazg.admin.ch

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 wurden die interessierten Kreise eingeladen, zur Änderung der Verordnung des EFD über steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen (Vernehmlassung 2023/79) Stellung zu nehmen. Ich danke Ihnen für diese Gelegenheit und äussere mich dazu wie folgt:

Aus folgenden Gründen bin ich gegen eine Senkung der Zollfreigrenze auf CHF 150.— für selbstimportierte Waren:

1. Es handelt sich um eine protektionistische, illiberale Massnahme. Es ist nicht verständlich wieso sich die Detailhändler, mit staatlicher Hilfe, dem Wettbewerb entziehen können, jeder Arbeitnehmer jedoch durch die Personenfreizügigkeit mit der EU direkt am Arbeitsplatz konkurrenzieren darf. NB: mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Löhne und den Wohnungsmarkt!
2. Der administrative Aufwand für die Zollabfertigung wird durch die geplante Massnahme unnötig erhöht und der Autoverkehr an der Grenze wird quasi zum Erliegen kommen, was im Prinzip den Abkommen mit der EU widerspricht (Schengen/Dublin).
3. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso der Bund die Importzölle für Industriewaren aufhebt, mit der vorliegenden Massnahme aber den einzelnen Bürger zur Kasse bitten will.
4. Ich würde es schätzen, wenn der Bundesrat zuerst etwas gegen die überrissenen Importpreise («Schweizzuschlag») unternehmen würde, statt Leute, die zum Selbstschutz diesen umgehen wollen, zu belasten:

Ich beantrage folgendes:

1. Der Bundesrat muss die volkswirtschaftlichen Nachteile der vorgeschlagenen Lösung aufzeigen. Es sind die Mehreinnahmen durch den Zoll dem Mehraufwand für die Erhebung der MwSt gegenüber zu stellen.
2. Es ist aufzuzeigen wie hoch der Geldabfluss aus der Schweiz und die Gewinnmaximierung der Importeure und der ausländischen Produzenten durch die überhöhten Preise in der Schweiz ausfallen. Die durchschnittliche Belastung des einzelnen Haushalts durch den «Schweizzuschlag» sind auszuweisen.
3. Der Bundesrat muss aufzeigen in welchem Mass Grenzgänger von den sinkenden Umrechnungskursen € - CHF seit Einführung des € profitiert haben und inwiefern diese indirekte Lohnerhöhung durch den Fiskus der Eidgenossenschaft, resp. der Kantone, abgeschöpft wurde oder werden könnte. Es sind Massnahmen zur stärkeren Fiskalen Belastung dieser Währungsgewinne umzusetzen.
4. Der steuerfreie Betrag soll, der offiziellen Jahresteuерung folgend, jährlich angepasst werden.

Danke für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme und der Anträge in Ihrer Vernehmlassung.

Mit freundlichen Grüßen


Manfred R. Kron

Vorname, Name: Antonio Madeira
Adresse: Therwilstr. 9
PLZ, Ort: 4142 Münchhausen
e-mail-Adresse: a.madeira@sunrise.ch

Ort, Datum: Münchhausen, 2.03.2024

Empfänger
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 wurden die interessierten Kreise eingeladen, zur Änderung der *Verordnung des EFD über die steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen* (Vernehmlassung 2023/79) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns dazu wie folgt:

Aus folgenden Gründen sind wir gegen eine Senkung der Zollfreigrenze auf CHF 150.-- für selbstimportierte Waren:

1. Es handelt sich um eine protektionistische, illiberale Massnahme. Es ist nicht verständlich wieso sich die Detailhändler, mit staatlicher Hilfe, dem Wettbewerb entziehen können, jeder Arbeitnehmer jedoch durch die Personenfreizügigkeit mit der EU direkt am Arbeitsplatz konkurriert werden darf. NB: mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Löhne und den Wohnungsmarkt!
2. Der administrative Aufwand für die Zollabfertigung wird durch die geplante Massnahme unnötig erhöht und der Autoverkehr an der Grenze wird quasi zum Erliegen kommen. Was im Prinzip den Abkommen mit der EU widerspricht (Schengen/Dublin).
3. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso der Bund die Importzölle für Industriewaren aufhebt, mit der vorliegenden Massnahme aber den einzelnen Bürger zur Kasse bitten will.
4. Würden wir es schätzen, wenn der Bundesrat zuerst etwas gegen die überrissenen Importpreise («Schweizzuschlag») unternehmen würde, statt Leute die zum Selbstschutz diesen umgehen wollen, zu plagen.

Wir beantragen folgendes:

1. Der Bundesrat muss die volkswirtschaftlichen Nachteile der vorgeschlagenen Lösung aufzuzeigen. Es sind die Mehreinnahmen durch den Zoll dem Mehraufwand für die Erhebung der MwSt gegenüber zu stellen.
2. Es ist aufzuzeigen wie hoch der Geldabfluss aus der Schweiz und die Gewinnmaximierung der Importeure und der ausländischen Produzenten durch die überhöhten Preise in der Schweiz ausfallen. Die durchschnittliche Belastung des einzelnen Haushalts durch den «Schweizzuschlag» sind auszuweisen.
3. Der Bundesrat muss aufzeigen in welchem Mass Grenzgänger von den sinkenden Umrechnungskursen € - CHF seit Einführung des € profitiert haben und inwiefern diese indirekte Lohnerhöhung durch den Fiskus der Eidgenossenschaft resp. der Kantone abgeschöpft wurde oder werden könnte. Es sind Massnahmen zur stärkeren Fiskalen Belastung dieser Währungsgewinne umzusetzen.
4. Der steuerfreie Betrag soll, der offiziellen Jahresteuerung folgend, jährlich angepasst werden.

Danke für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme und der Anträge in Ihrer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

A. Madeira
Unterschrift

Christian Stehr
Quellenweg 7
8845 Studen SZ

Studen, 11. März 2024

Empfänger
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 wurden die interessierten Kreise eingeladen, zur Änderung der Verordnung des EFD über steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen (Vernehmlassung 2023/79) Stellung zu nehmen. Ich danke Ihnen für diese Gelegenheit und äussere mich dazu wie folgt:

Aus folgenden Gründen bin ich gegen eine Senkung der Zollfreigrenze auf CHF 150.— für selbstimportierte Waren:

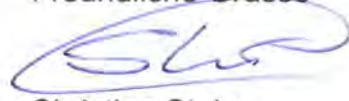
1. Es handelt sich um eine protektionistische, illiberale Massnahme. Es ist nicht verständlich, wieso sich die Detailhändler mit staatlicher Hilfe dem Wettbewerb entziehen können, jeder Arbeitnehmer jedoch durch die Personenfreizügigkeit mit der EU direkt am Arbeitsplatz konkurrenzieren werden darf. NB: mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Löhne und den Wohnungsmarkt!
2. Der administrative Aufwand für die Zollabfertigung wird durch die geplante Massnahme unnötig erhöht, und der Autoverkehr an der Grenze wird quasi zum Erliegen kommen, was im Prinzip den Abkommen mit der EU widerspricht (Schengen/Dublin).
3. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso der Bund die Importzölle für Industriewaren aufhebt, mit der vorliegenden Massnahme aber den einzelnen Bürger zur Kasse bitten will.
4. Ich würde es schätzen, wenn der Bundesrat zuerst etwas gegen die überrissenen Importpreise («Schweizzuschlag») unternehmen würde, statt Leute, die zum Selbstschutz diesen umgehen wollen, zu belasten.

Daher beantrage ich Folgendes:

1. Der Bundesrat muss die volkswirtschaftlichen Nachteile der vorgeschlagenen Lösung aufzeigen. Es sind die Mehreinnahmen durch den Zoll dem Mehraufwand für die Erhebung der MwSt. gegenüberzustellen.
2. Es ist aufzuzeigen, wie hoch der Geldabfluss aus der Schweiz und die Gewinnmaximierung der Importeure und der ausländischen Produzenten durch die überhöhten Preise in der Schweiz ausfallen. Die durchschnittliche Belastung des einzelnen Haushalts durch den «Schweizzuschlag» sind auszuweisen.
3. Der Bundesrat muss aufzeigen, in welchem Mass Grenzgänger von den sinkenden Umrechnungskursen € - CHF seit Einführung des € profitiert haben und inwiefern diese indirekte Lohnerhöhung durch den Fiskus der Eidgenossenschaft, resp. der Kantone, abgeschöpft wurde oder werden könnte. Es sind Massnahmen zur stärkeren fiskalen Belastung dieser Währungsgewinne umzusetzen.
4. Der steuerfreie Betrag soll der offiziellen Jahresteuerung folgend jährlich angepasst werden.

Danke für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme und der Anträge in Ihrer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse



Christian Stehr

Ute Stehr
Quellenweg 7
8845 Studen SZ

Studen, 11. März 2024

Empfänger
zollveranlagung@bazg.admin.ch

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. November 2023 wurden die interessierten Kreise eingeladen, zur Änderung der Verordnung des EFD über steuerbefreite Einfuhr von Gegenständen in kleinen Mengen (Vernehmlassung 2023/79) Stellung zu nehmen. Ich danke Ihnen für diese Gelegenheit und äussere mich dazu wie folgt:

Aus folgenden Gründen bin ich gegen eine Senkung der Zollfreigrenze auf CHF 150.— für selbstimportierte Waren:

1. Es handelt sich um eine protektionistische, illiberale Massnahme. Es ist nicht verständlich, wieso sich die Detailhändler mit staatlicher Hilfe dem Wettbewerb entziehen können, jeder Arbeiternehmer jedoch durch die Personenfreizügigkeit mit der EU direkt am Arbeitsplatz konkurrenzieren werden darf. NB: mit entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Löhne und den Wohnungsmarkt!
2. Der administrative Aufwand für die Zollabfertigung wird durch die geplante Massnahme unnötig erhöht, und der Autoverkehr an der Grenze wird quasi zum Erliegen kommen, was im Prinzip den Abkommen mit der EU widerspricht (Schengen/Dublin).
3. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso der Bund die Importzölle für Industriewaren aufhebt, mit der vorliegenden Massnahme aber den einzelnen Bürger zur Kasse bitten will.
4. Ich würde es schätzen, wenn der Bundesrat zuerst etwas gegen die überrissenen Importpreise («Schweizzuschlag») unternehmen würde, statt Leute, die zum Selbstschutz diesen umgehen wollen, zu belasten.

Daher beantrage ich Folgendes:

1. Der Bundesrat muss die volkswirtschaftlichen Nachteile der vorgeschlagenen Lösung aufzeigen. Es sind die Mehreinnahmen durch den Zoll dem Mehraufwand für die Erhebung der MwSt. gegenüberzustellen.
2. Es ist aufzuzeigen, wie hoch der Geldabfluss aus der Schweiz und die Gewinnmaximierung der Importeure und der ausländischen Produzenten durch die überhöhten Preise in der Schweiz ausfallen. Die durchschnittliche Belastung des einzelnen Haushalts durch den «Schweizzuschlag» sind auszuweisen.
3. Der Bundesrat muss aufzeigen, in welchem Mass Grenzgänger von den sinkenden Umrechnungskursen € - CHF seit Einführung des € profitiert haben und inwiefern diese indirekte Lohnerhöhung durch den Fiskus der Eidgenossenschaft, resp. der Kantone, abgeschöpft wurde oder werden könnte. Es sind Massnahmen zur stärkeren fiskalen Belastung dieser Währungsgewinne umzusetzen.
4. Der steuerfreie Betrag soll der offiziellen Jahresteuerung folgend jährlich angepasst werden.

Danke für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme und der Anträge in Ihrer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Ute Stehr



GS / EFD

+ 15. März 2024 +

EFD
Eidgen.FINANZ-
Departement ✓

H.P. SENN
z.H. R. D'hondt

Seestr.67
CH 8596 Scherzingen TG

EFD

Vernehmlassung
3000 BERN

Vernehmlassung Zollfreigrenze 150 Fr

Sehr geehrte Damen und Herren,

als einer der beruflich sehr viel unterwegs ist, u.a. als Berater und Seelsorger, weiss ich, wie sehr manche Leute angewiesen sind, sich u.a. für den täglichen Grundbedarf im benachbarten Ausland etwas günstiger eindecken zu können.

Ich denke an IV-Bezüger, an Pensionierte mit knapper Rente ohne und auch mit EL, an Alleinerziehende, an Familien mit bescheidenem Einkommen und mit vielen unausweichlichen Auslagen wie Wohnungsmiete, obligatorische Krankenversicherung (je länger je mehr auch für mittelgut Verdienende mit Kinder eine Belastung), obligatorische Radio- und TV-Gebühren selbst für Leute, die weder noch haben (= Diskriminierung), Güssel-Steuer (nebst Sackgebühren) u.a.m. (fehlt noch das obligatorische ÖV-Abo...). Und seit den Retorsionsmassnahmen der EU-Kommissionspräsidentin massive Teuerung (Teigwaren in Aldi und Lidl z.B. + 25-30%, das billigste Olivenöl + 50% etc. alles andere als die offiziellen 3%).

Die Forderung von 300 auf 50 zu reduzieren kommt ausgerechnet aus jenen Kreisen, die nie genug im Kässeli haben und am liebsten selber gar keine Steuern zahlten, die überissene Margen auf ihren Waren aufschlagen "wegen der Teuerung" - siehe oben), statt sich mit weniger zu begnügen und so die Klientel im Inland halten. Einige Beispiele: ein identischer Kalender 2024 zu 3 Euro, bei Migros und Coop bis zu 18.-- ; einfache Jeans 17 E, das nahezu gleiche Modell im Coop-Warenhaus, reduziert zu ca 70.- gesehen... Bei Lebensmittel sind die Unterschiede i.V. zur BRD z.Zt. ein ganzes Stück kleiner geworden. Anderes Beispiel: in Belgien und Holland span.Olivenöl im Lidl zum Vorkrisenpreis gesehen, warum ist der Vorkrisenpreis für das identische Produkt in der gleichen Ladenkette nicht möglich?

Kurzum, die Forderung des Handels ist eine bodenlose, egoistische Forderung. Nochmals, gerade u.a. wegen der starken Teuerung sind viele Konsumenten auf günstigere Angebote angewiesen, u.a. auch eine Frage der Nächstenliebe (statt Mammongier). Deshalb sollte die **Freigrenze eher erhöht werden**, sagen wir auf **350 bis 400.-**, so dass die reale bisherige und die zu erwartende Teuerung kompensiert wird.

Ein allfälliger Kompromissvorschlag: Einkäufe im Grenzgebiet 20 Strassen-Km auf 250.- reduzieren, darüber hinaus auf 400.-- erhöhen. Und den Mammon-dienern empfehlen, überrissene Margen massiv kürzen! Das kommt zT von der irrgen Kalkulation her: statt Einstandspreis z.B. mal 3 (bei 100 = 300.-) nur die effektiven Mehrkosten hinzufügen: statt zB 120x3=360- (100x39 + 20 = 320.--, also 40 weniger.

Hoffend, die unverschämten Forderungen der Mammongierigen werden voll abgelehnt und es bleibe beim Status-quo oder es werde erhöht, verbleibe ich mit frdl.Gruss,

in Abwesenheit, p.p.

Februar-März 2'024



EFD
Eidgen. Finanzdepartement
Vernehmlassung 150 Fr
3000 BERN

te, so gibt es auch für den wirklich Gläubigen eine **innere und äussere Ruhe**. Die Bibel sagt: «Wer zu Gottes Ruhe gekommen ist, der ruht auch von seinen Werken so wie Gott von den seinen.»⁶

Uhrig? Gestresst? - Dann prüfen Sie sich gründlich vor Gott. Denn Unruhe und Stress deuten meistens auf persönliche Sünden hin. Beugen Sie Ihr Herz und Ihre Knie vor dem allmächtigen Gott und bekennen Sie alle Ihre Sünden im Gebet dem Herrn Jesus

Herr Frau Familie

Vorname _____

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Land _____

Geburtsdatum _____

E-Mail _____

Bitte einsenden an eine der folgenden Adressen:

Missionswerk Freundes-Dienst

Deutschland: Postfach 1432, DE-79705 Bad Säckingen

Schweiz: Postfach 23, CH-5023 Biberstein



Keine Werbung!

Diese Schrift mit Gutschein

ist ein Geschenk für Sie!

Aufmerksames Durchlesen lohnt sich.

Missionswerk
Freundes-Dienst



www.freundesdienst.org
info@freundesdienst.org

- Postfach 1432, DE-79705 Bad Säckingen
 Postfach 23, CH-5023 Biberstein

Das Missionswerk Freundes-Dienst ist eine Vereinigung gläubiger Christen. Keine Sekte.



Radio Frendes-Dienst 24 h

Das christliche Radio über
Satellit Astra • Webradio • Telefon • App
DAB+ & Kabel (CH) • www.RadioFD.org

Telefon «Licht & Leben»
 037 1919 09 888 072 02 72 303
 062 839 30 20 +41 62 839 30 20



**LEBEN
OHNE
STRESS**

Liebe Leserin, lieber Leser

Stress, Hetze und Ruhelosigkeit gehören zum Alltag vieler Menschen. Manche sind nervlich angeschlagen oder sogar verzweifelt. Am Arbeitsplatz werden Rekordleistungen gefordert. Der Strassenverkehr ist hektisch und aufreibend. Auch Arbeitslose und Rentner leiden häufig unter Stress.

Fühlen Sie sich gestresst? Oder anders gefragt: Wie viele Minuten pro Tag sind Sie innerlich und äußerlich wirklich ganz ruhig? Benötigen Sie für einige Stunden Schlaf in der Nacht Beruhigungsmittel und zur Verrichtung der täglichen Aufgaben Aufputschmittel? Es nützt nichts, über den Stress und die gereizten Nerven zu klagen. Vielmehr gilt es, die tiefsten Wurzeln der Unruhe zu erkennen.

Wirklich ruhige Menschen sind sehr selten. Es ist auch nicht einfach, in dieser hektischen Zeit Ruhe zu bewahren. Viele versuchen, durch fernöstliche oder andere Praktiken die innere Ruhe und Ausgeglichenheit zu finden, z.B. durch Yoga, Mystik, Selbstfindung, rituelle Selbstbefreiung und transzentrale Meditation. Die wahre Ruhe findet man aber auf die Dauer nicht, weil die Ursache aller Unruhe so nicht beseitigt werden

kann. Auch Drogen, Alkohol und Tabletten lösen das Problem nicht.

Wo liegt der eigentliche Grund von Unruhe, Nervosität und Stress? Warum dieses Hasten und Hetzen? Versuchen Sie einmal, das Leben ruhiger zu nehmen – Sie werden bald erkennen müssen, dass dies nicht wirklich klappt. Kennen Sie die tiefste Ursache?

Nicht die Arbeit, nicht die Umstände und auch nicht die Mitmenschen sind die eigentliche Ursache der schrecklichen Unruhe. Wir treiben uns vielmehr selber in diese Nervosität hinein durch Unzufriedenheit, Verbitterung, Sich-Sorgen, Klatschsucht, Ehrgeiz, Materialismus, Egoismus und anderes mehr.

Die Bibel, das lebendige und unvergängliche Wort Gottes, zeigt uns klar, wo die Ursache liegt: «Eure Sünden halten den Segen von euch fern.»¹ «Die Sünde ist der Leute Verderben.»² Um zur wahren Ruhe zu kommen, muss der Mensch von seinen persönlichen Sünden befreit werden. Dafür hat Jesus Christus, der Sohn Gottes, am Kreuz sein Leben gelassen und ist auferstanden. Nur das Blut Jesu Christi reinigt uns von allen Sünden.

Die wahre Ruhe mitten in unserer hektischen Zeit – auch für Sie!

den.³ Alle, die an den Herrn Jesus Christus gemäss der Bibel glauben, haben Frieden mit Gott und völlige Befreiung von aller Sünde und Unruhe. In der Bibel lesen wir: «Es ist also noch eine Ruhe vorhanden für das Volk Gottes.»⁴

Nur dem Volk Gottes ist **die wahre Ruhe mitten in einer gehetzten Welt** verheissen. Gehören Sie dazu? Sind Sie ein Kind Gottes, und haben Sie die Gewissheit Ihrer Erlösung? Jede Unruhe ist eine direkte Folge des Zornes Gottes wegen unserer Sünde. Allein unser Herr Jesus Christus, der am Kreuz den Zorn Gottes gesühnt hat, kann uns die wahre Ruhe, den völligen Frieden, schenken. «Es ist in keinem anderen das Heil; denn es ist kein anderer Name unter dem Himmel den Menschen gegeben, in dem wir gerettet werden sollen.»⁵ Auch Sie brauchen Jesus!

Wer seinen Unglauben bereut undbekenn und sich zum lebendigen Gott bekehrt, den befreit unser Herr Jesus Christus von aller Sünde, Hast und Gereiztheit. Er schenkt uns tiefe Herzensruhe, die sich im täglichen Leben sichtbar auswirkt: Plötzlich sind wir nicht mehr bestimmt vom weltlichen oder religiösen Betrieb. Die Arbeit nimmt in unserem Leben den richtigen Platz ein. **Wir finden wieder Zeit zur Stille.** Wie der Schöpfer am siebten Tag von allen Seinen Werken ruh-